

22. Sitzung

am Dienstag, dem 23. Februar 2021

Inhalt

Fragestunde

- Anfrage 1: Einführung eines kommunalen Stoffwindelzuschusses zur Unterstützung von Eltern und zur Entlastung der Umwelt**
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2021 1122
- Anfrage 2: Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute**
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021 1126
- Anfrage 3: Auswirkungen der Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute auf die lokale Wirtschaft**
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021 1129
- Anfrage 4: Im September 2020 eröffneter Drogenkonsumraum – gibt es schon messbare Erfolge?**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021 1130

Anfrage 5: Welchen neuen Sachstand gibt es bei der Abschaffung der Anliegergebühren?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 20211133

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

- Stadtflucht und Abwanderung von Familien stoppen – Integrierten Stadtentwicklungsplan für Bremen schaffen und Eigentum stärken!**
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1135
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)1137
Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU)1140
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)1142
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)1144
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1147
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)1148
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer1148
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1152

**Gesundheit und Umweltschutz fördern –
Einweggrills aus dem öffentlichen Raum
verbannen!**

**Antrag der Fraktionen der SPD, DIE
LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache 20/372 S)**

**Attraktive Alternativen für Einweggrills
schaffen, bestehende Regelungen zur
Erholung in Natur und Landschaft besser
umsetzen!**

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache 20/396 S)**

Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD).....	1153
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1154
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	1155
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1156
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1157
Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD).....	1158
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1159
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1160
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1160
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1160
Abstimmung	1161

**Zentren- und Nahversorgungskonzept
für die Stadt Bremen – Fortschreibung
Mitteilung des Senats vom 15. Dezember
2020**

(Drucksache 20/376 S)

Abgeordneter Silvia Neumeyer (CDU)	1162
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	1162
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1164
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1164
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1165
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1166
Abstimmung	1167

**Fortsetzung und Intensivierung des
Bremer Erinnerungskonzepts
Kolonialismus**

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die
Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache 20/378 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1168
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1169
Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD)	1170
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE)	1171
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU).....	1172
Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD)	1173
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1174
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1176
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU).....	1176
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE)	1177
Staatsrätin Carmen Emigholz	1179
Abstimmung	1180

**Mögliche Coronahilfsgelder für den
Hans-Koschnick-Flughafen**

**Antrag des Abgeordneten Peter Beck
(LKR)**

**vom 15. Februar 2021
(Drucksache 20/407 S)**

Abgeordneter Peter Beck (LKR)	1180
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP)	1181
Abstimmung	1182

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 15**

**vom 19. Februar 2021
(Drucksache 20/411 S)..... 1182**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 23. Februar 2021

**Anfrage 6: Drogenabhängige
Menschen im Bereich des Bremer
Hauptbahnhofs**

Anfrage der Abgeordneten Sigrid
Grönert, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021..... 1184

Anfrage 7: Carsharing: Wann und wie geht es in Huchting weiter?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2021 1185

Anfrage 8: Ist die „Nette Toilette“ auch nett zu Obdachlosen?

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 26. Januar 2021 1186

Anfrage 9: Erweiterungsbau der Hochschule Bremen noch klimafreundlicher gestalten

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2021 1186

Anfrage 10: Selbsthilfegruppen und Seniorinnentreffs/Seniorentreffs

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 2. Februar 20211188

Anfrage 11: Winterdienst auf öffentlichen Behindertenstellplätzen

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. Februar 20211189

Anfrage 12: Illegale Müllentsorgungen auf dem Parkplatz an der Aussichtsplattform/Brokhuchtinger Landstraße

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR) vom 15. Februar 20211189

Konsensliste1191

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frank Magnitz, Dr. Henrike Müller, Eva Quante-Brandt, Mark Runge.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:01 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 22. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 18, Tagesordnungspunkt 19 und Tagesordnungspunkt 20.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 11, 13, 14, 15 und 19.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Einführung eines kommunalen Stoffwindelzuschusses zur Unterstützung von Eltern und zur Entlastung der Umwelt
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2021

Bitte, Herr Kollege Saxe!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich den Ansatz einer einmaligen finanziellen Unterstützung von Eltern bei der Anschaffung von wiederverwendbaren Stoffwindeln als Alternative zu Wegwerfwindeln für ihre Säuglinge, wie dies bereits in zahlreichen Kommunen in Deutschland angeboten wird?

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, einen solchen kommunalen Stoffwindelzuschuss auch in der Stadtgemeinde Bremen einzuführen, und zu wann könnte dies erfolgen?

3. In welchem finanziellen Rahmen und unter welchen Voraussetzungen ist die Einführung eines kommunalen Stoffwindelzuschusses aus Sicht des Senats in Bremen umsetzbar?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet: Verschiedene Rechnungen belegen, dass die Nutzung von Stoffwindeln im Vergleich zum Kauf von Wegwerfwindeln deutlich preisgünstiger ist. Die Kosten für das höhere Wäscheaufkommen sind dabei eingerechnet. Die mögliche Ersparnis liegt bei den vorliegenden Rechenmodellen zwischen 310 und 1 000 Euro im Verlauf der ersten drei Lebensjahre eines Kindes. Aus familienpolitischer Sicht ist eine finanzielle Unterstützung der Eltern aus Kostengründen daher nicht erforderlich.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der sich abzeichnenden Haushaltssituation sieht der Senat gegenwärtig leider keinen Spielraum für die Einführung eines kommunalen Zuschusses. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Das betrifft ja dann diesen Haushalt. Könnten Sie sich vorstellen, auch indem Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Senat sprechen, ob man das eher Abfall anzusiedeln hat oder eher in Ihrem Ressort, dass man in den kommenden Haushalten versucht, da eine finanzielle Lösung zu erreichen?

Senatorin Anja Stahmann: In den bisher aufgestellten Haushalten gibt es diesen Spielraum nicht. Wir haben darüber diskutiert, ob das ein Modell für Bremen sein könnte. Das ist natürlich, wie ich vorgelesen habe, dann auch davon abhängig, dass man dafür auch Geld und Personal zur Verfügung stellen würde, denn man bräuchte natürlich auch Personal, um diese Frage zu beantworten. 70 Kommunen führen das durch, in Süddeutschland – in

Bayern und Baden-Württemberg –, in Norddeutschland bisher noch keine Kommune, Herr Saxe. Also, bisher würde ich sagen, nein, wir haben im Augenblick keine Spielräume, das wäre eine neue Initiative.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich noch einmal nachfragen darf: Wir sind Haushaltsgesetzgeber, das weiß ich auch, aber die Ressorts machen natürlich die Etatentwürfe. Wären Sie bereit, über das Thema noch einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Senat zu diskutieren?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, wir sind immer bereit, Themen zu diskutieren, die an uns herangetragen werden, aber, wie gesagt, ich kann nur noch einmal darauf hinweisen, das ist natürlich abhängig davon, wenn man eine Initiative in diese Richtung plant, dass man dafür Gelder hat, und für meinen Haushalt, das kann ich sagen – und ich glaube, auch für die anderen Haushalte der Kolleginnen und Kollegen –, ist jetzt bisher alles festgelegt und vorgeplant, und wir befinden uns jetzt sozusagen im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Wischhusen. – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Das ist durchaus ein Thema, das mich schmunzeln lässt. Jetzt die Frage, Frau Senatorin: Wie Sie wissen, sind 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, würde man es bezahlen, unbezahlte Kehrarbeit, die maßgeblich von Frauen geleistet wird. Glauben Sie, dass der Einsatz, ausschließlich fokussiert auf Stoffwindeln, dazu führen würde, dass Frauen noch mehr unbezahlte Kehrarbeit zu leisten haben und das deshalb gar nicht so produktiv ist?

Senatorin Anja Stahmann: Als Senatorin für Familie trete ich natürlich dafür an, dass sich Sorgearbeit geteilt wird und wir mit unseren Instrumenten auch daran arbeiten, dass auch die Männer das Vergnügen haben, das Aufwachsen der Kinder enger zu begleiten. Das will ich vorwegschicken!

Ihre Sorge habe ich vernommen, aber ich glaube, nicht allein die Frage einer Stoffwindel führt da zu einer Mehrbelastung der Frauen, es ist dann insgesamt die Einstellung der Menschen, die man dort

ändern muss, und ich glaube, dass es da ganz unterschiedliche Modelle gibt. Die Frage vom Kollegen Saxe zielt ja in Richtung Müllvermeidung, und das ist in dieser Zeit ja eine ganz wichtige Frage. Da geht es um Rohstoffe und um Energie, und ich finde, deshalb hat es auch eine Berechtigung, eine solche Frage zu stellen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Wenn Sie sagen, es ginge um Müllvermeidung, kann ich das verstehen. Sie sagten vorhin, Sie hätten die Stromkosten und die Wasserkosten mit eingerechnet, was dann an Mehrbelastungen durchaus auf die Umwelt zukommen würde, ist dann auch ausgerechnet. So eine Stoffwindel müssen Sie ja sammeln, damit sich das überhaupt lohnt. Ist das wirklich brutto herausgerechnet worden, oder wie funktioniert das? Können Sie das noch einmal erklären? Das kann ich mir nicht vorstellen.

Senatorin Anja Stahmann: Es haben sich ja immerhin, wie ich eingangs gesagt habe, 70 Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg für so ein Modell entschieden, das dann im Bereich der Entsorgung angesiedelt ist oder über einen Zuschuss an die Familien geregelt wird, und da wurden auch solche Berechnungen angestellt. Deswegen, die Werte, die ich vorgelesen habe, sind auch im Internet zu finden, und die haben wir auch bei unseren Recherchen leicht gefunden, da gibt es viele Menschen, die sich mit dem Berechnen von Energie- und Wasserkosten beschäftigt haben.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Als Finanzler und auch jemand, der für Müllabfuhr zuständig ist, interessiert mich natürlich der Vorschlag des Kollegen Saxe sehr. Wenn das diese 70 Kommunen in Bayern machen, haben Sie auch herausgefunden, wie diese denn kontrollieren, dass das Geld dann tatsächlich auch für Stoffwindeln verwendet und nicht nur mitgenommen wird?

Senatorin Anja Stahmann: Dass das Geld zurück-erstattet wird, funktioniert dann über den Kaufbeleg. Da gibt es unterschiedliche Modelle: Die einen erstatten einen Festbetrag, und ich habe eben auch noch einmal geschaut, der Zuschuss bewegt sich zwischen 30 und 225 Euro über drei Jahre. Die ei-

nen zahlen einen Zuschuss von 30 Euro, die anderen zahlen bis zu 225 Euro innerhalb von drei Jahren. Das ist die Spanne, in der sich das bewegt, um einen Anreiz zur Vermeidung zu setzen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Werden die bis zu 225 Euro nur für Stoffwindeln erstattet, oder kommt da noch etwas anderes hinzu?

Senatorin Anja Stahmann: Das müsste man sich dann anschauen. In dieser Spannbreite haben wir das gefunden, das wäre dann, um Familien zu unterstützen, wahrscheinlich für die Anschaffung der Stoffwindeln und auch für das Waschen. Ich habe ja vorgelesen, in welcher Höhe die Einsparungen sind, und das ist dann praktisch an der Stelle ein Zuschuss an die Familien als ein familienpolitischer oder ein energiepolitischer Zuschuss.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Teilen Sie mit mir den Eindruck, dass derzeit eher Familien aus der gebildeten Oberschicht Stoffwindeln benutzen und dass die Anschaffung bei ihnen eher nicht an den Kosten scheitert?

Senatorin Anja Stahmann: Das kann ich für den Senat nicht beantworten, das würde voraussetzen, dass wir überall vorbeischauchen würden, um zu sehen, aus welcher sozialen Schicht die Menschen kommen. Ich kann es nur für mich selbst sagen: Bei meinem ersten Kind war ich auch noch nicht Senatorin, sondern gerade Berufsanfängerin. Man macht es, glaube ich, aus Überzeugung, oder man macht es dann –. Da gibt es viele unterschiedliche Motivationen, aber ich glaube, dass dieser Anreiz auch helfen kann, dass sich Menschen für eine Stoffwindel entscheiden.

Wenn Sie aber danach fragen, wie wir sozial benachteiligte Familien am besten unterstützen, fallen mir auch noch andere Instrumente ein, wo wir Familien aus sozial benachteiligten Milieus stärker erreichen könnten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Das provoziert mich natürlich zu der neuen Frage, welche das sein könnten!

Senatorin Anja Stahmann: Da gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, sei es die Essensversorgung im Quartier oder auch, so, wie Bremen es schon gemacht hat, der vergünstigte Eintritt in Kultureinrichtungen und für Bildungsangebote. Da gibt es ja einen ganzen Reigen in der Republik, was man sich zur Familienförderung einfallen lassen kann.

Ich kann aber noch einmal sagen, ich finde das schon eine spannende Frage. Es geht im Kern ja nicht nur um Familie – es geht auch um Familie! –, aber es geht um die Frage des schonenden Einsatzes von Ressourcen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Teilen Sie mit mir die Einschätzung, dass natürlich jede Frage legitim ist und man dennoch vorsichtig sein muss, dass man Familien, die sich zum Beispiel aus Zeitgründen gegen die Benutzung von Stoffwindeln entscheiden, eben auch nicht als Müllproduzenten stigmatisieren darf?

Senatorin Anja Stahmann: Ich halte rein gar nichts von stigmatisierenden Debatten. Ich setze immer darauf, dass wir Menschen überzeugen müssen, also nicht zwingen, sondern mit guten Argumenten überzeugen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Teilen Sie die Auffassung, die hier auch durch die Vorrednerinnen und Vorredner vertreten wurde, dass dies nicht nur eine reine Frage der Müllvermeidung ist, sondern aus frauenpolitischer Sicht eine Vereinbarkeitskomponente enthält und gleichzeitig auch eine sozialpolitische Komponente in Bezug auf soziale Schichten, wie hier gerade eben schon angeführt wurde?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, Frau Wischhusen hat ja diesen Anlauf genommen, um zu sagen, dass noch viel zu viel Familienarbeit bei den Frauen verbleibt. Das finde ich auch.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, da ist noch Luft nach oben, und da kann noch einiges passieren.

Ich glaube aber auch, dass es in jeder Partnerschaft darauf ankommt, dass man auch die Sorgearbeit teilt, dass Frauen das auch einfordern, aber dass Männer auch bereit sind, diese Sorgearbeit zu übernehmen. Ich sage einmal, das sich Kümmern um die Kinder und das Waschen der Wäsche sind Teile im Haushalt, und dass wir noch im Jahr 2021 darüber sprechen müssen, dass sie vernünftig geteilt werden, macht mich auch ein bisschen traurig. Ich glaube, die Debatten sind schon sehr viel älter, die Diskussionen darüber haben auch schon meine Großmütter und meine Mutter und Generationen von Frauen geführt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Habe ich die Debatte eben richtig verstanden, dass es nicht nur für die Teilmenge derjenigen eine Lösung geben soll, die sich für Stoffwindeln entscheiden wollen, sondern eine gesamtumfassende Lösung, die Familien insgesamt unterstützt, also quasi eine Art bremitesches Familienprogramm, oder soll das nur eine reine Zielklientelpolitik für eine kleine Menge von Menschen sein, die ein bestimmtes Ansinnen teilen?

Senatorin Anja Stahmann: Nein, der Senat hat die Frage des Abgeordneten Saxe so eingeordnet, dass man damit ökologisches Handeln mit dem Schwerpunkt fördern möchte, wie man auch Familien dabei unterstützen kann, die vielleicht nicht so viel Geld im Portemonnaie haben, eine Frage also, die auch schon, ich sage einmal, sozialpolitisch orientiert ist, und ich finde, das ist eine sehr wichtige und auch zentrale Frage. Wie gesagt, wenn ich sage, der Senat möchte die Menschen nicht zwingen, sondern überzeugen, dann kann das für manche Menschen auch ein Anreiz sein, und man müsste sich dann vielleicht noch einmal genauer die kommunalen Modelle aus Süddeutschland anschauen – das kann ja auch noch einmal die Umweltdeputation machen – und sie auswerten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wird das weiter durch die Senatorin für Kinder und Familie verfolgt, also durch Sie, oder zukünftig durch Ihre Kollegin Frau Dr. Schaefer, die unter anderem für den

Bereich Umwelt zuständig ist? Wo wird das weiter behandelt?

Senatorin Anja Stahmann: Da Herr Saxe noch nicht Mitglied in der Sozialdeputation ist, gehe ich davon aus, dass diese Frage auch in der Deputation eine Rolle spielen kann. Wenn Sie das gern in der Sozialdeputation vertiefen möchten, Frau Ahrens, dann stellen wir auch da die Informationen, die wir zusammengetragen haben, gern noch einmal zur Verfügung. Ich glaube, es schadet nicht, wenn sich viele über die Antworten informieren wollen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 20. Januar 2021

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie weit ist das Beteiligungsverfahren für die Fahrrad-Premiumroute, VEP D.15, vorangeschritten, welche Akteure wurden in das Beteiligungsverfahren eingebunden, und zu welchem Ergebnis ist das Beteiligungsverfahren gekommen?

2. Welche direkten und indirekten Zielkonflikte sind durch die Fahrrad-Premiumroute durch die Einbahnstraßenlösung zu erwarten, insbesondere im Hinblick auf die ortsansässigen lokalen Unternehmen?

3. Welche verkehrlichen Auswirkungen wird die Neugestaltung der Straße Am Wall auf die einzelnen Verkehrsteilnehmer haben, und welche konkreten Lösungen für eine reibungslose Verkehrsführung sind geplant?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Fahrradroute D.15 wird im zentralen Abschnitt Am Wall im Rahmen des Förderprojekts Fahrradroute Wallring umgesetzt. Das Projekt Fahrradroute Wallring umfasst eine ringförmige

Radverkehrsführung im Zuge der Wallanlagen auf beiden Seiten der Weser. Die Fahrradroute D.15 ist eine Radpremiumroute, die von Mahndorf bis Farge konzipiert ist. Im Rahmen des formellen Beteiligungsverfahrens für diesen Abschnitt Am Wall wird voraussichtlich im März 2021 die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingeleitet.

Die Machbarkeitsstudie für die Premiumroute D.15 wurde bereits am 19. April 2018 von der Verkehrsdeputation beschlossen. Für die Finanzierung der Eigenmittel des Förderprojekts Fahrradroute Wallring wurden außerdem von Senat, Deputation und Haushalts- und Finanzausschuss bereits im Frühjahr 2019 entsprechende Beschlüsse gefasst. Die in der Machbarkeitsstudie für den Abschnitt Am Wall vorgesehene Variante wurde in der Konkretisierung im Rahmen des Förderprojekts Fahrradroute Wallring fachlich überprüft. Aufgrund von Zwangspunkten des Baum- und Denkmalschutzes der Wallanlagen ist aus Sicht des Vorhabenträgers nur eine Lösung mit Einbahnstraßenregelung für den Kfz-Verkehr umsetzungsfähig. Auf der Grundlage dieser Variante haben insgesamt sechs Gespräche zwischen Anfang Juli 2020 bis Mitte August 2020 – davon ein Vor-Ort-Termin – mit relevanten Akteuren, wie zum Beispiel der Handelskammer, CityInitiative, Ortsamt Mitte, sowie innerhalb des Senats stattgefunden.

Zu Frage 2: Vorrangiges Ziel der Radpremiumroute ist es, den Radverkehr in Bremen zu stärken und zudem im Bereich der Innenstadt die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad zu erhöhen. Der durch die Umgestaltung gewonnene Stadtraum soll für die Verbesserung der Radverkehrssituation genutzt werden. Ein ergänzendes Planungsziel ist es, durch die Schaffung von mehr Frequenz im Radverkehr das Potenzial dieser Zielgruppe für den dort ansässigen Einzelhandel zu stärken. Unterstützt wird dies durch die Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen, die auch ein geordnetes Abstellen der Fahrräder sicherstellen.

Auch die ansässige Gastronomie und alle Nutzungen in den Gebäuden zur Straße Am Wall profitieren durch die Herausnahme einer Kfz-Fahrspur und damit weniger Lärm- und Abgasemissionen von dem Projekt. Zudem werden mehrere Querungshilfen für den Fußverkehr Am Wall – unter anderem in Höhe der angrenzenden Einkaufspassagen – eingerichtet, die auch eine bessere Verbindung zu den Wallanlagen und der Innenstadt schaffen. Parken sowie Liefern und Laden direkt vor den Einzelhandelsgeschäften Am Wall ist wei-

terhin möglich. Auch die Erreichbarkeit der Innenstadt als Kern des Oberzentrums Bremen mit dem Kfz wird weiterhin gewährleistet.

Zu Frage 3: Ziel der Planung ist es, dass der Bereich Am Wall weiterhin mit dem Kfz anfahrbar bleibt und die vorhandenen Kfz-Parkflächen erhalten bleiben. Die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte wird optimiert durch die Herausnahme jeweils einer Fahrtrichtung. Dies ist insbesondere für die komplexe AOK-Kreuzung Am Wall/Bürgermeister-Smidt-Straße vorteilhaft.

Neben der Schaffung einer attraktiven Radverkehrsanlage werden die Querungsmöglichkeiten für den Fußverkehr unter Beibehaltung der beidseitigen Gehwege verbessert und die Verbindung Am Wall mit den Wallanlagen und der Innenstadt optimiert. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Aus Ihrer Antwort zu Frage eins ist für mich noch nicht so richtig hervorgegangen, wie weit der Prozess eigentlich fortgeschritten ist. Ein Teil der Frage war ja auch, Sie sagten, Sie hätten schon im Rahmen eines Beteiligungsprozesses Gespräche geführt, auch mit der CityInitiative, der Handelskammer und so weiter, welche Ergebnisse das denn hervorgebracht hat.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Man muss ja immer entscheiden, was ist der offizielle Prozess, wo der Beteiligungsprozess der Träger öffentlicher Belange stattfindet. Damit soll ab März gestartet werden. Natürlich ist es aber so, dass im Vorfeld – die Maßnahme war ja schon im alten Verkehrsentwicklungsplan beschlossen – auch jetzt aufgrund der Diskussionen Vor-Ort-Begehungen stattgefunden haben, unter anderem auch mit Vertretern des Denkmalschutzes. Es war ja die erste Überlegung, die Radpremiumroute auf den Fahrradweg, den es jetzt schon gibt, zu legen und ihn zu verbreitern, aber das geht nicht, weil die Bäume nicht nur unter Baumschutz stehen, sondern auch zum Denkmalschutz der Wallanlagen gehören.

Also, es gab Begehungen mit Vertretern des Denkmalschutzes, und es gab auch im Vorfeld schon Begehungen mit der Polizei und der Feuerwehr, weil natürlich die Polizei auch ansässig ist, es gab Gespräche mit der Handelskammer und der CityInitiative. Die Handelskammer hat eine andere Position

zu der Führung der Einbahnstraßen als das Verkehrsressort, das wissen Sie. Das sind die Ergebnisse und die Beteiligungen, die wir im Vorfeld gemacht haben, aber das offizielle Beteiligungsverfahren startet jetzt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Können Sie noch einmal sagen, erstens, wann die Bauarbeiten dort beginnen sollen, und zweitens, ob Sie auch über die Handelskammer oder neben der Handelskammer auch mit einzelnen dort ansässigen Unternehmen gesprochen haben, die beispielsweise ihre Geschäfte dort haben, und falls ja, wie war dort die Rückmeldung?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben vor allen Dingen mit der CityInitiative gesprochen. In der CityInitiative sind ja auch Geschäftsleute vom Altenwall, die sich dort auch zu Wort gemeldet haben, während ich dabei war und mit ihnen gesprochen habe. Ich glaube, alle erkennen erst einmal an, dass die Fahrbahn, die an den Geschäften entlangläuft, im Einbahnstraßenverkehr weiter erhalten bleibt, also die Angst, dass man die Geschäfte dann nicht mehr anfahren und vor den Geschäften nicht mehr parken kann, ist nicht begründet, das konnten wir auch darlegen.

Zu der Frage, wann die Bagger rollen: Jetzt beginnt ja erst einmal das Verfahren zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, dort werden ja dann auch noch einmal Anregungen/kritische Punkte aufgenommen, sie gehen weiter in die Planungen ein, und dann braucht man sicher noch einmal einen Beschluss. Insofern ist es nicht so, dass jetzt in zwei Monaten die rote Farbe aufgetragen wird, sondern ob es dann Ende dieses Jahres oder dann im nächsten Jahr mit den eigentlichen Bauarbeiten vorangeht, muss man dann sehen. Das hängt aber auch immer davon ab, welche Punkte noch im Verfahren der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange aufgelistet werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): In der Antwort zu Frage 2 haben Sie ausgeführt, was auch alles durch die Fahrradpremiumroute besser wird. Unsere Frage zielte aber laut ihrem Text eigentlich darauf ab, wo Sie vielleicht auch Zielkonflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern sehen.

Vielleicht können Sie dazu noch einmal ein paar Sätze sagen!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wenn man eine Einbahnstraßenregelung macht, schauen sich die Planer ganz genau an, wie sich Verkehre verlagern. Letzten Endes ist es auch wichtig, wenn wir zum Beispiel jetzt die Martinstraße planen, das immer im Gesamtkontext zu sehen, denn wir wollen nämlich nicht, dass die angrenzenden Stadtteile – also zum Beispiel das Viertel – dann mit dem Verkehr volllaufen. Wir sehen im Moment keine Probleme, das will ich auch einmal sagen.

Sicherlich ist es so, dass Teile des Verkehrs in Richtung Osterdeich und gegebenenfalls auch Sielwall laufen werden, aber von den Verkehrsplanern kommt kein Alarmsignal, dass das nicht geht. Insofern, Verlagerungsverkehre werden immer mit angeschaut, weil wir nicht Staus haben wollen und auch nicht, dass es diese Verlagerungsverkehre gibt.

Ich möchte noch eine Ergänzung machen, das fällt mir gerade noch zu Ihrer Frage vorher ein, weil Sie gefragt hatten, ob es eigentlich noch andere Ergebnisse gibt: Aus den Gesprächen mit der CityInitiative haben sich zum Beispiel auch noch einmal neue Querungsmöglichkeiten ergeben, zum Beispiel auch, um die Museumstraße besser anzuschließen. Also, wir nehmen solche Anregungen auch durchaus ernst und versuchen, sie in die Planungen mit hineinzugeben, weil wir glauben, dass die Durchlässigkeit auch in Richtung Schüsselkorb sehr wichtig ist, auch für die Geschäftsleute. Das ist auch ein weiteres Ergebnis aus den Gesprächen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Lübke. – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Die einspurige Verkehrsführung Am Wall wird ja auch negative Aspekte mit sich bringen, so äußert ja die Polizei – im Speziellen der Einsatzdienst, der Am Wall ansässig ist –, dass die Strecke, wenn man in Notfällen in Richtung Hauptbahnhof fahren muss, dann natürlich wegfallen würde. Das stellt für die Polizei ein großes Problem dar. Meine Frage an den Senat lautet: Wie sieht er das Problem, und wie sehen die Lösungsmöglichkeiten im Sinne der Polizei aus?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Es haben ja genau diesbezüglich Gespräche mit der Polizei stattgefunden, und nach meinem letzten Kenntnisstand ist es so, dass die Polizei, gerade, wenn sie zum Beispiel in Richtung Hauptbahnhof fahren

will, dann auch – und ich glaube, das macht sie auch des Öfteren woanders – diese Strecke benutzen kann, also sie muss jetzt nicht große Umwege fahren. Das ist im Detail mit der Polizei diskutiert und meines Erachtens auch einer Lösung zugeführt worden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Das heißt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Polizei soll auch weiterhin auf der Straße in Richtung Hauptbahnhof fahren dürfen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Es geht ja darum, was ist, wenn die Polizei zu einem Einsatz fährt, also mit Blaulicht, und nicht irgendwohin ausschwärmt, sage ich jetzt einmal, um auf Streife zu fahren, und in Notfällen – und so ist es ja auch für die Feuerwehr und andere Rettungsfahrzeuge – ist es angedacht, dass das dann natürlich auch in dieser Einbahnstraßensituation gewährleistet werden soll. Das ist mein letzter Stand, aber ich liefere Ihnen das gern auch noch einmal nach. Wie gesagt, diesbezügliche Gespräche mit der Polizei sind geführt worden und uns dann auch nicht mit einer weiteren Problemmeldung markiert worden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Was die Notfalleinsätze angeht, wo es um Sonder- und Wegerechte geht, ist das völlig klar, das wäre ja jetzt auch kein Problem, wenn es jetzt schon so wäre. Mir geht es aber ja um die Frage: Es gibt auch Einsätze, die auch einen zeitlichen Horizont beinhalten, also dass man auch in einer bestimmten Zeit vor Ort sein muss, aber eben keine Sonder- und Wegerechte in Anspruch nehmen darf. Da wird der Weg ja länger werden, und da würde man ja nicht über diese Strecke fahren dürfen. Darum geht es mir eigentlich, und da frage ich noch einmal nach, wie die Lösungsansätze dort im Senat gesehen werden.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich kann Ihnen nur noch einmal das Angebot unterbreiten – es haben ja die diesbezüglichen Gespräche stattgefunden –, dass ich Ihnen das schriftlich nachreiche. Aus unserer Sicht gab es keine weiteren Probleme, die die Polizei hier diesbezüglich so alarmierend angemeldet hat, dass eine Einbahnstraßenregelung hier nicht realisierbar ist.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 3: Auswirkungen der Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute auf die lokale Wirtschaft
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 20. Januar 2021**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen hat die Fahrrad-Premiumroute auf die Erreichbarkeit der Innenstadt und die lokale Wirtschaft?
2. Wie wird die Erreichbarkeit der Innenstadt während der Bauarbeiten an der Straße Am Wall sichergestellt?
3. Inwieweit gab es Gespräche mit den lokalen Akteuren bezüglich des Baustellenmanagements und der Einbahnstraßenlösung, und inwiefern wurden diese bei den weiteren Planungen berücksichtigt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Erreichbarkeit der Innenstadt wird aktuell im Rahmen der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans im Baustein „autofreie Innenstadt“ grundlegend betrachtet. Die Fahrradroute Wallring mit der Einbahnstraße Am Wall wird dabei als Rahmenbedingung berücksichtigt. Grundsätzlich ist die Erreichbarkeit mit dem Kraftfahrzeug weiterhin gegeben.

Mit dem Ausbau der Fahrradroute Wallring Bremen-City wird der zentrale Abschnitt der ersten Bremer Premiumroute für den Radverkehr und damit ein neuer Qualitätsstandard im Radverkehrsnetz an zentraler Stelle in Bremen realisiert. Die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Rad wird dadurch spürbar verbessert. Dadurch kann eine

Entlastung der Innenstadt und des zentralen Umsteigepunktes Domsheide vom querenden Radverkehr erreicht werden. Konflikte mit dem Fußverkehr werden reduziert und die Aufenthaltsqualität erhöht.

Zu Frage 2: Zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der Innenstadt auch während der Bauarbeiten Am Wall wird abschnittsweise gearbeitet. Vollsperrungen sind nur zwischen den Knotenpunkten inklusive Kreuzungen erforderlich. Die Zeitplanungen für die Vollsperrungen befinden sich derzeit noch in der Abstimmung. Verkehrliche Einschränkungen aus der Baustellenabspernung werden dabei möglichst gering gehalten, können jedoch auch unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben zur Sicherung von Arbeitsstellen auf Straßen nicht vermieden werden.

Zu Frage 3: Im Planungsprozess wurden relevante Innenstadtakeurinnen und -akteure zur Fahrradpremiumroute D.15 im Abschnitt Am Wall beteiligt. Dabei wurden unter anderem Optionen der Querschnittsgestaltung diskutiert. In den Gesprächen wurde deutlich, dass es aufgrund der planerischen Rahmenbedingungen unter Beibehaltung des Kfz-Zweirichtungsverkehrs und Beachtung der Interessen des Einzelhandels nicht möglich ist, im gesamten Verlauf Am Wall eine Fahrradpremiumroute unter Beachtung der Standards auf den Nebenanlagen zu entwickeln. Entsprechend wurde mit den Innenstadtakeurinnen und -akteuren kommuniziert, dass eine Radverkehrsanlage auf der Fahrbahn geführt werden muss, wodurch der planerische Handlungsspielraum begrenzt ist.

Einige Anregungen aus den Gesprächen konnten jedoch in der Planung berücksichtigt werden. Im Wesentlichen betrifft dies die Lage der geplanten Fußgängerquerungen, die Beachtung einer geringen Trennwirkung bei der Gestaltung der Radverkehrsanlage beziehungsweise Protected Bike Line, die Berücksichtigung der Liefer- und Ladezonen und die Bedeutung der Fahrradabstellanlagen.

Hinsichtlich der Baustellenkoordination wurde mit Beginn der Planungen des Wallrings die Innenstadtbegleitrunde fortlaufend über den Stand des Baustellenmanagements informiert. Auf Arbeitsebene fand bereits eine erste direkte Abstimmung, unter anderem mit der Polizei, der Bremer Straßenbahn AG und der Baustellenkoordination, statt. Im Planungsverlauf werden weitere Abstimmungen stattfinden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Können Sie sagen, wie lange die Bauarbeiten im Moment geplant werden, also wie lange sind sie vom ersten Spatenstich bis zum Wegräumen des letzten Gitters geplant? Habe ich Sie richtig verstanden, dass es während dieser Bauphase zu keinen umfassenden Einschränkungen für die Erreichbarkeit sowohl mit dem Fahrrad als auch zu Fuß oder mit dem Auto kommt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wie lange es dauern wird, ist vom weiteren Planungsprozess abhängig, zum Beispiel auch, wie viele Querungen wir einbauen. Es geht ja nicht nur darum, eine Fahrbahn herauszunehmen und rot zu markieren und gegebenenfalls noch ein bisschen abzugrenzen, weil es ja eine Protected Bike Lane werden soll, sondern es geht ja auch darum, weitere Querungen einzubauen. Deswegen wage ich jetzt keine Prognose, die besagt, es dauert vier Monate oder sechs Monate. Wir wollen natürlich – und ich hoffe, das ist aus meiner Antwort hervorgegangen – alles dafür tun, um die Auswirkungen auf den Verkehr, und zwar sowohl für den Kfz-Verkehr als natürlich auch für den Fuß- und Radverkehr, möglichst so gering wie möglich zu halten.

Ich hatte vorhin auch gesagt, es hänge jetzt von den Querungen ab. Gegebenenfalls muss man auch einmal sperren, aber wir wollen eine komplette Sperrung vermeiden, also wir wollen natürlich möglichst eine durchgängige Erreichbarkeit der Geschäfte belassen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, ich habe Sie richtig verstanden, die Erreichbarkeit ist vielleicht mit gewissen Einschränkungen für die eine oder andere Art der Fortbewegung im Verkehr, aber normalerweise weiterhin über die Bauphase hinweg gegeben?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau, das ist unser Ziel! Deswegen führen wir ja auch jetzt im Vorfeld schon die Gespräche und wollen das auch gut koordinieren – ich führe regelmäßig einen Baustellengipfel mit allen Beteiligten durch –, damit wir nicht an mehreren Stellen gleichzeitig anfangen. Aber noch einmal: Unser Ziel ist es, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Im September 2020 eröffneter Drogenkonsumraum – gibt es schon messbare Erfolge?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 20. Januar 2021

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit werden die Angebote des Drogenkonsumraums mit welchen messbaren Erfolgen angenommen, und welche Einschränkungen aufgrund der Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus gibt es dort derzeit?
2. Inwieweit hat die Einrichtung des Drogenkonsumraums für eine Entlastung der „Konsumhotspots“ im Bereich der Wallanlagen, des Bahnhofs und weiterer Orte geführt?
3. Welche weiteren Maßnahmen sollen ergriffen werden, um Süchtigen zu helfen und um das Problem des Drogenkonsums im öffentlichen Raum zu lösen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Drogenkonsumcontainer werden jeden Monat von einer stetig steigenden Anzahl von Konsumentinnen und Konsumenten genutzt, zuletzt im Januar von 101 Personen mit 666 Konsumvorgängen. Der überwiegende Anteil von 95 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer konsumiert Heroin, Kokain oder beides zusammen. Viele Nutzerinnen und Nutzer lassen sich im Verlauf zur Risikominderung beim Drogenkonsum, zur Konsumreduktion oder zu weiterführenden Hilfen beraten.

Die gesundheitlichen Ziele, wie Vermeidung von Infektionen und schweren Folgeerkrankungen, Verhinderung von Überdosierungen und Drogentodesfällen und Verbesserung des Kenntnisstands zu Risiken des Drogengebrauchs, werden für die

Nutzerinnen und Nutzer der Drogenkonsumcontainer sehr gut erreicht.

Auch die drogentherapeutischen Ziele werden bei dem überwiegenden Anteil der Nutzerinnen und Nutzer erreicht. Viele der Nutzerinnen und Nutzer des Drogenkonsumraums sind offen für Beratung, so ist die Anbindung an das Hilfesystem, Vermittlung in weiterführende Hilfen, wie zum Beispiel in eine Entgiftungsbehandlung oder eine Substitutionsbehandlung, Beratungen zur Konsumreduktion oder gar zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum, täglich mehrfach Thema.

Aufgrund der coronabedingten Hygiene- und Abstandsregeln ist die Aufnahmekapazität der Container begrenzt. Deswegen wurde Ende letzten Jahres noch ein zusätzlicher Container auf dem Gelände in Betrieb genommen, um mehr Aufnahme- und Beratungsgespräche datenschutz- und coronakonform durchführen zu können.

Zu Frage 2: Die Streetworkerinnen und Streetworker suchen regelmäßig Aufenthalts- und Konsumorte rund um den Bremer Hauptbahnhof auf und motivieren die Szeneangehörigen zur Nutzung des Drogenkonsumraums und zur Nutzung weiterer Hilfsangebote.

In Abwägung mit den personalintensiven Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie hat die Polizei ihre Präsenz seit Dezember 2020 im Bahnhofsumfeld verstärkt. In Abstimmung mit der Drogenberatung werden die Drogenkonsumentinnen und -konsumenten in Richtung Drogenkonsumraum umorientiert. Die gegenwärtige starke Präsenz zeigt Wirkung. Die Polizei geht auch Hinweisen aus angrenzenden Quartieren nach, um dort die Etablierung einer Szene zu verhindern, und sie weist regelmäßig auf den Drogenkonsumraum hin. Der offene Drogenhandel wird durch die Präsenz von Zivilkräften und einer dafür eingerichteten Ermittlungsgruppe ebenfalls zurückgedrängt.

Allerdings sind die Nutzungsmöglichkeiten und räumlichen Aufnahmekapazitäten der Drogenkonsumcontainer noch nicht ausreichend, um größeren Personengruppen einen längeren Aufenthalt über den Drogenkonsum hinaus zu bieten. Erst der geplante integrierte Drogenkonsumraum wird die räumliche Aufnahmekapazität haben, um die Drogenszene im Innenstadtbereich stärker dorthin zu orientieren.

Crackuserinnen und -user, die in sehr vielen und kurzen Zyklen inhalativ konsumieren und daher

besonders eng an den Aufenthalt der Dealer gebunden sind, werden durch die Drogenkonsumcontainer bisher nicht gut erreicht. Sie gehören aufgrund des kurzen Konsumzyklus zu einer auch in anderen Städten sehr schwer vom Hilfesystem erreichten Zielgruppe. Für Crack steht bisher kein Substitut zur Verfügung. Hier ist vor allem aufsuchende Sozialarbeit wichtig, um Betroffene im passenden Moment anzusprechen und den Zugang zu Hilfsangeboten anbahnen zu können.

Zu Frage 3: Die Verhandlungen mit einem potenziellen Vermieter für die Errichtung des integrierten Drogenkonsumraums in einer festen Immobilie in der Friedrich-Rauers-Straße laufen derzeit. Das Angebot kann spezifischer auf Crackkonsumentinnen und -konsumenten ausgerichtet werden.

Da ein großer Anteil der Szeneangehörigen rund um den Bahnhofsvorplatz mit Drogenersatzstoffen substituiert wird, wird die psychosoziale Betreuung Substituierter, PSB, durch ein zusätzliches Projekt der Drogenberatung intensiviert. Ab 2021 werden zusätzliche Fachkräfte im Umfang von einer Vollzeitstelle mit Unterstützung von Sprachmittlerinnen und -mittlern über die Einrichtung von Sprechstunden in den Großpraxen und regelmäßigem Kontakt zu den substituierenden Ärztinnen und Ärzten und Praxismitarbeiterinnen und -mitarbeitern einen niederschweligen Zugang zur PSB herstellen.

Außerdem soll die Dezentralisierung der Drogenszene durch Hilfen in Stadtteilen unterstützt werden. Über den Bremen-Fonds sind zwei zusätzliche Stellen für Streetwork in Osterholz und Gröpelingen finanziert, die Suchtmittelabhängige durch die Pandemie und in allen Fragen der Suchtberatung unterstützen. Ein niedrigschwelliges Beschäftigungsangebot soll alternative Aufenthaltsmöglichkeiten und eine Tagesstruktur bieten. Hier können soziale Kompetenzen erweitert und Selbstwirksamkeit erfahren werden, was für die Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten hilfreich ist. Hierzu haben die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz einen Konzeptentwicklungsprozess eingeleitet. Gleichzeitig benötigen Drogenabhängige weiterhin auch tolerierte Plätze. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sie haben eine ab 2021 eingerichtete Stelle angesprochen. Ist sie eingerichtet, oder wird sie noch eingerichtet?

Senatorin Claudia Bernhard: Nach meiner Kenntnis ist sie eingerichtet.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Können Sie quantifizieren, wie viel Nutzung nicht stattfinden kann, weil Coronamaßnahmen und vielleicht auch Gründe des Datenschutzes es derzeit gebieten, dass nicht alle in den Drogenkonsumraum kommen können?

Senatorin Claudia Bernhard: Das ist sehr schwer einzuschätzen, weil es ja letztendlich bedeutet, ich weiß nicht genau, wie viele nicht kommen. Wir haben ungefähr 4 000 Drogenabhängige in Bremen, und umgekehrt kann man jetzt sagen, dass ungefähr 400 bis 600 diese Möglichkeiten des Drogenkonsumraums nutzen, also ungefähr 10 bis 15 Prozent. Wie viele jetzt allerdings tatsächlich nicht kommen, weil es die Pandemie gibt, ist wirklich sehr schwer zu sagen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Müssen denn Menschen abgewiesen werden, weil der Drogenkonsumraum derzeit zu voll ist?

Senatorin Claudia Bernhard: Dem kommen wir momentan sehr gut nach, deswegen haben wir ja auch diesen weiteren Container eingerichtet, und diese Einrichtung hat aktuell 50 Wochenstunden geöffnet. Wir wollen die Öffnungszeiten eigentlich auf 70 Stunden erweitern, und die Zahl der Abgewiesenen ist, glaube ich, sehr begrenzt. Das kann ich aber gern noch einmal herausfinden. Wir haben extra, ich sage einmal, aufgerüstet, um den Anfragen gerecht zu werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Danke, wenn Sie das nachtragen! Sie haben gesagt, Sie sind in Verhandlungen wegen eines Objekts in der Friedrich-Rauers-Straße. Können Sie sagen, wann sie planen – ich weiß, Pläne werden manchmal nicht umgesetzt! –, diese abgeschlossen zu haben?

Senatorin Claudia Bernhard: Wir sind mit dem Vermieter gerade in sehr intensiven Verhandlungen bezüglich der Mietgestaltung und der Investitionen. Es ist sehr schwer einzuschätzen, wann wir das tatsächlich umsetzen können. Ich hoffe, dass wir das im Laufe der nächsten drei Monate abschließen, was die Verhandlungen angeht, und dass wir dann in die Umsetzung kommen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ich wollte einmal in eine andere Richtung nachfragen, und zwar: Was wird denn darüber hinaus getan, um das Problem des Drogenkonsums im öffentlichen Raum zu lösen? Die Zielrichtung ist klar, aber im Moment ist das ja ein Thema. Ich weiß, das ist nicht Ihr Ressort, aber gibt es dazu vielleicht noch einmal eine Antwort des Senats?

Senatorin Claudia Bernhard: Wir haben ja aus dem Grund tatsächlich auch in den verschiedenen Quartieren Stellen aufgerüstet, sage ich einmal, hinzugenommen, damit sich das nicht alles auf das Bahnhofsumfeld konzentriert. Wir wollen ja auch keine Verdrängung hervorrufen, das halte ich auch für wichtig. Wir werden auch weitersehen – auch gerade im Zusammenhang mit der Senatorin für Soziales –, wie weit wir die Sozialarbeit noch entsprechend flankieren können, aber wir dürfen auch nicht davon ausgehen, dass das Problem durch die Errichtung eines Drogenkonsumraums weg ist und dort dann auch alles mehr oder weniger behandelt werden kann. Deswegen ist es wichtig, dass wir das flankierend weiter im Blick behalten und wenn möglich auch ausbauen können, was die anderen Stadtteile angeht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Also heißt das, dass es auch in Bezug auf die Hotspots, wo es ja teilweise auch Ärger und Probleme gegeben hat, sozusagen ausschließlich das Instrument, weitere Angebote und Hilfsleistungen anzubieten, genutzt wird, oder gibt es andere Möglichkeiten?

Senatorin Claudia Bernhard: Dazu haben wir ja – das hatte ich ja vorhin auch schon vorgelesen – auch die Ordnungskräfte und Polizeikräfte noch einmal auf diese Hotspots hingewiesen. Das Personal wurde auch aufgestockt, das machen wir im Zusammenhang mit dem Senator für Inneres und

ziemlich intensiv, und dann soll es ja demnächst auch dieses tagesstrukturierende Angebot geben. Das ist allerdings noch nicht Realität, damit fangen wir jetzt gerade an, damit es auch noch einmal relativ zeitnah Angebote gibt, um den Leuten einen Ausstieg zu ermöglichen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Können Sie nachvollziehen, dass es für die Leute einfach ein Problem ist, dass es diese Hotspots dort gibt, dass die Leute dort vorbei- oder durchmüssen und dabei auch immer wieder belästigt werden und die Gesamtsituation im Moment einfach unbefriedigend ist?

Senatorin Claudia Bernhard: Das kann ich sehr gut nachvollziehen. Mit diesem Problem stehen wir ja in Bremen auch nicht allein da, aber ich sage auch ganz klar: Allein mit Sanktionen und einer gewissen Polizeipräsenz ist uns nicht geholfen, wir müssen das tatsächlich massiv begleiten und flankieren. Deshalb haben wir ja auch diesen Drogenkonsumraum und das sehr große Projekt, das kann ich ja einmal sagen, dann auch in Angriff genommen, um dem Einhalt zu gebieten. Das wird selbstverständlich Wirkung zeigen, und damit stehen wir jetzt auch erst einmal ganz gut da, es hat ja einen Effekt. Es dauert eben alles viel länger, als wir es gern hätten, aber ich kann das nachvollziehen, ja!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Welchen neuen Sachstand gibt es bei der Abschaffung der Anliegergebühren?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2021

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern teilt der Senat das Vorhaben der Bürgermeisterin, Anliegern von nicht erstmalig endgültig hergestellten Straßen die Anliegergebühren zu erlassen?

2. Welchen Zeitplan verfolgt der Senat bei der dafür erforderlichen Gesetzesänderung?

3. Wie würde sich der Verzicht, Anliegergebühren zu erheben, auf die Ausbaugeschwindigkeit noch nicht erstmalig endgültig hergestellter Straßen auswirken?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hat sich noch nicht abschließend mit dieser Frage befasst. Derzeit werden die rechtlichen und haushalterischen Auswirkungen geprüft.

Zu Frage 2: Gegenwärtig geht das federführende Senatsressort davon aus, dass eine Befassung der Bremischen Bürgerschaft bis Mitte des Jahres erreicht wird.

Zu Frage 3: Für Neubaugebiete mit Ersterschließungen sollen nach wie vor Ersterschließungsbeiträge erhoben werden. Ein Verzicht auf die Erhebung von Erschließungsbeiträgen ist nur für schon langjährig bestehende Straßen, die gegenwärtig in Bremen nur vereinzelt endgültig hergestellt werden, geplant. Derzeit ist nicht absehbar, ob und welche Folgen der Verzicht den hierauf bezogenen Teil der Erschließungsbeiträge hätte. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass sich die Ausbaugeschwindigkeit dieser Straßen nicht erhöhen würde, die Anwohner also auch nicht schneller mit einem Ausbau rechnen könnten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Es gibt ja über 450 nicht erstausgebaute Straßen, sehr viele davon in Bremen-Nord, und sie sind einem sehr desolaten Zustand. Für wie viele Straßen sieht der Senat eine Finanzierung im nächsten Haushalt vor?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Neumeyer, was der Senat im nächsten Haushalt vorsieht, wissen wir ja noch nicht, weil der nächste Haushalt noch nicht beschlossen ist. Auch wenn wir im nächsten Haushalt für Verkehrsprojekte wie Straßensanierungen Gelder einstellen,

sind sie ja nicht straßenscharf, sondern es ist erst einmal das beziffert, was wir immer irgendwie ungefähr einstellen. Insofern, wir kennen beide das Problem als Nordbremerinnen. Das ist der Grund, warum wir uns auf den Weg gemacht und gesagt haben, dass wir die Ersterschließungsanliegergebühren für vorhandene Straßen – also nicht für Neubaugebiete – auch möglichst abschaffen wollen.

Wie Sie aber wissen, wird bei den Straßensanierungen prioritär immer geschaut, welche in einem wirklich schlechten Zustand sind, sodass die Verkehrssicherheit auch nicht gewährleistet ist, und welche in einem Zustand sind, in dem man – ich habe irgendwann vor ein paar Jahren einmal das schöne Wort „Kunststopfen“ gelernt – eben nicht die Straße komplett saniert, also mit einer neuen Decke, sondern erst einmal die Löcher flickt. Insofern kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, wie viele Straßen für Bremen-Nord vorgesehen sind.

Wichtiger für die Nordbremer ist ja eher – Sie kennen die Debatte aus der Turnerstraße und jetzt von anderen Straßen –, ob ich als Hausbesitzer dafür noch Geld in die Hand nehmen und auf Jahre ansparen muss. Das ist ja auch der Inhalt der Frage gewesen, das wollen wir abschaffen und beheben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, Sie reden jetzt von „Kunststopfen“, das wird bei diesen Straßen ja nun schon über Jahre gemacht, Jahrzehnte kann man schon sagen, und sie werden trotz „Kunststopfen“ jedes Jahr schlechter. Ich frage Sie jetzt: Was ist Ihr Wunsch? Wie viele nicht erstausgebaute Straßen wollen Sie in dieser Legislaturperiode noch herstellen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Neumeyer, wir haben ja vor Jahren einmal dieses Pavement Management System gehabt, und da wissen wir, dass wir wirklich Millionenbeträge in die Hand nehmen müssen, um alle Straßen in einen super optimalen Eins-a-Zustand zu bringen. Deswegen ist es nicht nur in Bremen-Nord so, sondern überall, dass wir nicht alle Straßen wie in der Turnerstraße komplett sanieren müssen. Da würde ich immer unterscheiden.

Was wäre mein Wunsch? Natürlich alle Straßen sofort zu sanieren, aber das Geld ist nicht da! Sie können ja Anträge für den Haushalt stellen, ich bin ge-

spannt, wie viel Geld Sie uns dann mehr zur Verfügung stellen. Wir können nur so viel sanieren, wofür wir Geld haben, das ist das Maß, das wir Ihnen in der Deputation auch vorlegen. Wenn wir mehr Geld zugebilligt bekommen, gern, aber in unserem Verkehrshaushalt ist der Etat für Straßensanierungen eigentlich schon der größte Etat, und trotzdem wissen wir, er reicht nicht, um alle Straßen komplett neu zu sanieren.

Es kommt auch auf die Länge der Straße an. Wenn Sie fragen, wie viele Straßen, dann würde ich eher denken, man muss über die Kilometer reden. Die Turnerstraße oder manche anderen Straßen sind bis zu drei Kilometer lang, dann ist nur eine Straße saniert, andere sind 300 Meter lang, da kann man dann natürlich das Zehnfache machen. Insofern, glaube ich, geht es nicht darum, wie viele Straßen wir sanieren. Wir wollen es ja – die Turnerstraße hatte ich schon genannt, andere sind jetzt auch in der Planung –, aber es geht, glaube ich, nicht um die Anzahl der Straßen, sondern eher darum, wie viele Meter wir auch sanieren können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Sie sagten Kilometer! Die Turnerstraße wurde meines Wissens schon in der letzten Legislaturperiode saniert. Nun gibt es aber ja auch viele kleine Straßen, die in einem sehr schlechten Zustand sind, wo man immer gesagt hat, wenn sie erstausgebaut wird, baut man sie mit Fahrradweg und Fußwegen auf beiden Seiten aus. Wird inzwischen auch bei kleineren Straßen schon danach geschaut, ob man überhaupt einen solchen Ausbau braucht, oder kann man sich auch vorstellen, dass man solche Straßen einfach in einem geringeren Maße ausbaut, also nur mit einem Fußweg auf einer Seite und einer neuen Fahrbahn?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Was gemacht wird, ist es, sich Straßen in der Regel immer anzuschauen. Bei den Ersterschließungsgebühren für Anlieger geht es ja darum, ob die Straße wirklich schon einmal erschlossen wurde. Es gibt Straßen, bei denen ich sagen würde, jeder Laie schaut darauf und sagt, ja, das ist eine Straße, sie hat einen Straßenbelag, Autos können darüber fahren, und es gibt einen Bürgersteig, und trotzdem –. Sie kennen das Problem in Bremen-Nord. Das hat etwas mit der damaligen Eingemeindung von Bremen-Nord zu tun, warum diese Straßen, wie bei der Turnerstraße, noch nicht für Bremen-Stadt als erschlossen gelten, obwohl es Straßen sind.

Wenn wir uns vor drei oder vier Jahren die Turnerstraße angeschaut hätten, hätten wir beide dort auch gestanden und gesagt, das ist eine erschlossene Straße. Das hat ja mehr etwas mit der Historie zu tun als mit dem aktuellen Ausbauzustand. Das macht ja, sage ich einmal, auch die Unzufriedenheit der Menschen aus, die nämlich sagen, ich wohne an einer erschlossenen Straße, es gibt ein Kanalsystem, es gibt Kabel, die dort liegen, es gibt einen Bürgersteig und eine Fahrbahn, und trotzdem gilt sie als noch nicht erschlossene Straße. Das leuchtet doch niemandem ein! Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen.

Daneben gibt es Straßen, die so schmal sind, dass man dort zum Beispiel keinen Fahrradweg oder keinen Fußweg bauen könnte. Also, es geht doch darum, sich jede Straße einzeln anzuschauen und nicht danach zu beurteilen, saniere ich sie, weil da schon ein Fahrradweg ist oder nicht, sondern in welchem verkehrstechnischen Zustand sind sie.

Trotzdem wollen wir die Ungerechtigkeit abschaffen, dass in Bremen-Nord für diese 400 Straßen, die durch die Eingemeindung in den Dreißigerjahren zur Stadt Bremen hinzugekommen sind und sie trotzdem als nicht ersterschlossen gelten, obwohl es reelle Straßen sind, die Beiträge bezahlt werden sollen, obwohl andere das für Bremen nicht mehr müssen. Ich glaube, da sitzen wir beide doch in einem Boot.

Für Neubaugebiete, wo ersterschlossen wird, weil dort vorher eine grüne Wiese oder ein Gewerbegebiet war – wir kommen ja gleich zu der Debatte –, finde ich es auch gerecht, dass man dann Ersterschließungsbeiträge zahlt. Da müssen ja auch erst einmal alle Leitungen und Kanalsysteme verlegt werden.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1184.](#)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Stadtflucht und Abwanderung von Familien stoppen – Integrierten Stadtentwicklungsplan für Bremen schaffen und Eigentum stärken!

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schäfer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde eingereicht, um mit Ihnen darüber zu sprechen, warum immer mehr Bremerinnen und Bremer und insbesondere auch Familien aus Bremen in das Bremer Umland abwandern, also nach Niedersachsen.

Wir hatten in Bremen zu zwei Zeitpunkten Peaks in der Zuwanderung beim Zuzug nach Bremen. Einmal war es in den Neunzigerjahren nach dem Mauerfall, als der Wegzug aus Bremen extrem konstant blieb, sich der Zuzug aber massiv erhöht hat und wir dadurch als Stadt netto gewachsen sind, und das zweite Mal war während der Situation der Geflüchteten 2015. Zu dieser Zeit hatten wir zwar auch einen relativ hohen Zuzug, aber auch einen verhältnismäßig – nicht absolut, aber verhältnismäßig – relativ hohen Wegzug aus Bremen, weswegen sich das Ganze in dieser Phase in etwa die Waage gehalten hat.

Wir alle konnten nun dem „Weser-Kurier“ entnehmen, der übrigens seine Darstellung auf der Basis von Daten des Statistischen Landesamtes vorgenommen hat, dass die Entwicklung im Jahr 2019 so stark war, dass wir zum ersten Mal seit 20 Jahren mehr Menschen haben, die aus Bremen in das Bremer Umland ziehen, also nach Niedersachsen, als Menschen, die nach Bremen kommen. Das heißt, netto schrumpft Bremen.

Nun ist natürlich nicht nur die reine Anzahl der Menschen relevant, die kommen und die gehen, sondern insbesondere auch die Frage, wer kommt da eigentlich nach Bremen, und wer verlässt Bremen. Da müssen wir feststellen, dass es insbesondere junge Familien sind, die es in das Umland zieht, junge Familien, die sich eigentlich hier in Bremen niederlassen sollten, deren Eltern hier Jobs finden, deren Kinder in die Kita oder in die Schule gehen, die sich in Bremen verankern und dann eigentlich über viele Jahre und Jahrzehnte hier in Bremen bleiben sollten. Junge Familien verlassen

Bremen. Gleichzeitig sind junge Familien aber auch die Mitte der Gesellschaft. Familien sind wichtig für Bremen, nicht nur sozial, sondern sie sind auch finanziell wichtig für Bremen, weil die Mitte der Gesellschaft die Politik und all die Maßnahmen, die wir hier regelmäßig beschließen, auch mit bezahlt, und wenn Sie diese Mitte der Gesellschaft an das Bremer Umland verlieren, dann ist das für Bremen eine tragische Entwicklung.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns aber nicht nur anschauen, wie sich die absoluten Zahlen entwickeln oder wer Bremen verlässt und wer kommt, sondern wir müssen uns auch anschauen, was eigentlich die Gründe dafür sind, dass Menschen Bremen verlassen. Egal, ob wir uns quantitative Untersuchungen anschauen oder ob wir uns qualitative Befragungen von Menschen anschauen, die Bremen verlassen haben, so hören wir immer wieder ein paar Hauptgründe.

Einer der Hauptgründe ist der Wunsch nach mehr Platz, das heißt, die Leute wollen hinaus aus der Wohnung und in einem Haus, in einem Eigenheim mehr Platz, mehr Garten, mehr Grün haben. Damit verbunden ist übrigens auch der Wunsch nach einem Einfamilienhaus als Eigentum, das man in Bremen laut den Antworten so oder zumindest nicht mehr bezahlbar findet. Flankiert wird das Ganze dann immer wieder mit Gründen wie dem Bildungssystem hier in Bremen, der Verkehrssituation, der Kitaplätze und so weiter.

Wenn Sie nun sehr einseitig insbesondere Wohnungen und auch ein paar Reihenhäuser schaffen, zeugt das von einer relativ kurzfristigen Baupolitik und einer Baupolitik, die weniger versucht, konkrete Probleme der Menschen hier in Bremen zu lösen, und die mehr versucht, eine bestimmte Ideologie gegen den Willen der Menschen hier in Bremen und insbesondere auch an den Problemen der Bremerinnen und Bremer vorbei durchzusetzen. Diese Baupolitik, die Sie hier in Bremen betreiben, ist höchst gefährlich, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Da ist übrigens dann auch die Debatte, die die Grünen im Bund ausgelöst haben, dass der Bau neuer Einfamilienhäuser in Zukunft unterbunden werden soll, für ein Bundesland wie Bremen alles andere als produktiv. Es ist kontraproduktiv und drückt diese Debatte und insbesondere auch die Lösungen, die wir hier eigentlich debattieren sollten, in eine völlig falsche Richtung.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo stand das denn?)

Anton Hofreiter, Ihr Kollege!

(Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Verknappung von bestimmten Gütern – und das Einfamilienhaus ist am Ende ein Gut, das nachgefragt wird, das auch in einem gewissen Umfang angeboten wird – ist keine vernünftige Politik, weil sie im Übrigen auch keine soziale und faire Politik ist, und ich verrate Ihnen einmal etwas: Wenn Sie ernsthaft versuchen, den Bau von neuen Einfamilienhäusern auch in Bremen stärker zu reduzieren und auf andere Wohnformen setzen, dann bestrafen Sie ja nicht diejenigen, die schon ein Einfamilienhaus besitzen. Diejenigen haben schon Wohlstand, deren Wohlstand wird weiter steigen, weil sich auch deren Eigentum im Wert weiter nach oben entwickelt, oder, um es einmal mit Ihren Worten zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von der LINKEN: Die Reichen werden durch Ihre Politik natürlich immer reicher.

Sie bestrafen die Aufsteiger, die Aufsteigerfamilien, gerade diejenigen, die nicht reich geboren sind, die eigentlich die Erwartung haben, dass sie sich durch Fleiß und harte Arbeit irgendwann vielleicht auch einmal ein kleines Häuschen mit einem kleinen Stück Garten in Bremen leisten können. Diejenigen werden bestraft, weil nämlich durch Ihre fehlerhafte Politik hier in Bremen für viele Aufsteigerfamilien dieser Traum in weite Ferne gerückt ist und ihnen dieser Traum leider unmöglich gemacht wurde. Sie verhindern Aufstieg durch Leistung, und das ist besonders tragisch. In welcher Welt das sozial, in welcher Welt das fair oder gerecht sein soll, das werden Sie sicherlich gleich in Ihren Reden begründen. Ich bin darauf sehr gespannt!

Ich verrate Ihnen aber auch noch etwas: Menschen lassen so etwas nicht unbedingt mit sich machen. Sie wollen nämlich aufsteigen, und sie wollen etwas aus ihrem Leben machen, und für viele gehört das Haus, für das man lange gearbeitet hat, auf das man lange hingespärt hat, nun einmal zu diesem Traum dazu. Das führt dann dazu, dass diese Menschen, wenn sie das in Bremen nicht mehr bezahlbar finden, ihr Heil im Bremer Umland suchen. Sie kennen das – und das habe ich Ihnen in den letzten eineinhalb Jahren hier vorn auch immer und immer wieder erklärt –: Wenn diese Familien erst einmal

nach Niedersachsen gezogen sind, wenn die Kinder dort zur Schule gehen, in den Kindergarten gehen, beide Eltern dort Jobs haben und man sich dort ein Haus gekauft hat, dann sind diese Menschen nicht in einem oder zwei Jahren wieder hier, sondern sie bleiben dort in Niedersachsen, und sie zahlen dann im Übrigen auch ihre Steuern in Niedersachsen, und am Ende wundern wir uns alle immer wieder, warum es Bremen finanziell so miserabel geht.

Laut Handelskammer – und Sie kennen die Berechnung! – verliert Bremen allein durch die Abwanderung in das Umland 100 Millionen Euro, und zwar nicht in Summe, sondern Jahr für Jahr. Das heißt, hätten Sie vor 15 oder vor 20 Jahren mit einer anderen Baupolitik hier in Bremen begonnen, dann hätten Sie in den letzten zehn Jahren jedes Jahr 100 Millionen Euro – also in Summe eine Milliarde Euro – mehr zur Verfügung gehabt, die Sie hätten in Bildung investieren können, in funktionierende Infrastruktur, in Kitaplätze und auch in jede Menge grüne Projekte, ohne sich dafür wieder auf Kosten neuer Generationen zu verschulden.

(Beifall FDP)

Solange Sie keine Mauer um Bremen ziehen können, werden Familien aus Bremen wegziehen, wenn ihnen nicht mehr das gefällt, was Sie ihnen hier bieten. Deswegen müssen Sie sich doch um die Familien bewerben! Sie müssen doch dafür sorgen, dass es hier in Bremen beste Bildung gibt, dass es hier Kitaplätze und fließenden Verkehr gibt, dass es hier eine sichere und saubere Stadt und Jobs gibt, und insbesondere auch, dass es hier in Bremen nach wie vor auch Einfamilienhäuser gibt, die bezahlbar sind! Wenn Sie das nicht tun, dann sind die Familien irgendwann weg. Diese Dinge hängen alle miteinander zusammen, und es wird Zeit, dass Sie das endlich begreifen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall FDP)

Hören Sie bitte auf, Ideologienpolitik zu machen, und fangen Sie bitte an, die echten Probleme der Menschen hier in dieser Stadt zu lösen!

Wissen Sie was? Wenn Sie diese Entwicklung aufhalten wollen, müssen Sie nicht weniger, sondern dafür müssen Sie mehr Einfamilienhäuser in Bremen bauen, und dafür müssen Sie Ihre Baupolitik überdenken. Sie müssen – und das haben wir auch in dem Papier für die Aktuelle Stunde geschrieben

– einen umsetzungs- und lösungsorientierten Integrierten Stadtentwicklungsplan schaffen, insbesondere auch unter Berücksichtigung von Einfamilienhäusern, der die aktuellen und auch miteinander zusammenhängenden Herausforderungen berücksichtigt und insbesondere auch die Eigentumsbildung in den Mittelpunkt stellt, beispielsweise durch Mietkauf. Ansonsten stehen wir nämlich in einigen Jahren wieder hier und fragen uns, wo die ganzen Familien hin sind, und das kann wirklich nicht in unserem Interesse als Bremer Politiker sein! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir, zu Beginn der Rede einmal auf Folgendes hinzuweisen: Ich habe zwei Unterlagen mitgebracht. Einmal ist es hier die Aktuelle Stunde, die die FDP beantragt hat, in der ein Integrierter Stadtentwicklungsplan zum Thema Wohnen gefordert wird, und das hier ist der Stadtentwicklungsplan Wohnen, beschlossen von der Bremischen Bürgerschaft im Dezember 2020, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe verstanden, dass es Ihnen um ganz spezifische aktuelle Themen geht – man kann natürlich auch diskutieren, was man hier jetzt aktualisieren muss, und das möchte ich auch tun –, aber die Tatsache, dass Sie in Ihren Beschreibungen komplett auslassen, dass es einen solchen Stadtentwicklungsplan gibt, der auch mit großem Aufwand und vielen Diskussionen hier in der Bürgerschaft erstellt worden ist, bestätigt durchaus gewisse Zweifel am Ausmaß des Engagements der FDP in Sachen Wohnungspolitik,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

so darf man es, finde ich, formulieren. Das ist jetzt aber eher eine formelle Frage. Das andere ist ja die inhaltliche Frage, und da möchte ich sagen, dass ich durchaus dankbar für die Aktuelle Stunde bin, die die FDP angemeldet hat, weil es, glaube ich, sinnvoll ist, zu einer Aussprache zu kommen über die Frage, was verändert Corona am Wohnungsmarkt.

Am Anfang dieser Pandemie hatten wir ja verschiedene Hoffnungen und Sorgen. Wir hatten Sorge davor, dass wegbrechende Einkommen die Wohnungsnot verschärfen würden, wir hatten vielleicht auch eine zarte Hoffnung, dass es am Wohnungsmarkt zu einer gewissen Preisdämpfung kommen würde. Inzwischen können wir sagen, jedenfalls bis jetzt, beides hat sich nicht bewahrheitet. Im Bereich der Wohnungsnot liegt das auch in einem sehr starken Umfang an den sozialstaatlichen Stützungsmaßnahmen, die ja auch sehr begrüßenswert sind.

Inzwischen merken wir, wir stehen vielleicht eher ein bisschen vor der Frage: Wird das Homeoffice den Trend zum Wohnen in Vororten, den es ja vor 20 Jahren schon einmal gab, wiederbeleben? Ich finde – und da bin ich tatsächlich auch bei der FDP –, darum müssen wir uns tatsächlich Sorgen machen. Um die Abwanderung in das Umland müssen wir uns Sorgen machen aus Gründen der Mischung, wir müssen uns Sorgen machen aus ökologischen Gründen, was die Pendelverkehre angeht, und wir müssen uns tatsächlich auch Sorgen machen, weil für einen Stadtstaat das Wohnen innerhalb der Landesgrenzen finanziell existenziell ist. Ob es so kommt, wie es jetzt in den Zeitungen geschrieben wird, darüber besteht allerdings Unsicherheit.

Ja, Homeoffice verringert das Problem des Arbeitsweges, und das ist per se einmal eine Attraktivierung von Vororten, das ist richtig, allerdings wird es ja hoffentlich auch wieder umgekehrte Bewegungen geben. Es wird hoffentlich auch wieder eine Zeit geben, in der pandemiebedingte Einschränkungen aufgehoben werden, in der die Gastronomie öffnet, in der die Kultur öffnet und in der es plötzlich wieder hochattraktiv ist, in einem urbanen Umfeld in der Stadt zu wohnen. Der Hunger nach Kultur und danach, ausgehen zu wollen, sind ja auch etwas, was hoffentlich wiederkommen wird. Das ist das eine.

Das andere ist, dass Bremen als Großstadt eine Menge Stärken hat, gerade für junge Familien. Wir sind eine grüne Großstadt, wir haben viele blaue Wege am Wasser, wir haben ein dichtes Netz an sozialer Infrastruktur, und vor allen Dingen – und das ist im Bereich Eigentumsbildung wichtig – hat Bremen einen im Großstadtvergleich außerordentlich hohen Eigenheimanteil. Wir sind eine Großstadt mit vielen Angeboten am klassischen Bremer Haus, aber auch an freistehenden Einfamilienhäusern, und ich bin der Senatorin sehr dankbar, dass sie in der aktuellen Debatte auch noch

einmal klargestellt hat, ein Verbot von Einfamilienhäusern kommt für Bremen nicht infrage, wir sind eine Stadt der gemischten Bautypologien und der vielfältigen Angebote.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Kurzum, wir müssen das weiter sehr sorgsam beobachten.

Was die Pandemie uns lehrt und was sie für Konsequenzen bringen wird, das wissen wir heute noch nicht. Wenn wir mehr wissen, dann müssen wir da in der Tat auch unsere Instrumente überprüfen, die wir derzeit anwenden. Bis dahin allerdings muss es erst einmal darum gehen, die Instrumente fortzuführen und das Wohnen in der Stadt zu ermöglichen gemäß dem Grundsatz bezahlbar, attraktiv, in der ganzen Stadt!

Meine Wahrnehmung ist durchaus, dass sich Bremen in diesem Konzert inzwischen sehr sehen lassen kann. Wir haben eine Sozialquote von 30 Prozent auf den Wohnungsbau, wir haben die Bindungsdauer dieser Sozialquote auf 30 Jahre verlängert, wir haben das mit einem attraktiven Wohnraumförderprogramm unterlegt, wir haben ein Genossenschaftsförderprogramm, das großen Anklang findet. Wir haben, um bei dem Thema zu bleiben, auch einen Bremer Eigenheimzuschuss eingeführt und inzwischen ausgeweitet.

GEWOBA und BREBAU haben Hunderte von Wohnungen im Bau. Im Jahr 2019 – das ist der letzte verfügbare Datenstand – wurden in Bremen 2 200 Wohnungen fertiggestellt, das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, der höchste Wert seit 20 Jahren.

(Beifall SPD)

Was die Zukunft angeht, haben wir vereinbart, dass in dieser Legislaturperiode die Grundlage für 10 000 weitere Wohneinheiten geschaffen werden soll. Der Senat hat eine entsprechende Liste vorgelegt. Ganz genau 11 036 Wohneinheiten befinden sich darauf, vom Tabakquartier über das Bundeswehrhochhaus bis hin zur Überseeinsel, und da die FDP scheinbar auch heute nicht aufgepasst hat: Gerade eben haben wir alle die Hände für das Teichquartier in Bremen-Nord gehoben, in dem Fall für 82 Reihenhäuser, auch an der Stelle geht es voran, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Man darf, um im Bild zu bleiben, durchaus sagen, über Bremen drehen sich die Kräne, und wir wollen, dass das auch so bleibt, das ist ein rundes Bild, und völlig richtig ist, wir werden evaluieren müssen, ob das in Zukunft ausreicht oder ob wir Anstrengungen nachschärfen müssen. Da bin ich völlig bei der FDP, und deshalb finde ich es auch gut, dass wir das Thema diskutieren. Was ich allerdings auch sagen will, ist, was uns dabei absolut nicht helfen wird, sind die Vorschläge der FDP beziehungsweise das, von dem Sie gesagt haben, was auch tatsächlich einmal ein Vorschlag ist.

Das, was Sie aufgeschrieben haben, ist, mit Verlaub, eine Mischung aus Phrasen und altem Markt-radikalismus in neuer Rhetorik. Wir fangen einmal mit den Phrasen an: Wir können in dem Antrag für die Aktuelle Stunde lesen – und jetzt wird es philosophisch, liebe Kolleginnen und Kollegen! –, Wohneigentum macht glücklich. Jetzt geht es in den Bereich des Fetischs über, oder? Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Liebe: Ob ich beim Wohnen glücklich bin oder nicht, das hängt nach meiner Wahrnehmung immer noch mit der Frage zusammen, mit wem ich dort wohne.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich kann Ihnen von meiner persönlichen Seite aus sagen, das hat auch als Mieter ganz hervorragend funktioniert, und die meisten Bremerinnen und Bremer – das mag nicht allen hier im Raum bewusst sein – sind Mieterinnen und Mieter, die können Sie bei Gelegenheit einmal fragen. Wenn Sie einen treffen, dann werden sie Ihnen das bestätigen.

(Beifall SPD)

Das war der Punkt Phrasen.

Der andere Punkt sind dann konkrete Vorschläge. Ich habe ehrlich gesagt jetzt nur einen einzigen gehört, der wirklich konkret war, nämlich, Sie wollen wieder die GEWOBA privatisieren.

(Zurufe SPD)

Ja, Sie sagen jetzt nicht mehr, wir wollen die GEWOBA privatisieren, Sie sind jetzt ein bisschen geschickter, Sie sagen jetzt, die GEWOBA soll doch ihre Wohnungen privatisieren. Das ist natürlich besonders clever! Vor allen Dingen hat es auch nichts mit dem Thema zu tun, und man erreicht damit auch kein Ziel bei dem, was Sie sagen, nämlich Familien in der Stadt zu halten. Die GEWOBA bietet

gepflegtes Wohnen, faire Mieten und Engagement für das Quartier.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Alle Erfahrungen mit der Veräußerung von Beständen, sei es das ganze Unternehmen oder einzelne Wohnanlagen, zeigen, dass sie früher oder später in die Hand von anonymen Investoren fallen, dass die Anlagen verfallen, dass soziale Brennpunkte entstehen. Das können Sie sich übrigens quer durch die Stadt ansehen, wo wir mühselig versuchen, das Stück für Stück wieder zu verbessern. Das können Sie in der Robinsbalje sehen, das können Sie in Grohn sehen, das können Sie in Tenever sehen, und in diese Brennpunkte wollen dann Ihrer Meinung nach junge Familien gern ziehen? Liebe Abgeordnete der FDP, das meinen Sie nicht ernst!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jeder, der etwas von sozialem Wohnungsbau versteht, weiß, dass das nicht funktioniert, und jeder, der etwas von sozialem Wohnungsbau versteht, weiß, wohin Sozialwohnungen gehören, nämlich in die Hand der Stadt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ehrlich gesagt hatte ich den Eindruck, das war es auch schon fast mit konkreten Vorschlägen. Ich habe ansonsten noch in der Vorberichterstattung im „Weser-Kurier“ wahrgenommen, der Wirtschaftsrat der CDU möchte das Problem lösen, indem man die Rennbahn mit Wohnraum für Familien bebaut.

(Heiterkeit SPD)

Wenn es nicht so ernst wäre, würde ich sagen, das ist genau mein Humor.

Die FDP möchte ich allerdings nicht von dieser Debatte ausnehmen, denn sie hat es ja noch weitergetrieben. Ich erinnere mich sehr gut, was Ihr Argument war, bei dem Sie sich heute hierhinstellen und sagen, man muss einmal aufhören, immer nur an Wohnungen zu denken. Wir brauchen freistehende Häuser und Reihenhäuser für Familien, und da haben Sie völlig recht, das braucht man. Als es darum ging, dass sich die heutige Koalition dafür ausgesprochen hat, dass wir Wohnraum für Familien auf der Rennbahn schaffen: Habe ich da eine Erinnerungslücke, oder war es Ihre Fraktionsvorsitzende, die gesagt hat, das solle man nicht machen, man solle die Rennbahn unangetastet lassen, und

wenn wir schon bauen müssen, für die Leute könnten wir doch Hochhäuser in Osterholz bauen? Habe ich das richtig in Erinnerung? Ich glaube ja, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ja!)

Bei allem Verständnis für den Versuch, jetzt Herrn Hofreiter scharf zu kritisieren und zu sagen, super Steilvorlage, wir schlagen einmal auf die Grünen ein, die wollen uns wieder etwas verbieten: Das ist ein netter Versuch, aber das funktioniert nur dann, wenn man in seiner Wohnungspolitik auch vorher immer das Rückgrat gehabt hat und nicht ständig wie ein Fähnchen im Wind agiert, liebe Abgeordnete der FDP-Fraktion!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eines möchte ich noch zum Thema Immobilienangebot sagen: Die Preislage hat natürlich auch etwas mit den Renditeerwartungen zu tun, die dahinterstecken. Das ist bei einer Eigennutzung etwas anderes, aber wenn es um vermietete Immobilien geht, ist das die zentrale Größe. Dann wird üblicherweise mit Kaltmieten gerechnet, und da möchte ich noch einmal sagen, was aus meiner Sicht dazu beiträgt: Ich habe hier zum Beispiel aus der aktuellen Zeitschrift des Eigentümerverbands „Haus & Grund“ ein wunderbares Immobilienangebot aus meiner Nachbarschaft: teilvermietetes Vierfamilienhaus in Bremen-Walle, wenn man es sich näher ansieht, in einem sehr schlechten energetischen Zustand! Der Käufer möchte dafür stolze 420 000 Euro haben, obwohl dem Angebot zu entnehmen ist, die Kaltmieten, die er da erzielen kann, sind sehr niedrig. Das sind scheinbar noch alte Mietverträge. Dazu steht in dem Inserat: „Bitte berücksichtigen Sie das vorhandene Mieterhöhungspotenzial“, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das halte ich für mehr als ein Einzelfallproblem, sondern das ist ein Strukturproblem, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn was da steht, ist nicht: Investieren Sie in Neubau, schaffen Sie Wohnraum, und übrigens, damit kann man auch gutes Geld verdienen! Das wäre soziale Marktwirtschaft, und damit hätte ich kein Problem, aber was da steht, ist: Leisten Sie absolut nichts an gesellschaftlichem Mehrwert, und wenn Sie mit dem Nichtstun noch Geld verdienen wollen, dann holen Sie sich das Geld doch einfach von den Mieterinnen und Mietern wieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! So lange so etwas noch möglich ist, so lange ist das soziale Mietrecht in Deutschland nicht stark genug

und muss trotz aller Verbesserungen weiter verschärft werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schlusssatz von meiner Seite: Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg in der Wohnungspolitik in Bremen, wir können ein rundes Bild vorweisen, aber das heißt nicht, dass wir das nicht fortlaufend evaluieren müssen. Insbesondere müssen wir darauf achten, welche Auswirkungen die Pandemie auf dem Wohnungsmarkt haben wird, und das Ergebnis kann durchaus sein, dass wir unsere Anstrengungen weiter intensivieren müssen, gerade – aber lange nicht nur! – im Bereich von Eigenheimen und junger Familien, auch derjenigen, die sich kein Eigenheim leisten können. Die SPD-Fraktion wird diesen Austausch auch in Zukunft gern führen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder.

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Zahlen haben wir ja schon gehört, vielleicht kann ich noch ein paar ergänzen! An der Aktuellen Stunde hängt das Preisschild 100 Millionen Euro, das haben wir schon gehört, das hat die Handelskammer ermittelt, was an Steuereinnahmen durch die Fortgezogenen fehlt. 100 Millionen Euro sind keine Kleinigkeit. Wenn ich mir überlege, über was wir hier manchmal debattieren, haben wir es also mit einem dringenden Problem zu tun.

Anlass war ja der Bericht im „Weser-Kurier“, dass wir jetzt tatsächlich zum ersten Mal Bewohnerinnen und Bewohner an das Umland verlieren. Die Erkenntnisse des Statistischen Landesamtes haben wir auch schon gehört: 31 700 Menschen verließen die Stadt, und nur 30 600 sind dazugekommen. Das sind also 1 023 Menschen, die fehlen, die im letzten Jahr keine Steuern gezahlt haben, die ihre Kinder nicht in die Kitas in Bremen gebracht und die Kinder nicht in die Schulen geschickt haben und natürlich auch nicht am gesellschaftlichen Leben teilgenommen haben – und das nur in einem Jahr! –, und diese Menschen brauchen wir für die Zukunft unserer Städte.

(Beifall CDU)

Wir haben es ja nicht mit einer neuen Entwicklung zu tun, und wir haben es auch nicht mit einem statistischen Ausreißer zu tun, denn diese Tendenz beobachten wir schon seit Jahren.

Es ist auch schon gesagt worden, ab 2015 gab es hier sehr viel Zuzug durch Geflüchtete, durch Mitbürger aus dem europäischen Ausland, den wir übrigens auch brauchen, aber natürlich wissen wir auch – und das gehört zur Wahrheit dazu –, diese Zugezogenen sind oft noch nicht so richtig am Arbeitsmarkt etabliert. Sie und ihre Kinder brauchen eher Zuwendungen und sind deswegen nicht vergleichbar mit den Familien aus dem Mittelstand, die Bremen verlassen, und vielleicht kann ich in der Debatte auch noch einmal ein paar konkrete Beispiele aus der Praxis dazu nennen.

Für mich und auch für uns als CDU-Fraktion ist der Wegzug dieser Menschen eine große, wenn nicht die größte Gefahr für unser Bundesland.

(Beifall CDU, FDP)

Diese Familien aus der Mittelschicht brauchen wir, und sie finden – und das haben Sie eben auch schon gesagt – hier eben keinen Wohnraum, und sie wollen tatsächlich auch nicht in das Umland ziehen, denn was passiert? Die städtische Infrastruktur fällt weg, sie können eben nicht mehr mit dem Fahrrad zum Freimarkt fahren oder mit dem ÖPNV von A nach B, die Fahrzeiten werden länger, und es ist natürlich ein Unterschied, ob ich von Schwachhausen in die Innenstadt fahre oder von Weyhe aus, und schließlich steigen natürlich auch die Ausgaben für Mobilität, wenn ich nicht in Bremen wohne.

Die Wahrheit ist aber auch, und das ist eben auch schon von den Vorrednern aufgenommen worden: Durch Corona wird der Druck hier in der Stadt noch größer werden, denn ich kann aus der Praxis berichten, von allen unseren Mitarbeitern – wir haben ja über 1 000 Mitarbeiter bei team neusta – wohnt die Hälfte tatsächlich im Umland, und wir gehen davon aus, im Augenblick sind noch 35 Prozent im Homeoffice, dass sich Homeoffice 50 zu 50 etablieren wird. Das heißt, die Hürde, einmal nach Weyhe zu ziehen, wird also kleiner werden, als sie zurzeit ist, und da wird noch eine Menge Druck auf die Abwanderung kommen. Diesen Trend müssen wir irgendwie umkehren, und dafür brauchen wir, das ist auch schon gesagt worden, eine Neuausrichtung der Bautätigkeit.

Wir haben von 10 000 neuen Wohnungen gehört, wir haben immer gehört, von zusätzlichen neuen Wohnungen, was ja gar nicht stimmt, denn die Zahl ist auch schon gefallen, 2 200 Wohnungen sind im Jahr 2019 gebaut worden, 100 mehr als im Jahr 2018, aber die 10 000 Wohnungen sind ja nicht der normale Wohnungsbau, das ist eben kein zusätzlicher Wohnungsbau. Deswegen sind wir gespannt, und das hören wir uns gern an: Wie viele Baugenehmigungen werden denn tatsächlich am Ende der Legislaturperiode erteilt worden sein? Für welche Häusertypen und Typen Wohnungen werden diese Genehmigungen erteilt? Wie viele Wohnungen werden es denn tatsächlich, und wo entstehen diese Wohnungen, und vor allen Dingen, wo entstehen die zusätzlichen Bedarfe? Da hören wir keine konkreten Zahlen, aber da sind wir gespannt. Es wird ja in der Debatte hoffentlich gleich auch noch gesagt werden, was wir da zu erwarten haben, aber wie wollen wir diesen Trend umkehren? Das ist ja die tatsächliche Frage.

Was glauben wir als CDU, wie bekommen wir es hin, dass wir mehr Familien Wohnraum in Bremen anbieten können? Erstens, wir wollen 30 Prozent der Wohnbauflächen der großen Bauträger frei ausweisen. Es gibt im Augenblick keine Chance, ein Haus nach den eigenen Vorstellungen oder Plänen in Bremen zu bauen, und hier müssen wir natürlich auch über weitere Flächen nachdenken, Beispiel Brokhuchting, wo wir irgendwie auch nicht weiterkommen.

Zweitens, wir wollen die Kosten beim Bauen senken, indem wir zum Beispiel die Erschließungskosten als Stadt selbst tragen. Das verringert den Aufwand, wenn ich mir ein Haus bauen möchte. Drittens, wir wollen, wo immer dies möglich und von den Käufern gewünscht ist, die Kosten für den Erwerb eines Eigenheims senken, indem wir Grundstücke auf der Basis von Erbbaupacht für die Bebauung von Einfamilien- und Doppelhäusern ausweisen.

Ganz wichtig ist, und das ist eben auch schon gesagt worden: Wir haben immer gesagt, wir wollen diese Sozialquote, die wir nicht abstreiten, wir brauchen diese Sozialquote, flexibilisieren, denn was wir jetzt zum Beispiel in der Überseestadt erleben, ist ein gutes Beispiel. Da haben wir Sozialwohnungsbau, und da haben wir hochwertige Eigentumswohnungen, weil sich die Bauträger eben aus diesem Mix überhaupt nur finanzieren können, aber ich sehe da überhaupt kein einziges Reihenhauses, kein einziges Einfamilienhaus, in das gerade junge mittelständische Familien einziehen können.

Die BREBAU und die GEWOBA sind schon genannt worden. Wir müssen jetzt schauen, wenn schon zwei städtische Wohnungsgesellschaften bauen, dass sie auch bauen. Das werden wir uns ansehen, und die müssen ein bisschen Druck machen, tatsächlich, damit mehr Wohnraum entsteht und eben auch dieser Wohnraum für die Familien entsteht.

Natürlich, auch das ist schon gesagt worden, wir reden von der Baupolitik als dem harten Faktor, aber wir haben es auch mit den weichen Faktoren zu tun. Der einzige Grund, nach Achim zu ziehen, ist nicht nur, da finde ich ein Baugrundstück und kann mir ein Einfamilienhaus darauf bauen, ein anderer ist auch, da habe ich einen Kitaplatz, und da habe ich auch eine Schule mit einer vernünftigen Bildung. Das ist natürlich das, was uns auch schadet und das Thema wachsende Stadt nach außen hin schlecht verkauft.

Wir wissen alle, wovon außerhalb Bremens über Bremen geredet wird. Wir wissen alle, wo die Bildungspolitik steht, wo wir in den Rankings stehen, wir wissen alle, wie ist das eigentlich mit den Kitaplätzen in Bremen, und das sind auch für junge Familien sehr entscheidende Faktoren, sich nicht dafür zu entscheiden, in Bremen zu leben, sondern in das nahe gelegene Umland zu ziehen. Ich bitte Sie: Die wachsende Stadt bekommen wir nur hin, wenn wir hier Grund anbieten, nämlich für Familien, und indem wir diese Meldungen aus der Bildung und aus Armut –. Wenn wir diese ganzen Themen, bei denen Bremen im Image hinten liegt, nicht weg bekommen, werden wir das Thema wachsende Stadt hier nicht erreichen. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schade, diese Sache mit den Hochhäusern, Herr Wagner, wollte ich auch sagen, aber Sie haben das Thema ja schon verbraucht. Die dahinterliegende Beobachtung ist ja, die FDP sucht noch nach einer Haltung, was die Entwicklung der Stadt angeht.

Ich muss ehrlich sagen, Herr Schäck, ich finde es einen Jammer, denn Sie haben immer dabeigesessen, als wir uns über den Stadtentwicklungsplan gebeugt und überlegt haben, wie die einzelnen Ar-

beitsschritte zu bewerten sind. Man hatte das Gefühl, Sie haben nie einen grundlegenden Einwand dagegen vorgebracht, sondern es war okay. Sie fanden das plausibel, was die Fachplaner und ihre wissenschaftliche Begleitung dort vorgelegt haben.

Insofern hat die ganze Aussprache ja ihren Ausgangspunkt ziemlich sicher in der Tatsache: Die Wahlen drohen, und die Grünen haben eine umstrittene Position in der Frage des Einfamilienhauses vertreten, und Sie dachten, da lässt sich an diesem Lagerfeuer vielleicht noch die Suppe warm bekommen.

Ich habe die Beobachtung, dass die Debatte in der Republik schon lange eine andere Richtung genommen hat, dass längst erkannt worden ist, dass Herr Hofreiter niemals den Blödsinn erzählt hat, man möge das Einfamilienhaus verbieten, sondern dass er auf die Kosten hingewiesen hat, die damit verbunden sind, die jenseits der Kosten des einzelnen Bauherrn liegen, nämlich die Kosten für die Gesellschaft als Ganze, die Kosten für den Landschaftsschutz, für die Vermeidung des Klimawandels et cetera.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Bevor wir uns das aber noch ein bisschen genauer ansehen, will ich doch auch noch einmal ein kleines bisschen die Bremer Verhältnisse ausleuchten! Da, finde ich, ist Ihre Position ganz besonders merkwürdig, und ehrlich gesagt auch die von Ihnen, Herr Meyer-Heder. Wenn es eine Stadt gibt, die geprägt ist von den Familienhäusern, dann ist es Bremen, es ist das Bremer Haus.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es sind das Bremer Haus und seine historischen Nachfolger, die diese Stadt ausmachen

(Abgeordneter Carsten Meyer-Heder [CDU]: Ja, aber die sind doch alle 100 Jahre alt!)

und diese Stadt attraktiv machen. Das ist eine sozialpolitische und baupolitische Innovation gewesen, die der Senat in dem ausgehenden 19. Jahrhundert erreicht hat, indem er gesagt hat, in Bremen stehen die Häuser an der Straße. Das klingt total banal, aber es bedeutet keine Hinterhäuser. Es bedeutet nicht Hamburger oder Berliner Mietskasernen, sondern es bedeutet, dass sowohl die sehr wohlhabende Person in Schwachhausen ihr Haus an die Straße stellt, genauso, wie die Oma in Walle ihr

Häuschen an der Straße stehen hat. Beide Häuser haben sich über die Jahre als enorm nachhaltig, über die Generationen weitergegeben, herausgestellt. Diese Reihenhäuser, diese Bremer Häuser, sind ein Wert, den wir weiterentwickeln, wenn wir heute Stadtentwicklung betreiben.

Wir achten darauf, dass wir davon immer Gebrauch machen in den neuen Siedlungsgebieten und Quartieren, aber das machen wir natürlich nicht, ohne genau hinzuschauen. Wenn Sie einen Blick auf die neuesten Pläne werfen, auf die wir auch gerade so richtig ein bisschen stolz sind, nämlich auf die Überseeinsel mit allem, was Herr Meier auf dem Kellogg-Gelände macht, und dann dahinter die Weser hinunter, das ist einerseits der richtige Gedanke, verdichteten Städtebau zu machen in dieser unglaublich privilegierten Lage mit dem Blick auf den Fluss nach vorn, und hinten hat man den Europahafen. Ein Bauplatz, den es in Bremen nie wieder geben wird! Da stellt man doch keine Einfamilienhäuser hin, um die man herumgehen kann! Wer um Himmels willen soll denn da wohnen? Das ist doch dummes Zeug! Da müssen in Zukunft 2 000, 2 500 Wohnungen entstehen mit der Möglichkeit, dass da 4 000 Leute wohnen, mit der Konsequenz, dass man diese Wohnungen stapelt. Das geht gar nicht anders, und alle haben Zugang zu diesem privilegierten Ort in der Stadt!

Da hat man nun allerdings, wenn man ein bisschen genauer hinsieht, im zweiten Bauabschnitt das Konzept, von dem klugen Chef der hiesigen Architektenkammer, Oliver Platz, ausgedacht, der gesagt hat: Ich nehme einmal Maß an der Neustadt. Ich baue die Häuser wieder im Blockrand. Ich mache das natürlich nicht mehr so, dass in dem Haus nur eine Familie wohnt, sondern es soll da gestapelt sein, es können vielleicht zwei oder drei sein, da spricht man dann vom Townhouse. Das ist ein durchdachtes Konzept, das auf die Bremer Situation genau abgestellt ist, auf den konkreten Bauplatz abgestellt ist. Das ist der Hintergedanke der Stadtentwicklungspolitik in Bremen, wonach man mit den sehr knappen Flächen eines Stadtstaates sehr sorgsam umgeht und versucht, Quartier- und Baumilieus zu schaffen, die den Bauplatz gut ausnutzen und in denen sich die Menschen wohlfühlen. Das scheint mir bei Ihnen nicht angekommen zu sein.

Dass wir dabei auch Fehler machen, dass wir dabei auch im Zeitgeist gefangen sind oder von Schritt zu Schritt handeln, dass wir unter dem Druck von Investoren stehen oder von Öffentlichkeiten, die sa-

gen, macht einmal schnell, alles das ist völlig unumstritten, das ist in allen Städten so, aber die Haltung, mit der wir meiner Meinung nach in den letzten zwei Legislaturperioden gut vorangekommen sind, die stimmt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich würde gern noch mit ein paar Sätzen dieses Thema behandeln, dass Bauen natürlich immer Ressourcenverbrauch bedeutet. Das kann gar nicht anders sein: Wer ein Haus errichtet, versiegelt die dort möglicherweise vorher offene Landschaft, man schichtet im großen Stil Baumassen auf, und indem man Zement und Beton verwendet, geht dem ein enormer Energieeinsatz voraus, indem man Stahl einsetzt, ebenfalls, und dergleichen mehr. Wenn das Haus dann, sagen wir einmal, 80 Jahre, 100 Jahre steht, dann emittiert die Nutzung des Hauses selbstverständlich in einem hohen Maße Energie. Das sind doch Gesichtspunkte, die jemand, der heute über die Zukunft des Siedelns nachdenkt, des Bauens, der Entwicklung der Städte und Kleinstädte und Dörfer, nicht einfach übersehen kann. Das geht doch nicht! Wer da gar nicht hinschaut, der hat doch überhaupt nichts mehr mitbekommen.

Wir besetzen im Moment mit unserem wachsenden Siedlungssystem 56 Hektar pro Tag. Das ist eine unglaubliche Größenordnung, das ist im Jahr eine Fläche von der Größenordnung Hannovers! Das war in den letzten 30 Jahren – alles zusammengezählt, diese große Expansion des Siedlungsraums in der Bundesrepublik – die Größe von Hessen! Es ist doch nicht so, dass das nicht einen aufgeweckten Menschen herausfordern muss und dass man sich nicht fragen muss, ob sich dazu nicht eine Alternative ersinnen lässt. Da kann man doch nicht nur davon sprechen, was es für ein Glück ist, in diesen Häuschen zu leben!

Ich finde es absolut respektabel, wenn Familien oder Einzelpersonen die Entscheidung treffen und sagen, ich will mein Vermögen in ein Haus investieren. Ich will darin leben, ich will damit vielleicht auch Alterssicherung betreiben, vielleicht Geld verdienen, ich habe eine bestimmte Vorstellung davon, wie meine Familie aufwachsen soll, ich habe Kinder, die sollen doch im Garten spielen. Alles das sind komplett berechnete Bedürfnisse, aber wie alle Bedürfnisse in diesem Land – in der Welt sowieso! – brechen die sich natürlich an den zur Verfügung stehenden Mitteln und müssen darauf Rücksicht nehmen, was möglich ist.

Wir sollten daran arbeiten, eine Siedlungsstruktur zu entwickeln, die diesen enormen Verbrauch von offener Landschaft bremst; also Bauernland, Land, das dazu beiträgt, den Klimawandel zu bremsen, was ein Refugium für Kleinlebewesen ist, Bienen und was noch alles. Darüber müssen wir nachdenken. Wie man das macht, ob man es macht, wie es in New York ist, oder ob man es macht, wie es in Bremen ist, dazwischen ist viel Luft, ob man es macht wie in Weyhe, in Achim oder anderen Kleinstädten, dazwischen gibt es riesige Unterschiede.

Mittlerweile melden sich die Kämmerer in den Gemeinden rund um Bremen zu Wort und sagen: Hören Sie einmal, lassen Sie uns einmal kurz nachrechnen! Wenn wir das nächste Baugebiet auf dem Acker ausweisen, dann werden sich da ein paar Familien ansiedeln, die werden Kinder haben. Haben Sie schon einmal nachgesehen, ob unsere Kitas ausreichen, ob unsere Grundschulen ausreichen? Dann rechnet der Kämmerer vor und sagt: Moment einmal, dieses Baugebiet mag unsere Kräfte übersteigen.

Wenn sie das überprüfen, dann stellen sie eine wachsende Verschuldung der Nachbargemeinden fest, die sich keineswegs jeden Tag über die 100 Millionen Euro freuen, die sie aus Bremen gewonnen haben, indem sich da Menschen angesiedelt haben. Sie müssen nämlich noch die soziale Infrastruktur und die verkehrliche Infrastruktur leisten, sie müssen sich mit dem Umstand auseinandersetzen, dass die Häuser, die in den Siebzigerjahren gebaut worden sind, heute ein bisschen in die Jahre gekommen sind. Dass Menschen, die darin leben, möglicherweise nun ohne Kinder dort leben, vielleicht sogar ohne Ehepartner, weil sie verstorben sind, dass diese Menschen von der Gemeindegemeinschaft kaum noch zu erreichen sind, weil sie unendlich weit auseinanderwohnen und dass sich das Bus- und das Kanalsystem nicht mehr lohnen, alle diese Fragen stehen auch in den Kleinstädten und Umlandgemeinden auf der Tagesordnung, und auch das kann Einsichten auslösen, dass wir über unser Siedlungssystem nachdenken müssen. Wenn wir das nicht tun, sind wir nicht gut beraten.

Jetzt kommt das letzte, sehr wichtige Argument: Was ist die richtige Strategie, damit Bremen wachsen kann? Ich bin entschieden dafür, dass wir uns darum kümmern, dass Bremen eine unwiderstehliche Stadt mit großer Ausstrahlung ist, wohin die Menschen gern kommen. Das halte ich für enorm wichtig.

Wenn Sie sich das Wachstumsmuster anderer Städte ansehen, dann stellen Sie fest, wenn sie nicht durch die Auslandswanderung wachsen, also durch die armen Flüchtlinge, die sich über schreckliche Wege bis nach Deutschland durchgeschlagen haben, dann wachsen sie in der Regel aus der Bildungswanderung. Junge Leute brechen von zu Hause aus auf, gehen studieren, suchen sich eine Universität, gründen eine Wohngemeinschaft, was auch immer, und wenn es gut läuft, dann bleiben sie in diesen Städten. Das ist in Münster so, das ist in Leipzig im großen Stil so gewesen, es ist in Berlin so gewesen.

Der Kampf darum, diesen Schatz an jungen Leuten, klugen, jungen Leuten, Leuten im Aufbruch, für unsere Stadt zu gewinnen, scheint mir der zentrale Punkt, wenn wir beantworten wollen, wie können wir wachsen. Jede Stadt verliert Menschen an ihr Umland, das ist überall so. Das ist in Frankfurt so, das ist in München so, völlig selbstverständlich, der entscheidende Punkt ist, ob die Kräfte des Wachstums stärker sind als die Kräfte der Abwanderung in das Umland.

Sie können nur stärker werden, wenn wir für unsere Stadt eine Strategie entwickeln, wie wir die jungen Leute für Bremen gewinnen, wenn wir unsere Stadt unwiderstehlich machen für diese nächste Generation. Das brauchen wir für die Fachkräfte, das brauchen wir für die Erfindung von Zukunft, das brauchen wir dafür, dass unsere Wohngebiete lebendig bleiben, für unsere Kultur, für die Gründung unserer Start-ups. Daran muss man arbeiten, und Herr Schäck, Sie haben vollkommen recht, da sind wir noch nicht gut genug. Ich fürchte nur, das Einfamilienhaus ist nicht die Antwort. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für diese Aktuelle Stunde! Ich muss aber dazu sagen, wo die Menschen wohnen, liegt nicht immer ganz allein am Preis der Häuser, denn es ist doch mittlerweile eine Illusion zu glauben, dass das Haus in Lilienthal spürbar billiger ist, als das Haus in Borgfeld. Die Preise sind da mittlerweile sehr identisch, und wenn ich in den Bremer Westen gehe, wird höchstwahrscheinlich auch das Reihenhaus in Oslebshau-

sen günstiger sein, als das Reihenhaus in Ritterhude. Das kann doch nicht unbedingt der Grund sein.

Wenn man heute Häuser günstiger kaufen will, dann muss man wesentlich weiter in das Umland gehen, vielleicht nach Beverstedt, da ist es günstig. Apropos, was auch sehr interessant ist: Man kann einmal in Richtung Bremerhaven schauen, da ist ein Einfamilienhaus auch noch relativ günstig. Was sagt uns das? Das nächste Element, das natürlich zählt, ist die Lage, weil die Lage natürlich auch den Preis der Häuser bestimmt.

Das Nächste, was Sie auch vergessen haben, Herr Schäck, ist die Niedrigzinsphase. Solange die Zinsen so niedrig sind, wie sie sind, können Sie das Angebot auf der anderen Seite erhöhen, wie Sie wollen. Sie werden, sage ich einmal, die Preise nicht nach unten drücken können, weil natürlich die Bauträger die Situation ausgenutzt haben, dass die Annuität, also das, was die Menschen pro Monat für so ein Haus bezahlen müssen, durch die niedrigen Zinsen sehr günstig geworden ist. Dadurch haben sich die Preise erhöht, und dadurch waren natürlich die Kosten genauso hoch.

Ich kann mich noch an Zeiten erinnern – ich habe auch einmal im Eigentum gewohnt –, als wir noch elf Prozent Zinsen hatten. Ich denke also, alles das sollte man auch beachten. Im Übrigen bin ich sehr glücklich, ich wohne zur Miete in einem Haus und fühle mich da sehr wohl und mache mir das in einer solchen Situation auch sehr bewusst, weil ich mir eine gewisse Flexibilität beim Wohnen erhalten möchte, denn Immobilien machen auch immobil. Es gibt auch viele Menschen, die das wollen und gar nicht in ein Eigentum gehen.

Trotz alledem hat Ihr Antrag aber ja einen realen Kern, nämlich die Frage: Wie sollen unsere Städte in 20, 30, 40 Jahren aussehen? Wie soll da gewohnt werden? Dafür werden nämlich heute die Weichen gestellt, das ist richtig. Das Eigenheim ist für Bremen, das haben meine Vorredner auch schon gesagt, außerordentlich prägend. 80 Prozent aller Wohngebäude in Bremen sind Ein- oder Zweifamilienhäuser, das macht ein Drittel aller Wohnungen aus.

Reihenhäuser und Bremer Häuser gibt es in Bremen mitten in der Stadt, das Viertel ist geprägt davon. In Walle gibt es eine Tradition des besonders kleinen Reihenhauses. In Gröpelingen gibt es den Feierabendweg, den kennen ja einige von Ihnen – es war eine wunderbare Art des Bauens, unsere

Väter haben dort wunderschöne kleine Häuser gebaut –, und in Bremen gibt es eben auch viele Eigentumswohnungen, Wohneigentum. Fast 40 Prozent der Haushalte in Bremen leben in Wohnraum, der ihnen selbst gehört, auch mitten in der Stadt. Das ist im Städtevergleich, das sagten meine Vorredner auch schon, etwas ganz Besonderes.

Jetzt sagen der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Nord und die dortige Koalition, bei neuen Bauplänen lassen wir nur Geschosswohnungsbau zu, in der Stadt ist kein Platz mehr für etwas anderes. Das ist schon ein Bekenntnis zu der Marschrichtung: In 30 oder 40 Jahren müssen alle Städte aussehen wie Berlin mit 85 Prozent Mietquote, viel hohem Geschosswohnungsbau und Eigenheimen eher am Rande. Da sage ich, so eine Orientierung ist falsch, das ist auch nicht die Orientierung dieser Koalition in Bremen.

Der neue Stadtentwicklungsplan Wohnen sagt klar, wir wollen ein vielfältiges und gemischtes Wohnangebot, und zwar in allen Stadtteilen, und das machen wir auch.

(Beifall DIE LINKE)

Ich gebe Herrn Meyer-Heder recht, wenn er über die Überseestadt redet. Kaum einer wird es besser wissen als er, denn er wohnt ja da, und er sieht es jeden Tag. Es war sicherlich in der Vergangenheit ein Fehler, den ganzen Stadtteil nur im Geschosswohnungsbau entstehen zu lassen, aber bei den neuen Planungen machen wir das nicht mehr. Für die Überseeinsel – der Kollege Bücking hat es gesagt – ist vorgesehen, dass es auch einen Anteil neuer Bremer Häuser geben soll. In der Gartenstadt Werdersee passiert das sowieso, und im Tabakquartier unter Ihrem Freund Joachim Linneemann passiert das auch.

Im Übrigen sagt auch das Stadtentwicklungsamt Berlin, im Moment haben wir viel Zuzug und eine hohe Nachfrage nach Wohnungen im Geschosswohnungsbau, denn der Zuzug findet in der Altersgruppe von 18 bis 35 Jahren statt, und dessen Altersgruppe hat, wie man so schön sagt, eine hohe Affinität zum Geschosswohnungsbau, aber wenn die Familien Kinder haben, dann sieht es nicht mehr so affin zum Geschosswohnungsbau aus, dann wollen sie eben ein Häuschen. Deshalb geht auch Berlin davon aus, dass ungefähr ein Drittel des zusätzlichen Bedarfs an Wohnungen auf Ein- und Zweifamilienhäuser entfallen wird. Das Problem ist, sie sind im Neubau derzeit überall zu teuer,

und der Neubau zieht auch die Preise im Bestand nach oben.

Dass Familien oft nichts finden, was sie kaufen können, liegt nicht daran, dass es nichts gibt, sondern dass sie es sich nicht leisten können, sie können es nicht bezahlen. Die Privaten haben auch kein großes Interesse daran, günstigere Eigenheime zu bauen, weil man damit eben sehr viel Geld verdienen kann, und die Niedrigzinspolitik hat die Margen da sicherlich noch erheblich erhöht. Deshalb brauchen wir neue Instrumente.

Ein Instrument sind Baugemeinschaften. Die Koalition in Bremen hat gerade eine Genossenschaftsförderung für Neubaugemeinschaften eingeführt, da gibt es auch zum ersten Mal die Bestimmung, dass es eine Quote für preisgedämmten Wohnraum geben muss. Die Eigentumsförderung ist auf den Bestand ausgeweitet worden. Bremer Familien mit Kindern bekommen eine staatliche Förderung, wenn sie in Bremen Wohneigentum kaufen; nicht mehr nur im Neubau und nicht mehr nur in bestimmten Stadtteilen, sondern überall und für alle Häuser, solange sie einen bestimmten Preis nicht überschreiten. Das sind alles Weichenstellungen, um in allen Stadtteilen eine Mischung von unterschiedlichem Wohnen und Eigentumsformen hinzubekommen, denn das macht ja die Stadtteile stabil und attraktiv.

Trotzdem reicht das bisher noch nicht aus. Das mit dem neuen Bremer Haus kommt nicht so richtig voran, eigentlich nur beim Ellener Hof. Die Häuschenzeilen in Walle, für die es viel Bedarf gibt, will heute keiner mehr bauen, und auch den Feierabendweg wird man heute leider nicht mehr so bauen. Da wird man schon in Zukunft bei den Bebauungsplänen und in den städtebaulichen Verträgen mehr festsetzen müssen. Da müssen auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mehr in diese Richtung entwickeln. Die BREBAU macht das, sie ist im Bauträgergeschäft tätig. Die GEWOBA hat sich vor Jahren einmal aus dem Bauträgergeschäft zurückgezogen, vielleicht überlegt sie sich das noch einmal. Sofern es günstigen Wohnraum bei Eigenheimen im Bestand gibt, muss man ihn irgendwann auch schützen, sonst verschwindet er zugunsten der bekannten Würfel.

Was die FDP leider nicht richtig in ihrem Antragstext zur Aktuellen Stunde versteht: Hier ist niemand gegen Wohneigentum, aber Wohneigentum fördert man nicht dadurch, dass man den Markt einmal machen lässt. Da muss einem schon ein bisschen mehr einfallen, als zur GEWOBA zu

sagen, ihr könnt eure Wohnungen verkaufen. Das machen wir nicht, und da hat die Koalition auch eine andere Politik. Wir werden es nicht zulassen, dass bezahlbarer Wohnraum privatisiert wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind ganz eindeutig für eine Wohnentwicklung für breite Schichten der Bevölkerung. Das können Sie Ideologie nennen, das ist mir relativ egal, aber Ihre Klientelpolitik ist mindestens genauso zu kritisieren, wenn Sie hier unsere Ideologienpolitik kritisieren wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das Geschäftsmodell, das Sie da jetzt mit der GEWOBA vorschlagen, kenne ich noch aus den Achtzigerjahren aus der Zeit der Neuen Heimat, und sie hat es nur gemacht, weil sie kein Geld hatte, sie musste verkaufen. Wir stellen heute in den Quartieren fest, dass die Eigentümergemeinschaften die Gebäude leider nicht in dem Maße sowohl energetisch sanieren als auch mit neuen Bädern ausstatten können, wie es zum Beispiel die GEWOBA kann, denn sie haben nicht das Geld dafür. Man sieht heute schon, wie die Wohnungen, die damals zum Beispiel in den Siebzigerjahren in Osterholz umgewandelt worden sind, langsam verfallen, weil die Eigentümergemeinschaften das Geld nicht mehr haben. Insofern ist es eine verdammt verrückte Idee, nun zu sagen, die GEWOBA soll wieder Wohnungen privatisieren. Wir brauchen die Wohnungen für unsere Menschen in dieser Stadt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Stadtentwicklungsplan Wohnen erfüllt da sicher noch nicht alle Wünsche, aber er ist ein Riesenfortschritt gegenüber dem, wie man Neubaugebiete in der Vergangenheit entwickelt hat. Er unterstreicht auch, ohne den Bestand in den Blick zu nehmen, kann man die Probleme nicht lösen, und da fehlen uns ganz oft auch die Instrumente. Da lässt die Bundesregierung die Kommunen immer noch im Regen stehen. Die Kommunen stehen in der Verantwortung, die Wohnraumversorgung zu planen, und es ist ein Unding, dass sie dabei immer noch an viele rechtlichen Hürden stoßen.

Wohneigentum braucht einen geplanten Wohnungsmarkt. Das ist für die FDP ein bisschen schwer zu verstehen und zu denken, aber es ist so, und genau auf der Schiene müssen wir in Zukunft noch ein Stück weiterkommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schumann, zu Ihnen nur ein Satz: Sie werfen uns Klientelpolitik vor. Ich glaube, aus meiner Rede, die ich eben hier gehalten habe, geht sehr deutlich hervor, dass die Klientel, für die wir gern Politik machen wollen, die Bürgerinnen und Bürger, die Familien in Bremen sind, und wenn Sie uns deswegen Klientelpolitik vorwerfen, dann sagt das mehr über Ihre eigene politische Richtung aus als über unsere Ansätze, sehr geehrte Damen und Herren.

Darüber hinaus, Herr Wagner: Sie haben gesagt, dass wir Ihrer Meinung nach den Stadtentwicklungsplan nicht vernünftig durchgearbeitet oder gelesen hätten. Das haben wir getan. Wir haben jede Seite dieses Plans gelesen. Wissen Sie, wie oft das Wort Einfamilienhaus in diesem gesamten Plan vorkommt? Ein einziges Mal in einem Nebensatz!

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Die Suchfunktion ersetzt nicht das Lesen!)

In einem einzigen Satz! Was leider völlig fehlt – und darauf sind Sie auch nicht eingegangen –, ist ein integrierter Stadtentwicklungsplan.

Man muss natürlich auch andere Themen mitdenken: Man muss Schulen mitdenken, Kitas, Verkehr, Wirtschaft, Büros und so weiter, das geht aus diesem Stadtentwicklungsplan ebenfalls nicht hervor. Das haben wir kritisiert, und auch darauf sind Sie nicht eingegangen. Ein weiterer Punkt: Eine weitere fehlerhafte Argumentation in Ihrer Rede ist, dass Sie sagen, dass das jetzt auch eine coronabedingte Entwicklung ist. Die Zahlen, über die wir sprechen, die der „Weser-Kurier“ zusammengefasst hat, basierend auf den Daten des Statistischen Landesamtes, befassen sich mit dem Jahr 2019. Da hatten wir hier in Bremen noch gar kein Corona. Daran kann es also nicht liegen, und damit ist Ihre Theorie an der Stelle auch einfach falsch.

(Beifall FDP)

Wir sind natürlich dafür, dass Menschen sich Eigentum schaffen können. Wir sind dafür, dass Menschen damit auch für das Alter vorsorgen können und gerade nicht ihr Leben lang von ihrem Vermieter abhängig sind, und da ist es völlig egal,

ob es ein privater Vermieter ist oder ob es eine Wohnungsbaugesellschaft, eine Genossenschaft, was auch immer ist. Uns geht es darum, dass Menschen in ihre eigenen vier Wände ziehen können, dass sie sich etwas aufbauen können und damit dann auch für das Alter vorsorgen können, um im Alter dann irgendwann mietfrei wohnen zu können.

Wenn wir darüber sprechen, dass zum Beispiel das Modell des Mietkaufs gewählt werden soll, dann geht es uns nicht darum, dass die GEWOBA an irgendeine private große Institution verkauft wird, sondern es geht darum, dass die Menschen in dieser Stadt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, Wohneigentum zu schaffen, um für das Alter vorzusorgen. Das ist unser Anliegen, und das ist durchaus ein vernünftiges Anliegen, das Sie schlichtweg hier in Bremen nicht umgesetzt bekommen.

(Beifall FDP)

Vielleicht noch ein Satz zu der Frage des Klima- und Umweltschutzes! Natürlich bedeutet der Bau von Immobilien immer den Verbrauch von Ressourcen. Er verursacht darüber hinaus Umweltverschmutzungen, er verbraucht Energie, das ist klar, aber es gibt heute natürlich auch ganz andere Möglichkeiten zu bauen. Holz bindet zum Beispiel auch CO₂ und teilweise auch gerade in den heutigen Bauweisen durchaus einmal für 100 Jahre, und das ist durchaus ein Aspekt, den Sie nicht vernachlässigen dürfen bei der Frage, wie ressourcenintensiv das Bauen eigentlich ist.

(Zuruf Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

Auch da gibt es Ansätze, da wird heute auch anders gebaut als vor 50 Jahren, und da kann man durchaus sicherlich nicht komplett klimaneutral, aber sehr ressourcenschonend bauen, und wenn mehr in diese Richtung gemacht wird, ich glaube, dann bekommen wir da auch deutlich weniger Probleme.

Letztendlich haben wir sehr viel über Wohnungsbau gehört – das ist auch ein vernünftiges Ziel, dass mehr Wohnungen gebaut werden –, das Problem ist aber, und das habe ich in meiner ersten Rede gesagt, die Menschen, die hier gerade aus Bremen wegziehen, das sind Familien, und die Hauptgründe für sie sind, dass sie aus ihrer Wohnung herauswollen.

Wenn Sie dann hier jede Menge neue Wohnungen schaffen, dann löst das das Problem nicht. Diese Menschen sind auf der Suche nach mehr Platz, nach ihrem Einfamilienhaus, nach einem Garten, und da können Sie hier so viele Wohnungen bauen, wie Sie wollen, das wird diese Familien, die die Mitte der Gesellschaft in Bremen darstellen, nicht in Bremen halten. Darauf haben Sie bis heute keine Antwort geliefert.

(Beifall FDP)

Wie gesagt, das Wort Einfamilienhaus kommt in dem Stadtentwicklungsplan genau ein einziges Mal vor. Mit diesen Maßnahmen, so sinnvoll sie vielleicht auch für andere Zielgruppen sind, werden Sie Familien nicht in Bremen halten. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich nur ganz kurz! Meine Kollegen Falk Wagner, Robert Bücking und Ralf Schumann haben schon die wichtigsten Sachen gesagt, ich möchte nur eine kleine Ergänzung machen, die mir aber wichtig erscheint.

Wenn es um Wohneigentum geht, habe ich in meinem politischen Verbraucherberatungsleben ungefähr 3 000 Beratungen zur Eigenheimfinanzierung gemacht, ich habe aber auch in ungefähr 10 000 Fällen die Forderungen von Banken überprüft, in denen Baufinanzierungen gescheitert sind; nicht in Bremen allein, aber insgesamt. Baufinanzierungen sind deshalb eben nicht nur ein Königsweg für die Altersvorsorge, sie sind ein Abenteuer für viele. Die, die scheitern, haben in den letzten Jahren Entschädigungszahlungen an Banken von 10 000, 20 000, 30 000 Euro zahlen müssen, ohne die Möglichkeit, dass man das wirklich effektiv beanstanden, kontrollieren konnte, und das ist ein Problem, das sich seit 20 Jahren durch die Politik hier in Deutschland zieht. Deshalb gibt es einen Punkt: Wenn wir tatsächlich über die Bildung von mehr Wohneigentum sprechen wollen, dann sollten wir auch einmal hinhören, was eine Sparkasse in Bremen festgestellt hat.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt einen großen Teil von Bürgerinnen und Bürgern, die könnten sich mit dem, was sie jetzt für die Miete bezahlen, Wohneigentum leisten, gerade bei diesen niedrigen Zinssätzen. Es wäre gut für Bremen – denn wenn man hier Eigentum erworben hat, dann bleibt man auch, insofern hat Herr Schäck ja auch recht und auch alle anderen, die das sagen –, es wäre gut für unsere Stadt, dass sie hier wohnen, aber, auch das hat der größte Finanzier hier in Bremen festgestellt, die meisten, die das könnten, trauen es sich nicht wegen dieser Risiken. Deshalb, wenn wir uns wirklich das Ziel vornehmen, in diesem Bereich etwas mehr zu machen, dann müssen wir daran arbeiten, dass diese Finanzierung, wenn sie eingegangen wird, nicht das Abenteuer für die Verbraucher bleibt.

Wir haben im Moment die Situation, dass im Fall eines Scheiterns einer Baufinanzierung die Interessen der Banken und Sparkassen zu 100 Prozent abgesichert sind und alle Risiken bei den Verbrauchern liegen. Das ist einmalig in Europa, und ich glaube – und dazu möchte ich einladen, nur ich kann es heute nicht ausführen –, es gibt Überlegungen, wie man dieses Risiko senken kann. Es gibt die Notwendigkeiten, und interessanterweise ist es so, dass wir es hier in Bremen aufgrund der Marktstruktur, die wir haben, schaffen könnten, eine Situation, eine Struktur zu bilden, in der diese Risiken nicht mehr in diesem Maße bestehen würden. Ich möchte dazu einladen, dass wir das machen, denn dann würden wir wirklich vielen helfen, die gern hierbleiben würden,

(Glocke)

die auch Angebote bekommen, dass sie dann auch ihre Vorhaben hier umsetzen können. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidenten, meine Damen und Herren! Just heute um 11:00 Uhr fand eine große bundesweite Konferenz mit der Bundeskanzlerin, mit dem Bundesbauminister, mit dem Bundesfinanzminister statt, „Zukunft und bezahlbares Wohnen und Bauen – die Wohnraumoffensive“. Also, nicht nur

Bremen beschäftigt sich mit dem Thema, sondern eigentlich jede Kommune, jede Großstadt und auch der Bund, und es geht immer um die Frage: Bauen – wo, wie, und für wen bauen wir?

Ich möchte einmal sagen, auch diese Debatte heute, auch die in der letzten Woche im Bund mit Anton Hofreiter – darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen – zeigt ja ein Problem, das wir haben, nämlich die Konkurrenz um die Fläche. Gerade in einer Großstadt haben wir diese Konkurrenz. Wir brauchen Fläche zum Wohnen, wir brauchen Fläche für Gewerbe, wir brauchen aber auch Fläche für die Naherholung, und in Zeiten des Klimawandels kann uns die Ökologie, kann uns die Biodiversität, können uns der Klimaschutz und die Maßnahmen dazu nicht egal sein, und deswegen gilt es, so wenig Fläche zu versiegeln wie möglich. Da hoffe ich, dass wir uns alle einig sind, meine Damen und Herren.

Der Senat sieht in einer aktiven und zeitgemäßen Wohnungspolitik ein wichtiges Element für die Entwicklung unserer Stadt. Dabei stehen Bezahlbarkeit und das Angebot an Wohnraum im Fokus der Bremer Wohnungspolitik. Herr Schäck, mein Ressort hat vor diesem Hintergrund und in enger Kooperation mit den anderen Ressorts und der Wohnungswirtschaft die bremische Wohnungspolitik neu positioniert, es ist heute schon mehrmals angesprochen worden, nämlich den STEP Wohnen, ein Integriertes Stadtentwicklungsprogramm.

Da geht es natürlich darum, dass wir nicht nur einfach irgendwelche Wohnblocks und Einfamilienhäuser planen, sondern eben bei einer Quartiersentwicklung genau das, was Sie angesprochen haben, immer mitplanen, nämlich: Wo sind Kitas, wo werden die Schulen gebaut, wie sieht das Mobilitätskonzept aus? Das machen wir in dem STEP, und, Herr Schäck, Sie gehören der Baudeputation an, wir haben es dort vorgestellt, wir haben im Dezember hierüber in der Bürgerschaft diskutiert, und insofern bin ich ein bisschen erstaunt, dass Sie das hier heute noch einmal einfordern.

(Beifall SPD)

Wir haben im letzten Jahr drei eigenständige Programme zur Förderung der Eigentumsbildung in Bremen beschlossen, und zwar im Neubau und im Bestand für Familien. Hierfür haben wir über drei Millionen Euro bereitgestellt und können bei einem durchschnittlichen Zuschuss von 18 000 Euro rund 188 Haushalte bei der Eigentumsbildung unterstützen, und zwar bezogen auf das gesamte

Stadtgebiet. Also, Herr Schäck, der Senat hat in der Tat vor Augen, dass wir auch gerade Eigentumsbildung fördern und dass wir damit auch junge Familien fördern.

Wir haben außerdem die Förderung von Genossenschaften beschlossen, im Übrigen auch eine Form der Eigentumsbildung, als ein eigenständiges Programm mit einem Volumen von 2,7 Millionen Euro, und wir haben die Landeswohnraumförderung auf neue Füße gestellt und somit attraktiver und auskömmlicher ausgestattet, und ganz ehrlich – und das wurde auch schon von mehreren Rednern angesprochen –, es ist eine wichtige Komponente, dass wir auch die Quote für sozialen Wohnraum auf jetzt 30 Prozent erhöht haben.

Was mich an Ihrem Text wirklich ein Stück weit beunruhigt hat, ist, dass Sie darin geschrieben haben, dass man zum Beispiel bedarfsgerechte Mietwohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Wohneigentum umwandeln soll. Das, meine Damen und Herren, befördert doch genau diese ungesunde Preisspirale: Je weniger Mietraum wir haben, weil Mietraum in Eigentum überführt wird, desto höher werden doch die Mieten, und desto höher wird im Übrigen dann auch später die Eigentumsquote. Das wurde heute Morgen in dieser großen Bundesrunde auch angesprochen, dass dies eigentlich der falsche Weg ist, Herr Schäck.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Neben den beschlossenen programmatischen Ansätzen einer finanziellen Förderung hat unser Ressort im letzten Jahr die zu entwickelnden Wohnbauflächen aktualisiert und transparent dargelegt, wo zukünftig in Bremen Wohnungsbau stattfinden wird. Ja, es ist so: Wir legen großen Wert auf eine nachhaltige und möglichst klimaschonende Innenentwicklung, und wenn wir uns ansehen, wo wir das machen, weil wir eben nicht die grüne Wiese versiegeln wollen, dann sehen Sie sehr viele Gebiete: das Hulsbergquartier, das Tabakquartier, Rickmers, Reimers, Kellogg auf der Überseeinsel, Coca-Cola, Könecke und die Grohner Fliesenfabrik, um nur einige zu nennen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schäck?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr gern!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte sehr, Herr Schäck!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Vielen Dank! Frau Senatorin, sind Sie mit mir der Meinung, dass durch das Modell des Mietkaufs, bei der GEWOBA beispielsweise, dann zwar Wohnungen verkauft werden, aber dadurch ja auch bei der GEWOBA neue finanzielle Mittel geschaffen werden, um neuen Wohnraum zu schaffen?

(Beifall FDP)

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Schäck, ich bin nicht generell gegen einen Mietkauf. Es gibt gute Gründe, warum man sich auch Eigentum – eine Wohnung oder ein Haus – anschafft, Sie haben ja vorhin auch die Altersvorsorge angesprochen, aber die Frage ist, schaffen wir dadurch eine Knappheit auf dem Mietmarkt, und die gilt es zu vermeiden. Deswegen warne ich davor – und nicht nur ich, sondern auch andere –, wenn zu viele Wohnungen aus dem Mietsektor in Eigentum übergeben werden, verkauft und aus den sozialen Mietbindungen herausgenommen werden, dann schaffen wir auf der anderen Seite ein riesengroßes Problem. Das ist, glaube ich, unbestritten so.

(Beifall SPD)

Sie müssen ja nicht mit mir einer Meinung sein, aber Sie haben mich gefragt, und das ist meine Antwort! Sobald Sie eine Knappheit auf dem Mietmarkt schaffen, schaffen Sie ein Problem, denn je knapper die Mietwohnungen, desto höher die Mieten, und je höher die Mieten, desto höher eines Tages auch der Eigentumsanteil. Ich würde jetzt gern weiter fortfahren!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Schäck, Sie können später gern noch eine Kurzintervention oder eine persönliche Erklärung abgeben, aber ich glaube, dass das jetzt nicht in ein Zwiegespräch ausarten kann, weil die Geschäftsordnung das nicht vorsieht.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Vielen Dank! – Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Gern!)

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Schumann?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, bitte!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, glauben Sie, dass die GEWOBA es nötig hat, zusätzliche Wohnungen zu verkaufen, oder denken Sie nicht, dass die Finanzlage der GEWOBA ausreicht, um den Neubau zu bewerkstelligen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich würde jetzt ungern diese Debatte nur auf die GEWOBA beziehen, wir könnten das genauso auf die BREBAU oder auch viele andere Wohnungsbaugesellschaften beziehen. Ich bin nicht unbedingt dafür, dass die GEWOBA jetzt unbedingt weitere Wohnungen im Verkauf anbietet. Wir brauchen eben auch bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen bezahlbare Mieten, und das ist ja das, worauf wir auch bei unseren Wohnungsbaugesellschaften setzen.

(Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE]: Das sehe ich genauso! Danke!)

Übergeordnet hat Bremen den Integrierten Stadtentwicklungsplan Wohnen, das habe ich vorhin schon gesagt, im Senat und in der Bürgerschaft vorgelegt und beschließen lassen, und der Senat fordert alle Ressorts auf, diesen Stadtentwicklungsplan aktiv umzusetzen. Dort wurde in fünf Handlungsfeldern, die mit konkreten Zielen, Instrumenten und Maßnahmen sowie Leitprojekten unterlegt sind, der strategisch-konzeptionelle Rahmen bis 2030 in der bremischen Wohnungspolitik abgebildet. In Bezug auf die Abwanderung in das Umland haben wir mit der regionalen Wohnungsmarktstrategie den Schulterchluss mit unseren Nachbarn gesucht und auch gemeinsame Handlungsleitlinien für die zukünftige Entwicklung des Wohnungsmarktes in der Region erarbeitet.

Meine Damen und Herren, Sie sehen erst einmal, wir haben sehr viele Programme beschlossen, auf den Weg gebracht, Gelder zur Verfügung gestellt, die auch junge Familien unterstützen sollen, aber Ziel ist es, in Bremen für alle Wohnformen, auch für das Einfamilienhaus, ein Angebot zu machen. Allerdings hat der Senat vor dem Hintergrund der bestehenden Wohngebäudestruktur in Bremen und aus Gründen der stadtwirtschaftlichen Vernunft einen Schwerpunkt beim Neubau im Geschosswohnungsbau und im Reihenhausbau gesetzt. Das Ziel ist nicht nur allein, Herr Schäck, dass Einfamilienhäuser mit einem großen Garten einzeln stehen. Das können wir in einer Großstadt nicht, deswegen wollen wir den Fokus auf den Geschosswohnungsbau. Man muss sich aber auch einmal vor Augen halten, zwei Drittel aller Wohngebäude Bremens sind Einfamiliengebäude, und ein Drittel aller

Wohnungen in Bremen befinden sich in Einfamiliengebäuden.

Also, wir haben wirklich einen großen Bestand an Einfamiliengebäuden, das muss man auch sagen, und ganz ehrlich, das kommt mir in dieser Debatte zu kurz, weil es immer nur darum geht, als ob eine junge Familie nur ein Einfamilienhaus finden kann, wenn es neu gebaut wird, der Bestand wurde hier eigentlich gar nicht angesprochen. Es gibt Stadtteile wie in Bremen-Nord, da haben wir sehr viel Leerstand, auch bei Einfamilienhäusern. Deswegen finde ich diese Debatte falsch, nämlich so zu tun, als ob es nur das Einfamilienhaus im Grünen sein kann, in dem eine junge Familie Wohnraum in Bremen findet. Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren.

(Beifall, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nicht umsonst sprechen wir in Bremen vom Dorf mit Straßenbahn. Vorhin wurde es schon gesagt, das Bremer Haus ist das Typische in Bremen, und wir können sagen, glaube ich, anders als viele Großstädte: Wir haben eben auch den Charme der Stadt, dass wir nicht diese riesigen Mietskasernen mit den Hinterhäusern haben, sondern das Bremer Haus und einen für eine Großstadt ziemlich hohen Bestand an Einfamilienhäusern. Auch Bremens Wohnungsmarkt ist im Vergleich zu anderen Städten vergleichbarer Größe von einem hohen Anteil an im Eigentum lebenden Haushalten geprägt. Knapp 40 Prozent, 38 Prozent, in Bremen sind im Eigentum.

Selbstverständlich genehmigen wir Einfamilienhäuser und entwickeln auch Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern in Bremen. 2020 waren rund 39 Prozent aller in Bremen genehmigten Einfamilienhäuser, freistehende Einfamilienhäuser. Herr Schäck, Sie sind doch selbst in der Deputation. Sie bekommen doch mit, wo wir was genehmigen, ich hoffe zumindest, dass Sie es mitbekommen!

Konkret werden aktuell in Bremen-Nord, Am Boden-Nord, in Borgfeld, in der Osterholzer Dorfstraße, in der Huchtinger Heerstraße sowie in Streulagen in Huchting und Habenhausen freistehende Einfamilienhäuser gebaut oder sind in Planung. Bei der Oberneulander Mühle hat die CDU, Herr Meyer-Heder, leider sehr lange im Beirat immer eine ablehnende Haltung gehabt, also so viel zu „die CDU möchte Einfamilienhäuser bauen“! Dann aber bitte auch bei solchen B-Plänen die Zustimmung erteilen!

Wir haben das Deichland in Habenhausen, auch das Teichquartier in Bremen-Nord, Herr Wagner hat es angesprochen, Sie sehen, wir haben in Bremen Stadtteile, Quartiere, Flächen für Einfamilienhäuser ausgewiesen, weil wir sehen, dass wir auch einen Bedarf haben, den wir dort decken können und müssen. Allerdings genehmigen und entwickeln wir Flächen für freistehende Einfamilienhäuser mit Augenmaß und stadtwirtschaftlich vernünftig mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch und klimafreundlich.

Herr Schäck, Sie haben dieses Thema für die Aktuelle Stunde eingereicht – Sie haben es ja auch gesagt und haben Anton Hofreiter zitiert –, ich habe das Gefühl, damit ist bei Ihnen heute dann auch so ein bisschen der Vorwahlkampf zur Bundestagswahl begonnen worden. Wenn man sich ansieht, was Herr Hofreiter ganz dezidiert gesagt hat, dann ist das deutlich differenzierter, als „die Grünen wollen keine Einfamilienhäuser mehr bauen“.

Es ist aber richtig, dass in Großstädten in bestimmten Stadtteilen, in bestimmten Bezirken, in bestimmten Quartieren eben auch keine Einfamilienhäuser mehr gebaut werden können. Da setzt man auf Geschosswohnungsbau, und das, meine Damen und Herren, ist in Großstädten mit knappen Flächen auch der richtige Weg. Es gibt Stadtteile, da passen Einfamilienhäuser hin, und es gibt Stadtteile, auch innenstadtnah, da sind Einfamilienhäuser eben nicht das Mittel der Wahl, und so hat es Herr Hofreiter auch dezidiert gesagt, das muss man von Region zu Region unterscheiden. Insofern ist es ein bisschen billig, sich jetzt hier heute hinzustellen und so zu tun, als ob die Grünen keine Einfamilienhäuser mehr genehmigen würden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

So viel zu den Fakten zum Einfamilienhaus in Bremen!

Ich will jetzt trotzdem noch einmal konkret etwas zur Wanderung von der Stadt in das Umland sagen! Ja, das ist ein wichtiger und für Bremen nicht akzeptabler Trend, und wir sind alle gefordert, diesem Trend und der Zersiedelung des ländlich geprägten Umlands entgegenzuwirken. Was sind die Gründe? Ja, in der Tat sind es oft Familien, die gern auch einen Garten haben wollen und ins Grüne gehen, weil sie Kinder haben, und dann muss man, so patriotisch wir vielleicht alle in Bremen sind, einmal sagen, wir sind das kleinste Bundesland, und wir sind auch eine von der Größe her überschaubar.

bare Großstadt. Das macht Bremen auch so sympathisch, aber das macht den Weg in das niedersächsische Umland auch sehr nah.

Landesgrenzen spielen für die meisten Menschen ehrlich gesagt nur eine untergeordnete Rolle, und wenn wir zum Beispiel die Linie 4 nach Lilienthal ausbauen, was ich richtig fand, dann muss man sich aber auch nicht wundern, wenn die Menschen dort auch hinziehen. Es ist aber so, dass dort einige Nachbargemeinden überlegen, zukünftig nicht mehr wachsen zu wollen. Warum? Das hat Robert Bücking gesagt: Die Infrastrukturfolgekosten stellen die kommunalen Haushalte vor erhebliche Herausforderungen.

Natürlich müssen diese Gemeinden und Kommunen auch Schulen zur Verfügung stellen, auch Kitas zur Verfügung stellen, auch Straßen bauen, vielleicht sogar die eine oder andere Sozialeinrichtung bauen, und das kostet Geld. Das kostet auch Bremen Geld: Wer fordert, Einfamilienhäuser zu bauen, der hat nicht nur das Einkommen durch die Steuern, der hat auch erst einmal enorme Ausgaben für Infrastruktur, und das haben die Nachbargemeinden auch, und das bringt viele in wirtschaftliche Not.

Es greift auch zu kurz, ausschließlich auf die Wohngebäudetypologie abzielen. Wäre es nämlich so, dann hätten solche Städte wie Hamburg, Berlin, Leipzig und München massive Einwohnerverluste. Das ist aber dort auch nicht der Fall. Es geht nicht nur um das freistehende Einfamilienhaus, bei Schwarmstädten wie zum Beispiel Leipzig geht es darum, Angebote für Studierende zu machen und im Übrigen nicht nur ein Studierendenwohnheim zu bauen, sondern dann eben auch andere Angebote zu generieren, die sie am Ende vielleicht auch in der Stadt halten.

Es ist aber auch so – und da zeigt sich, dass die Lage vielleicht auch manchmal von der Lebenslage abhängt –, dass gerade ältere Menschen wieder zurück in die Stadt kommen, weil sie die Infrastruktur der Städte zu schätzen wissen, weil sie wissen, sie müssen nicht lange Strecken fahren, viele können auch nicht mehr Auto fahren. Wir wollen sowieso, dass alle möglichst klimafreundlich hier hineinpendeln, aber zur Wahrheit gehört, dass viele mit dem Auto fahren. Viele, die das nicht mehr können, kommen in die Großstädte auch zurück zum Wohnen.

Ich werde mit unserem Ressort und in meinem Zuständigkeitsbereich im Wohnungswesen, in der

Städtebauförderung, in der Stadtplanung, beim Verkehr, im Klimaschutz und bei der Grünplanung übergreifend und integriert bei der Regional- und Stadtentwicklung meinen Beitrag leisten. Eine integrierte Stadtentwicklung ist die Antwort auf die komplexen Fragen der zukünftigen Entwicklung unserer Stadt.

Zu Corona kann ich noch sagen, dass es bisher keinen Einfluss auf die Bauwirtschaft gehabt hat. Kanzlerin Merkel hat heute Morgen noch einmal gesagt, „der Bau ist eher ein Konjunkturprogramm in der Coronakrise gewesen“, und wir werden gemeinsam – das noch als Ausblick, und dann bin ich auch am Ende meiner Rede, weil ich aufgrund der beiden Fragen schon etwas überzogen habe! – mit den Beiräten in diesem Jahr unseren Stadtentwicklungsplan Wohnen stadtreional vertiefen und konkret die Bedürfnisse und Herausforderungen vor Ort diskutieren und bewerten.

Am Ende dieses Jahres werden wir dann auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Pandemie besser verstehen, wie und wo die Menschen in Bremen zukünftig wohnen wollen und werden. Eines kann ich an dieser Stelle aber auch sagen: Einem Überschwemmungsgebiet wie Brokhuchting, einer Rennbahn, bei der es einen Volksentscheid für den Grünerhalt und gegen die Bebauung gab, oder der Osterholzer Feldmark erteile ich hiermit eine Absage, dort werden wir sicherlich keine Einfamilienhäuser realisieren. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da jetzt schon mehrfach die Theorie in den Raum gestellt worden ist, wir würden hier schon den Bundestagswahlkampf beginnen: Ich kann Ihnen aufgrund meiner Verbindung zur Landespartei versprechen, wir werden unseren Bundestagswahlkampf definitiv nicht mit Anton Hofreiter beginnen.

Mir geht es aber um etwas anderes: Letztendlich müssen wir gemeinsam schauen, dass wir neue Flächen auch erschließen, und da wurden schon einige Flächen genannt. Wir haben in Oberneuland beispielsweise noch sehr große Grundstücke, bei denen man vielleicht auch einmal den Extrameter

gehen muss und mit den Eigentümern in ein Gespräch gehen muss. Wir haben große Flächen in Osterholz – die Osterholzer Feldmark kam jetzt ins Gespräch –, Brokhuchting, also es gibt durchaus Flächen, um die man sich kümmern kann.

Das zweite Thema, zu dem ich noch einen Satz verlieren möchte, ist das Thema Mietkauf. Sie sagten, dass dieser dann für einen angespannten Mietmarkt sorgen wird, aber genau das Gegenteil ist ja der Fall. Natürlich werden Wohnungen vorübergehend in Eigentum umgewandelt, aber die Mieter, die vorher dort zur Miete gewohnt haben, sind ja dann Eigentümer und fallen, wenn man es so sagen möchte, dem Mietmarkt auch nicht mehr zur Last, und gleichzeitig werden neue Mietwohnungen geschaffen. Da erwarte ich von Ihnen als Senatorin schon in dieser Position, dass Sie das ganze Thema dann bitte auch gedanklich zu Ende gehen! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Gesundheit und Umweltschutz fördern – Einweggrills aus dem öffentlichen Raum verbannen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/372 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Attraktive Alternativen für Einweggrills schaffen, bestehende Regelungen zur Erholung in Natur und Landschaft besser umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/396 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp.

Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein kleines Thema, aber trotzdem auch

eines, das es wert ist, hier in der Bremischen Bürgerschaft erörtert zu werden! In der letzten Sitzungswoche, ja, im Prinzip noch in der letzten Woche, hat wohl angesichts der Witterung kaum jemand an Grillen im Freien gedacht, das sieht jetzt schon wieder anders aus. Leider mussten wir auch schon lesen, dass das Wetter und die Lust zum Grillen zu einer Vernachlässigung der nach wie vor zur Pandemiebekämpfung notwendigen Kontaktvermeidung führen, aber das muss ja nicht so sein, sondern Grillen geht natürlich auch mit einer vernünftigen Distanz im Freien.

Angesichts dessen, wie lange mich das Thema der Einweggrills schon beschäftigt, scheint es mir deshalb heute keinen Deut zu früh, unseren heutigen Antrag, mit dem wir den Einweggrills den Kampf ansagen, zu beschließen, damit endlich Bewegung in die Sache kommt.

(Beifall SPD)

Wir alle hoffen, dass sich die Coronalage zum Sommer hin entspannt, dass zwar immer noch Vorsicht und Rücksicht geboten sind, es aber doch möglich sein wird, sich im Freien mit dem nötigen Abstand oder auch im eigenen Haushalt nicht nur aufzuhalten, sondern auch niederzulassen. Dann ist es hoffentlich auch wieder möglich, gemeinschaftlich zu grillen, auch für die, die keinen eigenen Garten haben und deshalb in das öffentliche Grün ziehen, wohlgemerkt, unter Einhaltung der für die Pandemiebekämpfung nach wie vor notwendigen Regeln.

(Beifall SPD)

Damit das auch für die Umwelt und für die Nachbarn etwas Wunderbares ist und nicht nur für die Menschen, die grillen, darf das nicht zu Müllbergen führen und nicht im wahrsten Sinne des Wortes zu verbrannter Erde. Die Bilder der tief in die Grasnarbe eingebrannten schwarzen Flecken kennen wir sicherlich alle, da wächst erst einmal kein Gras mehr. Diesen Flyer, den die Initiative „Dein Werdersee“ dankenswerterweise gedruckt hat, hat vielleicht der eine oder der andere schon in der Hand gehabt.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehören die vermaledeiten Einweggrillschalen verboten – es ist eine Menge Aluminium inklusive chemischer Grillanzünder, und nach ein paar Würstchen oder meinetwegen auch Gemüsespießen sind sie zu nichts mehr zu gebrauchen. Ich gestehe, am liebsten wäre mir, sie würden überhaupt nicht

mehr verkauft, aber das bekommen wir wohl auf kommunaler und Landesebene nicht geregelt. Hinbekommen sollten wir aber, dass sie auf öffentlichem Grund nicht mehr verwendet werden dürfen, wenn nicht sicher ist, dass sie keinen Schaden anrichten, also auf feuerfestem Grund. Andere Kommunen sind da schon weiter als wir, und an dieser Stelle kann man ruhig auch einmal sagen, dass wir da von unserer Schwestergemeinde auch noch etwas lernen können.

(Beifall SPD)

Wie gesagt, das Thema hat die Stadtbürgerschaft schon in der letzten Legislaturperiode beschäftigt. Schon da war ich mir mit dem damaligen Umweltsenator einig, dass die Wegwerfartikel zum Grillen stören und am besten gar nicht mehr verwendet werden sollen, und schon da hieß es, der Senat strebe ein Verbot der Einweggrills an. Bislang ist das noch nicht der Fall. Ich gestehe, das hätte ich mir anders gewünscht, jetzt gehe ich aber froh und optimistisch davon aus, dass wir nach den Osterferien eine vernünftige Regelung haben werden, weil die Koalition bei diesem Thema und übrigens auch insgesamt an einem Strang zieht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In meinem Manuskript zur letzten Sitzung der Bürgerschaft stand jetzt hier noch der Satz „mit der Hoffnung, dass vielleicht ja sogar die Opposition da mitziehen kann“. Hoffnungen soll man ja bekanntlich nie aufgeben, aber der mit unserem Antrag verbundene Antrag der CDU lässt anderes vermuten, das finde ich sehr schade.

Schade finde ich auch, dass es der CDU offensichtlich nicht um Sacharbeit geht und schon gar nicht um gemeinsame, sonst hätte sie wohl kaum diesen Antrag auf den letzten Metern vor der letzten Sitzung eingebracht in der Annahme, dass unser Antrag da schon debattiert würde, sondern wäre aufgrund unseres da schon wochenlang vorliegenden Antrags auf uns zugekommen, um zumindest den Versuch zu unternehmen, das Thema konstruktiv und gemeinsam voranzubringen. Gerade von Herrn Michalik hätte ich mir eigentlich etwas anderes gewünscht, Sie hätte ich da anders eingeschätzt, aber vielleicht ist es ja nur bei diesem Thema so.

(Heiterkeit CDU)

Dass es Ihnen und Ihrer Fraktion nicht um die Sache geht, merkt man auch daran, dass in Ihrem Antrag eine ganze Menge Fragen und Prüfbitten stehen. In der zuständigen Deputation, die Sie ja auch erwähnen, haben Sie meines Wissens dieses Thema jedenfalls noch nie vorgebracht, und auch nicht in der letzten Deputationssitzung, die ja praktisch dafür prädestiniert gewesen wäre, weil der Antrag noch nicht debattiert worden ist.

Mit anderen Worten, ich bin froh, dass sich der Senat auf den Weg macht, dass wir hier zu einer klaren und eindeutigen Regelung kommen, die natürlich dann auch umgesetzt und durchgesetzt werden muss, und wenn die CDU in der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie Dinge diskutiert haben möchte, dann ist das bestimmt interessant, wichtig und richtig. Ich freue mich darauf, dass wir zu klaren Regelungen kommen. Den Antrag der CDU werden wir ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Ja, Frau Aulepp, Sie sagen, kleines Thema, ich sage: Kleines Thema, große Wirkung, vor allem eine soziale Wirkung, denn gerade unser Antrag ist sachgerecht.

Für viele Menschen in Bremen gehört das gemeinschaftliche Grillen zu einer der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, gerade in den Sommermonaten oder an Tagen wie diesen. Es fördert den familiären und freundschaftlichen Zusammenhalt und den Austausch, und es ermöglicht den Menschen auch, Teilhabe in der Gesellschaft zu haben. Viele Menschen in unserer Stadt verfügen – und das haben Sie auch gesagt – über keine Terrassen, Gärten, Kleingärten oder andere private Stellen, an denen sie grillen könnten.

Dabei gibt es – da stimme ich Ihnen zu! – durchaus negative Auswirkungen auf die Umwelt, wenn Menschen zum Beispiel einen Einweggrill nutzen und die Dinge häufig nicht wegräumen. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu, aber – und hier auch ein kleiner Exkurs! – es wird so dargestellt, als wäre das alles ein Teufelswerk. Auch die Produkteigenschaften ändern sich, die Produzenten stellen auch langsam um auf umweltfreundlichere Rohstoffe

wie Bambus, Lavastein oder Pappel mit deutlich geringeren CO₂-Emissionen.

Was in Ihrem Antrag aber völlig fehlt, ist die Schaffung von attraktiven Alternativen und die Förderung des umweltfreundlichen Grillens. Für einige Menschen in unserer Stadt gibt es eben wenig Alternativen zum Einweggrill. Nicht jeder verfügt über die logistischen Möglichkeiten, um zu Grillplätzen zu fahren. Ja, es gibt öffentliche Grillplätze, aber es sind zu wenige. Ich habe das einmal auf der Seite www.bremen.de geprüft, und wir haben den Unisee, den Werdersee, wir haben Rablinghausen und den Sodenmattsee, und es sind eben deutlich zu wenige, und sie sind für die meisten Bremer nicht erreichbar.

Mit diesem Antrag, liebe Abgeordnete der Koalition, fördern Sie keine soziale Teilhabe und setzen ausschließlich auf Verbote, und jetzt kommt es: Genau vor einem Jahr hatten wir in der Bremischen Bürgerschaft den Bericht und Antrag des städtischen Petitionsausschusses Nr. 4, unter anderem mit der Petition „Verbot von Einweggrills auf öffentlichen Grünflächen“. Dort wurde der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zitiert, und er wies darauf hin, dass ein generelles Verbot gar nicht möglich sei – deswegen steht das sehr im Widerspruch zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, wie Sie mit dem damaligen Senator verblieben sind, und das war sein Argument –, da die Einweggrills bei ihrer richtigen Benutzung keine Gefahr für Grünanlagen darstellen. In der Antwort des Petitionsausschusses wurde auch richtigerweise darauf hingewiesen, dass eine umweltschädigende Nutzung bereits heute in Bremen verboten ist und entsprechend sanktioniert wird.

Gemäß § 29 Absatz 2 des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege haben sich die Benutzer „in den Grünanlagen so zu verhalten, dass kein anderer gefährdet, geschädigt oder in seiner Erholungssuche gestört wird und dass die Anlagen und ihre Bestandteile und Einrichtungen nicht beschädigt, verunreinigt, verändert oder zweckentfremdet werden“. Sie, liebe Abgeordnete der Koalition, haben dem Bericht und der Empfehlung des Petitionsausschusses ebenfalls zugestimmt, und da ist schon wieder ein Widerspruch.

Zu Punkt drei in Ihrem Antrag will ich sagen, das Grillen unter Baumkronen ist bereits heute nicht gestattet, und damit sind auch Ihre Forderungspunkte eins bis drei sowie Punkt fünf quasi obsolet.

Doch worin unterscheiden sich unsere Anträge? Sie machen es sich wieder einfach, und Sie wählen den einfachsten Weg und wollen einfach nur ein Verbot aussprechen, anstatt nur in geringster Weise über umweltfreundliche Alternativen und soziale Teilhabe für Menschen in dieser Stadt nachzudenken. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag, die schon bestehenden Regeln anzuwenden und das Bußgeld für Zuwiderhandlungen anzuhängen, denn wir müssen uns nichts vormachen: Fünf Euro Strafe und das reine Androhen dieser fünf Euro entfalten nicht die Wirkung, die wir haben wollen. Weiter fordern wir, auch zu prüfen, ob wir mehr öffentliche Grillplätze schaffen können und nicht nur die vier haben, die ich eben genannt habe. Vielleicht könnten wir auch ein paar Grillscouts einsetzen, die genau in den Problemzonen die Menschen aufklären und einer Vermüllung entgegenwirken, und es macht auch Sinn zu prüfen, ob es nicht weitere öffentliche Grillanlagen geben kann.

Die CDU-Fraktion wird aus den oben genannten Gründen den Verbotsantrag der Koalition selbstverständlich ablehnen, und wir werben für eine breite Zustimmung zu unserem sehr guten Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das gemeinsame Grillen ist für viele Menschen gerade in den Frühlings- und Sommermonaten nicht nur ein Freizeitvergnügen, sondern eine soziale Aktivität. Gegrillt wird meistens nicht nur mit Personen aus dem eigenen Haushalt, sondern mit Freunden und Verwandten, Familien treffen sich, es wird zum Grillen eingeladen. Das Grillen eignet sich gut dazu, weil man einen Grill über einen längeren Zeitraum anlassen kann, jeder und jede bringt noch etwas mit, Salate oder Brot, und man bekommt viele Leute satt.

Nicht jeder Haushalt hat einen eigenen Garten, viele Menschen haben nicht einmal einen Balkon. Ja, Herr Michalik, das sehe ich genauso, wie Sie: Grillen ist eine soziale Institution, aber ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, wie Sie meinen, das könne man nur mit einem Einweggrill. Heutzutage gibt es massenhaft kleine wiederverwertbare Grills, die man mitnehmen kann, das ist überhaupt kein Problem, und gerade durch unsere gemeinsame Arbeit in der Enquetekommission Klimaschutz finde ich es

schon etwas bedenklich, warum Sie so auf den Schutz des Einweggrills im öffentlichen Raum beharren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Gemeinsam essen und oft auch gemeinsam grillen wollen aber dennoch viele Menschen. Sie nutzen dann eben den öffentlichen Raum und daher die öffentlichen Grünanlagen. Das ist in Bremen größtenteils erlaubt, und das soll ja auch erlaubt bleiben, denn wir finden das auch gut so. Gleichzeitig ergeben sich aber auch Probleme, und die sind ja auch schon angesprochen worden: Zum einen ist da der hinterlassene Müll, zum anderen auch die durch den Klimawandel verursachte höhere Brandgefahr.

In den letzten Jahren sind die Sommer auch in Bremen immer heißer geworden und, da die Niederschlagsmenge in den Sommermonaten gleichzeitig abnimmt, vor allem auch trockener. Es gab 1990 nur fünf Hitzetage in Bremen, also mit Temperaturen von über 30 Grad Celsius, in den Rekordsommern 1918 und 1919 gab es 22 beziehungsweise 17 Hitzetage, und auch im letzten Sommer gab es allein im August neun Tage mit über 30 Grad.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: 2018 und 2019!)

2018 und 2019, genau! 22 und 17 Hitzetage, das kann ich Ihnen noch einmal aufzählen! Diese Hitze verursacht Trockenstress bei Bäumen und Sträuchern, sie fangen leichter Feuer.

Grillen sollte also da erlaubt sein, wo keine Brandgefahr für den Bodenbereich oder Bäume besteht und diese vermieden werden kann. Dafür muss es klare Regeln geben, wo und wie das Grillen erlaubt ist, und Grillen sollte nur erlaubt sein, wenn von dem benutzten Grillgerät selbst keine Gefahr ausgeht. Da kennen wir eben die Ergebnisse von Einweggrills, sie sind ja vorhin schon beschrieben worden. Die Flecken auf den Grasnarben kommen ja nicht von allein dorthin, und einen Einweggrill hat man eben nicht bodenfern im Einsatz.

Ganz besonders problematisch sind eben deswegen diese Einweggrills. Sie sind zwar ungeheuer praktisch, da es sie an jeder Tankstelle, in jedem Supermarkt oder im Baumarkt für wenig Geld teilweise im Mehrfachpack zu kaufen gibt, zudem sind sie leicht zu transportieren – einen Luxusgrill von Weber trägt man eben nicht so leicht an den Wer-

dersee –, sie sind aber auch gesundheits- und umweltschädlich, und da sie direkt auf dem Boden stehen, eben auch brandgefährlich.

Das Grillen mit Einweggrills sollte also generell auf Bremens Grünflächen verboten werden, wie es auch schon in anderen Städten, wie zum Beispiel Köln oder Leipzig, passiert ist, und ja, Herr Michalik, da geht es ja auch! Warum sollte das denn hier in Bremen nicht gehen?

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Bremerhaven!)

Ich wollte sogar auch noch einmal ein bisschen weiter weggehen, aber Sie haben ja recht, Bremerhaven hat es uns ja auch vorgemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fordern daher den Senat auf, Einweggrills für die öffentlichen Flächen in Bremen zu verbieten und klare, verständliche Regeln zu schaffen, die das Grillen in Bremen ohne das Risiko der Brandgefahr und mit einer deutlichen Müllreduktion weiterhin ermöglichen. Wegen der Müllreduktion und der Umweltfreundlichkeit würde ich das eigentlich auch von Ihnen erwarten, Herr Michalik. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, es ist ein kleines, ein ärgerliches Thema und eines mit sehr viel Missbrauch, der da tatsächlich mit der Natur und Umwelt passiert. Herr Michalik, es kommt mir vor wie ein Déjà-vu. Ich weiß gar nicht, wie Sie eigentlich auch als Vorsitzender der Enquetekommission für Klimaschutz tatsächlich diese Probleme, die wir mit Umwelt und Klima haben, lösen wollen, wenn Sie nur sagen, ja, wir versuchen das einmal mit Pädagogik.

Genau das ist Ihr Ansatz. Das haben wir mit den Einwegbechern gehabt, da haben Sie einen Vorschlag gemacht, der völlig ungeeignet war, das haben wir auch miteinander diskutiert. Der Antrag war schlecht im Vergleich zu dem, was die Koalition gemacht hat, und Sie haben hier wieder den gleichen pädagogischen Ansatz. Ich will jetzt nicht

den Teufel mit dem Weihwasser erwähnen, aber irgendwie fürchten Sie, dass man auch einmal verbieten muss,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Einmal?)

dass man etwas, das missbräuchlich für die Umwelt ist –. Einmal, ja! Die ganze Straßenverkehrsordnung ist voller Verbote, Frau Grobien, und Sie halten sich auch daran, und es ist gut so, dass unser Straßenverkehrsrecht so geordnet ist! Das ist wieder der gleiche Ansatz, es ist ein komplettes Déjà-vu! Ich musste wirklich grinsen, als ich den Antrag gesehen habe, und ich habe gesagt, okay, der Geist ist zumindest konsequent, der durch diese Anträge strömt, nur die Wirkung dessen, was Sie damit erzielen werden, ist eben nicht so groß.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe selbst einmal etwas Pädagogisches studiert, auch wenn es schon ein bisschen her ist. Ich habe ja gar nichts gegen pädagogische Ansätze. Das muss man auch machen, das ist vollkommen klar, aber sich nur darauf zu fokussieren, angesichts der Probleme, die wir im Umwelt- und Klimabereich haben, das kann ich irgendwie nicht richtig verstehen, und das wird uns bei den großen Herausforderungen, die wir da wirklich miteinander haben, am Ende auch nicht zum Ziel führen.

Wie gesagt, bei den Einwegbehältnissen fand ich es schon problematisch, wie Sie da herangegangen sind, und bei den Einweggrills finde ich es eben auch problematisch, wie Sie damit umgehen. Diese Einweggrills enthalten krebserzeugende aromatische Kohlenwasserstoffe plus Aluminium. Das ist Sondermüll, der da hinterlassen wird. Wir reden ja nicht davon, dass wir jetzt das Grillen verbieten wollen, sondern wir sagen, Leute, bitte, wenn ihr schon in der Öffentlichkeit grillen wollt, dann nehmt doch bitte etwas, was man wiederverwenden kann und was nicht einfach als Sondermüll in der Umwelt zurückbleibt und hässliche Brandflecken unter den Bäumen und auf den Grasnarben hinterlässt.

Sie haben recht, wir haben uns aufgrund dieser Einschätzung, die es im Petitionsausschuss gab, auch ein bisschen schwerer damit getan, und Frau Aulepp weiß das. Wir haben dann auch mehrere Runden gedreht, bis wir dann eine Lösung gefunden haben, die rechtskonform ist. Natürlich kann man den Verkauf solcher Geräte nicht verbieten, damit kann jeder in seinem Garten, wenn er denn vorhanden ist, machen, was er will, wir können

aber sehr wohl den Gebrauch im öffentlichen Raum verbieten. Das haben wir prüfen lassen, und aus dem Grund haben wir Ihnen hier diesen rechtskonformen Vorschlag gemacht.

In Ihrem Antrag stehen ein paar wirklich nette Sachen. Das mit den Grillscouts hat mich ehrlich gesagt ein bisschen irritiert. Da sollen also dann Leute herumlaufen, die sagen, dein Einweggrill steht aber einen Meter zu nah am Baum? Das ist eine Verschwendung von Ressourcen, die Sie darin vorschlagen, die nichts am Ende bringt.

Wenn Sie Ihren Antrag selbst durchlesen würden,

(Abgeordneter Dr. Oguzhan Yazici [CDU]: Was soll das denn?)

dann würden Sie feststellen, dass Sie nämlich bei dem Vergleich mit anderen Kommunen, der da steht, selbst sagen, na ja, in anderen Kommunen haben sich diese öffentlichen Grillplätze nicht gerade als effektiv und auf keinen Fall als wirtschaftlich erwiesen. Trotzdem schlagen sie das hier vor.

Noch einmal: Sie haben uns da etwas vorgeschlagen, was einen rein pädagogischen Ansatz hat, was eine Wirksamkeit haben wird, die meiner Ansicht nach viel zu gering ist für eine Menge Sondermüll, die wir jeden Sommer in unseren Grünanlagen finden. Wir haben gesagt, wir gehen da lieber den konsequenteren Weg, wir wollen den Leuten das Grillvergnügen gönnen, wir finden auch, dass das wichtige soziale Treffpunkte sind, an denen man sich austauscht und sich miteinander freut, aber wir glauben nicht, dass man das mit solchen Einschränkungen für die Natur und für die Umwelt machen muss. Deswegen sagen wir, das wollen wir mit diesem Antrag verhindern, und ich finde, das gut so. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren die Frage des Verbots von Einweggrills, und eine Frage, die wir uns dabei zu stellen haben, ist: Welche Handlungsebene haben wir, und was können wir tun? Wir können nicht das Produkt verbieten, das wäre Aufgabe der EU über die Ökodesignrichtlinie. Darüber mag man durchaus diskutieren, weil die Frage ist, sind solche Produkte

notwendig, und muss es sie geben, oder gibt es da nicht Alternativen. Auf billige oder kostengünstige Mehrfachgrills oder mehrfach nutzbare Grills ist ja bereits hingewiesen worden. Das können wir nicht entscheiden, also stellt sich die Koalition die Frage, ob wir hier ordnungsrechtlich in unserer Stadt etwas machen und eine Strafe androhen können. Wir kommen nach Prüfung des vorliegenden Antrags zu dem Schluss, das meiste, was Sie machen wollen, ist, etwas Verbotenes zu verbieten.

(Beifall FDP)

Ehrlich gesagt, Sie wollen eine Regelung zum Verbot von etwas, das bereits verboten ist! Sie können an den meisten Stellen nicht grillen, weil die Landschaft das nicht hergibt und die Regelung schon besteht, aber von Ihnen, die dafür verantwortlich sind, dass es dafür genügend Ordnungskräfte und Kontrolle gibt, nicht kontrolliert wird.

(Beifall FDP)

Sie wollen verbieten, dass unter Bäumen gegrillt wird. Ehrlich gesagt, das darf man schon heute nicht, aber Sie kontrollieren es nicht ausreichend und meinen dann, mit einem neuen Vorschlag das Problem lösen zu können. Nein, mit Kontrolle und ordentlichen Bußgeldern könnten Sie das Problem lösen, aber nicht mit Verboten, die wir an der Stelle schon haben,

(Beifall FDP – Zuruf)

weil es einfach bürokratischer Unfug ist, bereits verbotene Dinge noch einmal zu verbieten, weil Sie dann natürlich überlegen müssen, nach welcher Regelung Sie das Ordnungsgeld verhängen wollen, weil Sie prüfen müssen, ob Sie das nach dem einen oder anderen entsprechend regeln und entsprechende Bußgelder verhängen wollen, in welcher Höhe! Das ist ein bürokratischer Unfug, den Sie da als Koalition anstreben, den wir Freien Demokraten nicht mittragen wollen,

(Beifall FDP)

denn es ist in der Tat suboptimal, Einweggrills zu verwenden.

Wir stellen uns vor, dass man viel mehr Grillplätze braucht. Es gibt Länder wie Portugal oder Australien – das sind Beispiele, die mir benannt worden sind, und das eine davon ist mir auch bekannt, weil ich da schon war, nämlich in Portugal –, wo sehr viele öffentliche Grillplätze mit vorgefertigten

Grills sind, wo teilweise nur der Rost fehlt, der Rost manchmal auch vorhanden ist, und die gemeinsam genutzt werden und wo es auch einen Common Sense darüber gibt, dass man sie sauber hält und man sie gemeinschaftlich pflegt, weil man sie anderen zur Verfügung stellt.

Natürlich ist das eine Frage der Pädagogik, so kann man das benennen, Herr Saxe, aber es ist doch auch eine Frage dessen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, und wir Freien Demokraten geben nicht auf, von Menschen zu verlangen, sich ordentlich zu benehmen.

(Beifall FDP)

Das erwarten wir auch, und das sagen wir auch, und das wollen wir auch vorleben. Wir wollen das aber nicht nur über den bösen Zeigefinger erreichen, sondern auch, indem wir attraktive Angebote schaffen, indem wir Angebote schaffen, die die Menschen nutzen können, bei denen es dann auch dazugehört, dass die Leute, die vorbeigehen, sagen: Ehrlich gesagt, ihr hättet jetzt einmal aufräumen können. Insofern wollen wir doch eine Gesellschaft haben, die hier aktiv wird, die mehr das Draußen nutzt, weil das Draußen in Zeiten des Klimawandels interessanter und attraktiver wird, und wir wollen auch eine entsprechende Kontrolle, denn das, was verboten ist, wollen auch wir weiter verboten lassen.

Wir wollen bloß Ihre Doppelregelung, Ihre Scheinregelung, Ihren Scheinaktivismus an dieser Stelle nicht mitmachen und wollen ihn auch als solchen benennen, denn wir wollen nicht weitere bürokratische Regelungen, die doppelte Regelungen sind. Auf die können wir an dieser Stelle gern verzichten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp.

Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Weil es dann vielleicht ja doch notwendig ist, ein paar Sachen noch klarer zu formulieren, will ich kurz noch etwas zu drei Punkten sagen!

Erstens, wenn eine Regelung unklar ist, dann hilft es – das ist meine Erfahrung als Richterin, das ist meine Erfahrung als Mitglied der gesetzgebenden

Gewalt, und das ist ehrlich gesagt auch meine Erfahrung als Mutter zweier Kinder –, diese Regelung zu präzisieren und ganz klar und deutlich zu sagen, was erlaubt ist und was verboten ist, und das tun wir mit dieser Regelung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das juristische Proseminar des spezielleren und des allgemeineren Gesetzes und des Landesgesetzes und des Ortsgesetzes der Stadtgemeinde Bremen spare ich mir jetzt, denn das sorgt dann vielleicht nicht für mehr, sondern vielleicht für weniger Klarheit.

Der zweite Punkt ist – das habe ich auch schon gesagt –, natürlich muss eine Regelung, die getroffen wird, auch durchgesetzt werden. Dafür stehen wir als Koalition, und ich gehe davon aus, auch aufgrund meiner eigenen Erfahrung, dass Polizei und Ordnungsdienst da durchaus auch mit einem gewissen Erklärungsbewusstsein freundlich und durchaus auch pädagogisch zu Werke gehen.

Der dritte Punkt ist, ja, öffentliche Grillanlagen, die fest eingebaut und installiert sind, machen Sinn für Menschen, die das ganze Zeug nicht schleppen wollen, aber einmal ganz ehrlich: So viele öffentliche Grillanlagen, dass alle Menschen, die nicht zu Hause mit ihren Familien grillen können, mit ihren Freundinnen und Freunden, was ja hoffentlich auch irgendwann einmal wieder möglich ist, können wir überhaupt nicht bauen.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Einige haben auch Kleingärten!)

Deshalb ist völlig klar, wenn man es sozial gerecht machen will, dann muss man es den Menschen ermöglichen, mit ihren eigenen Grills zu grillen, und dann muss man ihnen auch ganz klar und deutlich sagen, welche Grills das sein können, nämlich solche, die nicht verbrannte Erde hinterlassen, nicht solche, die Sondermüll hinterlassen, sondern vernünftige Grills. Das wollen wir tun, das will die Koalition, das will der Senat. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Herr Saxe, oder allgemein in der Debatte finde ich es schon sehr merkwürdig,

dass irgendwie ständig meine Kompetenzen in der Enquetekommission infrage gestellt werden. Ich weiß auch nicht, was das mit diesem Antrag zu tun hat, denn ich habe nicht darüber geredet, den Einweggrill zu pushen oder Ähnliches, sondern ich habe Alternativen aufgezeigt, wie man das Problem eindämmen kann, ohne direkte Verbote auszusprechen.

Sie interpretieren diesen Antrag auch bewusst falsch, das ist offensichtlich. Wir wollen einfach nur, dass das Grillen im öffentlichen Raum geordnet abläuft. Mehr verlangen wir gar nicht. Sie bekommen das scheinbar nicht mit Alternativen hin, und deswegen schwingen Sie die Verbotsskeule, ganz einfach!

(Beifall CDU)

Frau Aulepp, ich frage mich auch, woher Sie sich die Freiheit nehmen, mich zu bewerten, was Sie mir zutrauen oder nicht! Wir hatten bis jetzt politisch sehr wenige Schnittmengen, und dann so zu tun, als wären Sie überrascht und völlig enttäuscht und Ähnliches, das finde ich schon ein bisschen skurril! Wir sagen noch einmal, es gibt die Regeln – das hat Magnus Buhlert auch noch einmal wiederholt –, sie müssen konsequent angewendet werden, und damit wären wir einen Schritt weiter.

Ich habe auch das Gefühl, dass dieser Antrag eher daraus resultiert – Ihren Antrag meine ich! –, dass einfach Leute, die am Werdersee oder am Osterdeich spazieren gehen, sich gelegentlich darüber echauffieren, Sie aber den gesamten Bremer Raum gar nicht bedenken. Sie denken nicht an die Leute, die zum Achterdieksee gehen, zum Bultensee

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Doch!)

oder nach Oslebshausen, und die Leute müssen Sie auch abholen!

Sie regeln hier etwas, das Ihrer Klientel vielleicht ein bisschen gerecht wird, aber Sie vergessen die Leute außerhalb. Das passiert hier in der Stadtbürgerschaft ständig, denn bei Ihnen dreht es sich doch in Wahrheit immer nur um die Neustadt, Schwachhausen und Findorff.

(Beifall CDU)

Alle anderen spielen für Sie keine Rolle. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU – Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Faktenfrei und Spaß dabei! – Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Eine gute Zusammenfassung Ihrer Rede! Das war allerdings auch spaßfrei!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will mich auch kurzfassen, weil die Argumente eigentlich im Wesentlichen ausgetauscht sind.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ihr habt gar keine!)

Bitte? Wir haben keine? Ich glaube, das haben wir ganz gut begründet! Herr Michalik hat im Prinzip gesagt, die Einweggrills sind doch schon verboten, die müssen wir doch nicht noch ein zweites Mal verbieten, und dann wendet er sich sehr stark gegen dieses zweite Verbot. Das verstehe, wer will! Wenn er selbst auch dafür ist, diese Regelung zu nutzen, die es seiner Meinung nach schon gibt, nämlich diese Geräte zu verbieten – das haben Sie ja gesagt! –, was ist dann so schlimm daran, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, in dem wir etwas bekräftigen, von dem wir der Meinung sind, das ist nicht deutlich genug gewesen? Das verstehe, wer will, Herr Michalik! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Aulepp, Sie sagen, Ihre Regelung sei eine spezielle Regelung, die man jetzt als Spezialgesetz in einer Ortsgemeinde brauche. Ehrlich gesagt sollen wir beschließen, dass der Senat bis zum 31. März 2021 eine Regelung gesetzlicher Art vorlegen solle, die dann Folgendes enthält. Ich erkenne darin noch keine Regelung, sondern nur die Aufforderung an den Senat, etwas zu tun. Ich bin gespannt, wie der Senat das umsetzt und wie er uns dann berichten wird, was schon geregelt ist, was man vielleicht nicht ändern muss und vielleicht auch dem nachkommt, dass man hier die Bußgelder entsprechend erhöht.

Ehrlich gesagt, sind wir gespannt darauf, was denn da vorgeschlagen wird. Sie haben ja darauf verzichtet, als Koalition einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, den Sie hätten einbringen können, sondern bedienen sich da – was ja legitim ist! – des Mittels der Aufforderung an den Senat, etwas zu regeln, weil der Senat ja sehr weise in der Sache zu sein scheint, insbesondere, wenn er von Ihnen getragen wird.

Aber einmal ohne Spaß: Es ist Etliches geregelt, deswegen muss es nicht noch einmal geregelt werden. Diese Regelungen halten wir Freien Demokraten für richtig, und wir müssen an der Stelle auch in der Tat die Frage stellen: Wollen wir alles Weitere mit Spezialgesetzverboten, wollen wir das Bierdosenwegwerfverbot in der Öffentlichkeit oder so etwas? Ehrlich gesagt, wir erwarten nach wie vor, dass die Menschen sich an Regeln halten, was Müllentsorgung angeht und dergleichen, und wir erwarten, dass es ein entsprechendes Ordnungsrecht dafür gibt. Wir haben uns an vielen Stellen schon dafür eingesetzt, dass es hier höhere Strafen, höhere Ordnungsgelder gibt, aber wir sind nicht der Auffassung, dass wir weitere Einzelfallregelungen brauchen, die über den Bereich hinausgehen, der schon geregelt ist. Die Regelungen gibt es.

Wir sind gern bereit, mit Ihnen über die eine oder andere Verschärfung der entsprechenden Ordnungsgelder zu reden, aber das lehnen Sie regelmäßig ab, wenn wir es vorschlagen. Vielleicht lehnen Sie es nicht ab, wenn es der Senat vorschlägt, es bliebe für Bremen zu hoffen! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir finden, und ich finde, es ist ein guter und wichtiger Antrag der Koalitionsfraktionen. Warum? Weil Einweggrills umweltschädlich sind, Einweggrills sind Rohstoffverschwendung, sie sind gesundheitsschädlich, und es gibt gute und praktische Alternativen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Um jetzt doch noch einmal ins Detail zu gehen: Der billige Einweggrill landet nach einer kurzen Nutzung im Müll, und zwar im besten Fall. Er gehört zu den absurden Dingen, die nur gekauft werden,

um sie kurze Zeit später wieder direkt wegzuwerfen. Das entspricht einer Wegwerfmentalität, das ist ein enormer Ressourcenverbrauch. Es treibt auch die Müllkosten in die Höhe, denn natürlich muss der Müll dann aufgesammelt und entsorgt werden.

Ich habe selbst im letzten Jahr beim Tag „Clean up your City“ mitgemacht und einen ganzen Samstag am Werdersee aufgeräumt, und es ist mitnichten so, dass die Menschen, die dort grillen, die dort feiern – zumindest nicht alle! –, ihren Müll am Ende in den bereitstehenden Müllcontainern entsorgen, sondern viele lassen ihren Müll einfach stehen und liegen. Das Schlimme daran ist, oft landen eben diese Einweggrills in der Natur im Park, an der Weser oder auf den Wiesen am Werdersee, und das ärgert mich, meine Damen und Herren!

Zudem stehen die Einweggrills meistens direkt auf dem Boden, also auf der Wiese – ob es verboten ist oder nicht, es wird ebenso gemacht! –, und dadurch wird die Grasnarbe zerstört. Durch die bodennahe Hitze entsteht zusätzlich eine erhebliche Brandgefahr, und das ist gerade in den letzten drei Dürresommern, wie wir sie jetzt wahrscheinlich auch noch öfter erleben müssen, eine ernst zu nehmende Bedrohung. Sie sind Rohstoffverschwendung, das habe ich auch schon gesagt. Die meisten Einweggrills bestehen aus Aluminium, dieses Metall kann nur unter größter Umweltbelastung hergestellt werden, und dabei spielt es ehrlicherweise auch keine Rolle, ob es neu erzeugt oder recycelt wurde. Damit ist nämlich immer ein enormer Energieaufwand verbunden, der wiederum das Klima belastet. Wir finden, die Benutzung von kurzlebigen Materialien wie solchen Einweggrills sollte beendet werden.

Einweggrills sind gesundheitsschädlich, auch das wurde vorhin schon gesagt. Brennt das Grillgut durch die zu nahen Flammen an, entwickeln sich darin Stoffe, die krebserregend sein können. Brennt das Fett direkt auf der Kohle – die Grills sind ja wirklich nur sehr flach –, ist das Fleisch, der Gemüsespieß oder was auch immer auf dem Grill liegt, der Kohle ganz nah. Dadurch entstehen polyzyklisch aromatische Kohlenwasserstoffe, die definitiv krebserregend sind, ganz zu schweigen von der im Einweggrill enthaltenen Kohle oder dem Grillanzünder. Darin verbergen sich ebenfalls potenziell krebserregende Giftstoffe und Chemikalien, die man in seinem Essen nicht haben möchte.

Es gibt auch gute und praktische Alternativen. Ja, es gibt fest installierte Grills, es gibt aber mittlerweile auch Eimergrills oder Klappgrills, die sich leicht mitnehmen lassen und zusammengefaltet kaum größer sind als die Einweggrills, und wenn man sie oft benutzt, ist es sogar die preisgünstigere Alternative, als wenn man ständig einen neuen Einweggrill kauft.

Außerdem gibt es in Bremen an unterschiedlichen Stellen schon öffentliche Grillflächen, die das umweltfreundlichere Grillen ohne Einwegprodukte erlauben, beispielsweise am Werdersee, am Sodenmattsee und am Unisee, es gibt auch einige Häfen, auch in Grohn/Vegesack, an denen solche Grillstätten sind, und das sind nicht die einzigen. Mit eigenen Grills, die einen ausreichenden Abstand zur Grasnarbe haben, kann dort natürlich trotzdem auch gegrillt werden. Denkbar wären auch – da muss man natürlich die Finanzierung sicherstellen –, in dem einen oder anderen Stadtteil noch zusätzliche Grillplätze zu errichten.

Herr Buhlert, weil Sie das vorhin angesprochen hatten, will ich noch einmal etwas zur gesetzlichen Regelung sagen! Um das Grillen mit Einweggrills in allen Grünanlagen zu verbieten, ist eine Anpassung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung erforderlich. Zudem können wir uns vorstellen, die generellen Tatbestände zum unsachgemäßen Gebrauch von Einweggrills mit in das Gesetz aufzunehmen und mit einem Bußgeld zu versehen. Das erleichtert zum einen die Ahndung und stellt zum anderen eine Wirksamkeit des Verbots sicher.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Einweggrills schaden dem Grün und damit der Umwelt sowie unserer Gesundheit, also werden wir gern das Verbot auf den Weg bringen, das zum Beispiel auch Hamburg seit Jahren anwendet. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer [20/372 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F. Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen- Nummer [20/396 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen – Fortschreibung
Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/376 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordneter Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2009 wurde das kommunale Zentrum- und Nahversorgungskonzept, ZNK, beschlossen. Erklärtes Ziel war die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren, der Innenstadt sowie die Sicherung

der Nahversorgung in den Quartieren. Damals hießen die Kollegen und Kolleginnen, die es debattiert haben, noch Jürgen Pohlmann, SPD, Karin Krusche, Bündnis 90/Die Grünen, Bernd Richter von der FDP und Heiko Strohmann von der CDU. Der damalige Senator hieß Reinhard Loske. Alle waren sich damals einig, dass es ein gutes und unterstützenswertes Konzept ist, das aber regelmäßig evaluiert werden muss und an eventuelle Veränderungen im Stadtgebiet angepasst werden sollte. Dies sollte verabredungsgemäß alle drei bis fünf Jahre geschehen.

Auf diese Verabredung hat die CDU-Fraktion dann im Jahr 2014 mit einem Antrag hingewiesen, hatte sich doch gezeigt, dass das Konzept in der Praxis und nach den fünf Jahren nicht überall im Stadtgebiet zu dem richtigen Ergebnis kommt und sich bewährt. Leider wurde der Antrag damals von der Koalition abgelehnt. Nun denn, es ist 2021, das neue überarbeitete Konzept ist da, und wir von der CDU freuen uns! An dieser Stelle möchte ich allen, die dazu beigetragen haben, herzlich danken.

Es ist ein evaluiertes angepasstes Konzept, das zum Beispiel die Veränderung des Marktes genauso berücksichtigt wie den Zuzug von Menschen durch neue Baugebiete, auch der Generationswechsel in den Quartieren wird mitgedacht, um eine gute Nahversorgung zu gewährleisten. An vielen Anregungen und Wünschen hat der Beirat mitgearbeitet, wenn ihm auch nicht immer bis in das kleinste Detail gefolgt wurde. Das ist manchmal nicht machbar.

Ich kann aber zum Beispiel für meinen Stadtbezirksverband Vegesack sagen, ich bin zufrieden. Wir sollten aber in den nächsten Jahren darauf achten, dass wir schneller auf Veränderungen reagieren, die es im Stadtgebiet gibt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es doch nur so einfach wäre, dass man das Allgemeinwohl einfach aus den Einzelinteressen aufsummieren könnte, dann könnte man einfach immer jedem recht geben, die Arbeit hier in der Bürgerschaft wäre ganz beträchtlich erleichtert, um die Einzelhandelssteuerung müsste

man sich wenig Sorgen machen, und um auf unser konkretes Thema zu kommen, insbesondere bräuchten wir auch kein kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept!

In der Praxis allerdings wird man sich entscheiden müssen, welchen Einzelhandelsstandort wir stärken wollen, unsere Innenstadt oder das Einkaufszentrum am Stadtrand? Wollen wir das historische Stadtteilzentrum erhalten oder aufgeben, wollen wir eine fußläufige Nahversorgung im Stadtteil, oder wollen wir die sehr großen Discounter in Abseitslage? Ja, das war eben der Versuch der Einleitung, es ist versuchend, diesen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen, aber eine Nichtentscheidung ist auch eine Form von Entscheidung, wenn die Kaufkraft begrenzt ist.

Jeden Euro kann man nur einmal ausgeben, das gilt in der aktuellen wirtschaftlichen Lage umso mehr, und deshalb muss man sich entscheiden. Mit diesem Zentren- und Nahversorgungskonzept entscheiden wir uns: Wir entscheiden uns für die Nahversorgung, für die man, wie man in Bremen so schön sagt, bloß einmal um den Pudding muss, wir entscheiden uns für den Erhalt von Stadtteilzentren und teils auch für deren notwendige Wiederbelebung, aber vor allem entscheiden wir uns für die Stärkung unserer Innenstadt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das alles dient nicht nur einer Stadt der kurzen Wege, aber auch, und das dient nicht nur der Vermeidung unnötiger Kfz-Verkehre, aber auch, sondern es hat vor allem attraktive Zentren im Blick, denn Zentren sind mehr als bloße Orte der Versorgung. Sie sind Orte des Aufenthalts, sie sind Orte des sozialen Lebens, und sie sind ganz besonders im Fall unserer Innenstadt Orte der Identifikation mit der eigenen Stadt. Das ist der Grund, warum uns jede Ladenschließung in der Innenstadt emotional so viel stärker trifft, als es bei einer Schließung in einem beliebigen Einkaufszentrum der Fall ist.

Das Ganze lässt sich übrigens in einem kleineren Maßstab auf die Stadtteilzentren übertragen. Ein gutes Beispiel ist die Wiederbelebung des Stadtteilzentrums in Hemelingen. Das ist ein historisches Stadtteilzentrum, es ist niedergegangen, und es trifft viele Hemelinger Bürgerinnen und Bürger, dass der Zustand eines Zentrums, den sie einmal ganz anders kannten, so ist, wie er heute ist. Was man auch beobachten kann, ist, wenn man jetzt durch die Hemelinger Bahnhofstraße kommt, dass auf dem ehemaligen Coca-Cola-Gelände schon der

Schriftzug von Coca-Cola verschwunden ist, dass dort die Bagger rollen, dass ein kleiner Marktplatz entstehen wird und dass wir hoffentlich in der Perspektive wieder ein kleines, aber feines Stadtteilzentrum für Hemelingen bekommen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Kollegin Frau Neumeyer hat alles Notwendige dazu gesagt, warum es einer Aktualisierung bedurfte, und ich möchte mich auch meinerseits ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung bedanken, die viel Arbeit in die Erstellung dieses Konzeptes gesteckt und durch ihre fachliche Tiefe dafür gesorgt haben, dass Abgeordnete heute dazu auf einer so seichten Flughöhe reden dürfen, wie ich es gerade tun darf, und ich möchte mich auch bei den Beiräten bedanken, die sich mit ihrer Ortskenntnis hilfreich eingebracht haben. An nicht wenigen Stellen konnte das Konzept auch durch ihre Ortskenntnis noch einmal verbessert werden. Nicht jeder hat alles bekommen, was er wollte, aber, das habe ich eingangs gesagt, das liegt daran, dass man sich manchmal eben entscheiden muss.

Ich möchte noch eine Schlussbemerkung machen, wenn es an der Stelle erlaubt ist, was die Situation des Einzelhandels aktuell angeht! In dieser Krise ist der Nachteil des stationären Einzelhandels gegenüber dem Onlinehandel so groß, wie man ihn sich nur irgendwie vorstellen kann, und das ist für die Zukunft der Einzelhandelslagen in unserer Stadt ein riesiges Problem. Dabei geht es mir nicht darum, Onlinehandel zu dämonisieren. Der Onlinehandel ist ein Teil unseres Konsumverhaltens geworden, er wird es bleiben. Jeder von uns bestellt einmal etwas Online, das ist manchmal auch praktisch, darum geht es nicht! Aber wir müssen wissen, diese Form des Einzelhandels ist der Steuerung der Kommune entzogen, und sie leistet auch keinen Beitrag zu Orten des Aufenthalts, Orten des sozialen Lebens und der Identifikation mit der eigenen Stadt, vom Verhalten einiger Anbieter in Sachen Steuern zahlen und Arbeitsbedingungen einmal völlig abgesehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen ist es aus meiner Sicht nur fair und richtig, wenn wir nach der Krise auch über einen Lastenausgleich sprechen, wenn wir mit denjenigen,

die aufgrund dieser Krise Glücksgewinne eingefahren haben – Windfall-Profits, wie das so schön heißt! –, wenn wir diejenigen anschließend auch mit einem besonderen Beitrag beteiligen und dieses Geld nutzen, um unsere Zentren in den Stadtteilen und unsere Innenstadt zu attraktivieren. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben eine Fünfminutendebatte, wir können nicht in die ganzen Verästelungen des Themas einsteigen, aber es ist von Bedeutung. Dieses Zentren- und Nahversorgungskonzept ist ein Fachplan, in dem enorm viel Arbeit und enorm viel Detailwissen steckt, namentlich Herr Löwe hat da zusammen mit seinen Kollegen extrem viel Arbeit geleistet. Dafür gebührt ihm Dank, denn dieses Instrument ist richtig von Bedeutung, wenn wir über die Ansiedlung von Geschäften zu befinden haben, und das ist keineswegs ein konfliktfreier Vorgang. Der Kollege Wagner hat schon für die Innenstadt geworben, das ist ja nur der erste Gesichtspunkt, der einem einfällt.

Wir ahnen, dass die Pandemie eine Schneise der Verwüstung unter den Einzelhändlern anrichten wird und dass es enorme Anstrengungen bedürfen wird, das in den kleinen Stadtteilen, in Stadtteilzentren und im Zentrum unserer Stadt gewissermaßen wieder zu kultivieren. Da brauchen wir in Bremen ein großes Milieu von mutigen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich da wieder herantrauen, und das werden sicher nicht nur Einzelhändler sein. Dafür aber die Voraussetzungen zu schaffen, dass dieses große Gründungsgeschäft, der große Generationswechsel in den nächsten Jahren gelingt, ist eine der ganz bedeutsamen Verpflichtungen, die wir haben.

Das Konzept, das jetzt vorliegt, konnte diese Frage noch gar nicht auch nur berühren, das liegt nahe. Es gibt ein Stichwort, das ist da noch im letzten Moment hineingekommen, aber das ist noch nicht zu Ende überlegt, es kann auch gar nicht anders sein.

Eine Schlussfolgerung ist ganz sicher: Wir müssen verhindern, dass an den nicht integrierten Standorten, an den Sonderstandorten, die Flächen wuchern. Das ist für die Innenstadt nicht zu kompensieren, dagegen kommt sie nicht an. Deshalb ist es

richtig, dass wir im Habenhausener Fachmarkzentrum – diejenigen von Ihnen, die in der Baudeputation sind, haben das vielleicht noch in Erinnerung – mit dem Planungsrecht dafür gesorgt haben, dass eine bestimmte Expansionsfläche abgeriegelt wird und für gewerbliche Entwicklung anderer Art eingesetzt werden soll, damit sich da nicht noch mehr vom Gleichen ansiedelt. Das sind manchmal richtig schmerzhaft Entscheidungen. Das sind ja tüchtige, leidenschaftliche Unternehmer, die so ein Grundstück kaufen, die darauf Geschäfte machen wollen, ein Haus errichten wollen und dergleichen mehr. Und denen dann zu sagen, nein, hier geht das nicht, das ist keineswegs vergnügungssteuerpflichtig, weder für die Verwaltung noch für den Unternehmer, der jetzt gerade an seiner Geschäftsidee gehindert wird, aber es ist notwendig im Interesse des Ganzen.

Wir haben in unserer Stadt eher ein Überangebot an Handelsfläche, das drückt auf die Margen, das schwächt die einzelnen Unternehmen und die einzelnen Stadtteile, das ist nicht gut, und damit komme ich noch einmal zum letzten Punkt: Der Handel in den Stadtteilen und im Zentrum leistet viel mehr als nur Versorgung, also die Gelegenheit, sich Waren zu kaufen, die man für seinen Alltag braucht oder auch einmal Schmuck oder so etwas. Es geht in diesen Zentren darum, dass ein Stadtteil, ein Quartier oder eine Stadt als Ganzes zusammenkommt, sich begegnet, morgens beim Brötchen holen und nachmittags oder nach der Arbeit vielleicht bei der Anschaffung von irgendeinem Kleidungsstück, von Schuhen und dergleichen mehr, und daneben in einem Café. Diese Qualität der Stadt, ihren öffentlichen Raum, ihre aktiven Ränder, ihre Prägung von Leuten, die etwas riskieren und die ihre Waren präsentieren, wollen wir nicht missen.

Der Schutz der Zentren, die das noch hervorbringen können, ist für uns gemeinsam ein sehr großes Anliegen, das liegt als Ziel dem Konzept zugrunde, und aus diesen Zielen sind die einzelnen Maßnahmen abgeleitet. In diesem Sinne, finde ich, haben wir da ein ganz gutes Planwerk, das wir aber sicher aktualisieren müssen, weil die Lage sich weiterentwickelt hat. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt nicht viele Mitteilungen des Senats, die mit einem

Prolog beginnen, das ist aber auch angemessen für ein Werk von 440 Seiten. Ich möchte auch hier, wie mein Vorredner Falk-Constantin Wagner, auch noch einmal meinen Dank aussprechen für diese, denke ich, Mammutaufgabe, die die Verwaltung dort geleistet hat, mit all den Beteiligungen, mit all den Terminen und Gesprächen vor Ort. Auch von mir also noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sinn und Zweck eines Zentren- und Nahversorgungskonzepts ist es, zu verhindern, dass sich der Einzelhandel gegenseitig kannibalisiert. Jedes Geschäft, das eröffnet wird, hat Einfluss auf die, die schon da sind. Eine wohnortnahe Versorgung und attraktive Zentren bekommt man nur, wenn man hier steuert.

Bei den Beiräten gab es Befürchtungen, zu enge Vorgaben könnten die Versorgungsqualität in den Quartieren gefährden. Eine typische Sorge betrifft hier die zulässige Größe von Supermärkten. Supermärkte sind in den letzten Jahren typischerweise immer größer geworden. Für einen Supermarkt mit unter 800 Quadratmetern lässt sich auch gar kein Interessent mehr finden, oftmals gehen sie bis auf 1 500 Quadratmeter. Das Zentren- und Nahversorgungskonzept schließt das aber gar nicht aus, es ist nur die Grundlage dafür, überhaupt die Verhandlungen über Größe und Sortimente zu bekommen. Über diesen Aspekt gab es viele Gespräche, und das hat auch die Beiräte letztlich überzeugt.

Das Konzept ist Teil eines regionalen Konzepts, das zwischen Bremen und den meisten Umlandgemeinden abgestimmt wird, es ist ein sehr wichtiger Aspekt. Hier hat man sich grundsätzlich darauf geeinigt, Einzelhandelsprojekte von über 800 Quadratmetern interkommunal abzustimmen, es wird also zumindest versucht, das Wuchern von weiteren Zentren auf der grünen Wiese zu verhindern, und das ist auch gut so. Neu ist – und deshalb ist das Konzept auch so lang –, dass es genaue räumliche Analysen von Einzugsgebieten für die verschiedenen Stadtteile gibt. Hier wird erfasst, wo es unversorgte Gebiete gibt und wo umgekehrt eher kein weiterer Einzelhandel sein sollte. Das macht den Prozess auch für die Beiräte transparent.

Die Wahrheit ist am Ende immer: Konkret wird über Größe, über Sortiment am konkreten Standort letztlich immer verhandelt werden müssen, aber das geht eben nur, wenn man eine Grundlage hat, zu bestimmten Ansinnen im Zweifelsfall auch ein-

mal Nein zu sagen. Das wird natürlich immer stärker, denn „zentral“, sowohl in der Gesamtstadt als auch im Stadtteil, wird nur zum Teil durch den Handel definiert. Zu diesen Stadtteilen, die ein Zentrum haben, da gehört mehr dazu, nämlich kulturelle und soziale Angebote, Aufenthaltsmöglichkeiten, öffentliche Funktionen wie das Ortsamt und vieles andere mehr. So macht sich ein gutes Quartier auch bemerkbar. Das kann das Einzelhandelskonzept nicht leisten, das wird aber in Zukunft stärker bedacht werden müssen.

Im Grunde braucht man für die soziale und kulturelle Zentralität solche Analysen, wie sie hier für den Handel vorliegen: Wo sind unversorgte Gebiete, und von wo aus dauert es zu lange, solche Angebote und Funktionen zu erreichen? Wie kann man sie stärken? Insofern legt das Zentren- und Nahversorgungskonzept hier auch methodisch etwas vor, woran sich andere Pläne zur Stadtentwicklung künftig messen lassen.

Zum Abschluss hätte ich noch einen Wunsch und eine Bitte: Der Wunsch ist, dass nun die Nahversorgung in den Ortsteilen von Tenever, auch im Nordquartier, zügig umgesetzt wird. Die Menschen warten da schon sehr viele Jahre, und es ist gerade für die Älteren und Gebrechlichen kompliziert, lange Wege zu gehen. Das würde ich mir wünschen, wenn das jetzt an Geschwindigkeit zunimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Die Bitte aus meinem Ortsteil, aus dem ich komme, ist: Da wird ja noch mit den Beiräten von Borgfeld geredet – das sind intelligente, ältere Herren, die sind da gar nicht auf den Kopf gefallen –, und ich wäre froh, wenn man mit diesem Gesprächskreis weiter zu einem vernünftigen Ergebnis kommt.

Zu guter Letzt: Die Umsetzung eines solchen Konzepts lebt auch ein Stück weit von den Erfahrungen der Beiräte und der Menschen, die vor Ort leben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Zentren- und Nahversorgungskonzept hat sich ja zum Ziel gesetzt, als städtebauliches Entwicklungskonzept die Leitlinien für die zukünftige Zentren- und Einzelhandelsentwicklung zu

setzen. Dies umfasst die zentralen Versorgungsbe-
reiche, das Nahversorgungskonzept inklusive
stadtteilspezifischer Aspekte, aber auch konkrete
Vorgaben, wie zum Beispiel Sortimentslisten für
den Einzelhandel oder auch bau- und planungs-
rechtliche Vorgaben und Empfehlungen.

Ziel ist es, hierbei die Entwicklung der Bezirke, ins-
besondere im Hinblick auf den Einzelhandel, ge-
zielt mit gesamtstädtischer Perspektive zu beglei-
ten, gegebenenfalls gegenzusteuern und auch ein-
zugreifen. Für Bremen werden hier verschiedene
Versorgungszentren ausgewiesen, die dann im
Weiteren jeweils räumlich, funktional und städte-
baulich analysiert werden und auf deren Perspek-
tive und auch Entwicklungsbedarf und -notwen-
digkeit dann näher eingegangen wird. Meine Vor-
redner haben schon gesagt, dass das Konzept mit
440 Seiten relativ umfangreich ist, weshalb es,
glaube ich, hier innerhalb der wenigen Minuten
nicht möglich ist, jetzt auf einzelne Aspekte im De-
tail einzugehen. Wir haben uns, glaube ich, alle
lange genug mit dem Konzept auseinandergesetzt.

Unser Fazit zu diesem Konzept lautet, dass es in
Teilen durchaus sinnvoll ist, gerade auch zentral ei-
nen Blick auf das große Ganze zu haben, um gege-
benenfalls auch gegensteuern zu können. Deshalb
macht ein ganzheitliches Konzept durchaus Sinn,
auch wenn wir von der zentralistischen Planung,
die in einigen Aspekten auch durchleuchtet, nicht
überzeugt sind, denn das wirkt unter anderem ja
auch die Gefahr, dass unter Umständen an den Be-
dürfnissen vor Ort vorbeigeplant und nicht den
Entwicklungen und Gegebenheiten der aktuellen
und der teils auch sehr spezifischen Lagen vor Ort
entsprochen wird. Einige Rückmeldungen der Bei-
räte und Beiratsentscheidungen, die ja auch, soweit
ich weiß, teils sogar einstimmig gegen einzelne
Maßnahmen gefallen sind, zeugen ja auch davon.

Aus diesem Grund haben wir uns als FDP-Fraktion
entschieden, uns, wie auch schon zuvor in den De-
putationen, bei diesem Maßnahmenpaket zu ent-
halten. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Red-
nerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike
Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte
Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu-
nächst einmal freue ich mich über den Dank, der
hier doch von vielen Vorrednern ausgesprochen

worden ist, und den gebe ich auch sehr gern an un-
sere Mitarbeiter weiter, denn in der Tat steckt in
diesem Konzept sehr viel Arbeit.

Es wurde gesagt, Bremen hat sich 2009 ein neues
Leitbild der Stadtentwicklung für das Jahr 2020 ge-
geben: Bremen lebenswert, urban, vernetzt! Dieses
Leitbild füllen wir jetzt mit Leben, denn mit diesem
Beschluss bleibt Bremen die Stadt der kurzen
Wege, auch beim Einkaufen. Die Bremerinnen und
Bremer können nah an ihrem Wohnort einkaufen
und sich versorgen, meistens sogar fußläufig oder
in einer fahrradfreundlichen Entfernung. Damit das
so bleibt und als Rahmen für die bauplanerische
Praxis umgesetzt werden kann, bedarf es eines ver-
bindlichen Zentren- und Nahversorgungskonzepts.

Zum einen hat das Konzept natürlich die Aufgabe,
möglichst wohnortnah für die Versorgung der Bre-
merinnen und Bremer zu sorgen, aber auch eine
Konkurrenzsituation, und zwar nicht nur mit der
grünen Wiese, sondern auch im eigenen Stadtteil
zu verhindern. Ein Beispiel dafür – und das kann
man, glaube ich, im Moment auch ganz gut anbrin-
gen, weil sich dort sehr viel tut – ist in Vegesack
immer das Haven Hööv: Kaum war es geplant, hat
es doch negative Auswirkungen auf die Vege-
sacker Fußgängerzone gehabt,

(Zuruf: Wenig überraschend!)

und so etwas gilt es eben mit dem Zentren- und
Nahversorgungskonzept zu verhindern.

Die Fortschreibung dieses Konzepts hat die städti-
sche Deputation für Mobilität, Bau und Stadtent-
wicklung Anfang Dezember beschlossen. Mit die-
sem Konzept wollen wir eine wohnortnahe Versor-
gung sicherstellen und ausbauen. Herr Schäck,
weil Sie vorhin auch noch einmal zum Thema, wo
neues Wohnen entsteht, eingefordert haben – ich
sage auch, zu Recht eingefordert haben! –, dass
man Infrastruktur auch gleich mitdenken muss:
Neben Schulen und Kitas gehören dann auch Mög-
lichkeiten zum Einkaufen dazu, also Quartierspla-
nung mit einem standortbezogenen Nahversor-
gungskonzept zu integrieren. Das Ganze ist im Üb-
rigen auch im Sinne der Verkehrswende, denn, wer
wohnortnah einkaufen gehen kann, lässt das Auto
eher einmal stehen, und genau dazu braucht man
eine ausgewogene Einzelhandelsstruktur.

Wir wollen die Zentren und die Nahversorgung er-
halten und weiterentwickeln. Dazu gehen wir mit
den Menschen vor Ort und den Anbietern von Nah-
versorgungsangeboten in einen Dialog, um auch

neue Instrumente und Modelle zu entwickeln. Zudem ist mir wichtig, dass die Funktionen der Innenstadt und die Innenstadt selbst sowie ihre Bedeutung als Oberzentrum in der Region weiter aktiv gestärkt werden. Deswegen machen wir uns ja gerade auch so viele Gedanken um die Innenstadt.

Das Zentren- und Nahversorgungskonzept ist aber ein gesamtstädtisches städtebauliches Entwicklungskonzept, das sich als ein Element zur Steuerung des Einzelhandels gemäß den gesetzten städtebaulichen Zielvorstellungen etabliert hat. Dies hat unser Ressort in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, mit der Handelskammer und dem Handelsverband Nordwest in einem breiten Beteiligungsprozess zusammen mit den Interessenvertretungen und den Beiräten in den Stadtteilen entwickelt.

Das aktuelle Konzept löst das bestehende Konzept ab. Eine Fortschreibung und Aktualisierung des Konzepts war aufgrund veränderter Rahmenbedingungen im Handel und aktueller Entwicklungen und Ziele in der Stadtentwicklung notwendig. Neu ist dabei zum Beispiel, dass wir einen stärkeren Fokus auf das Thema Nahversorgung legen. Es gibt jetzt eine transparente Darstellung der Istsituation, es zeigt die Versorgungslücken auf. Außerdem haben wir ein differenzierteres Zentrenmodell entwickelt, das besonders Stadtteilzentren wie Vegesack, aber auch das Viertel in den Fokus nimmt. Das Ganze hat auch dazu beigetragen, dass das ganze Instrument deutlich flexibler ist. Das ZNK soll eine grundlegende und strategische Arbeitsbasis für die Bauleitplanung und den Stadtentwicklungsprozess der nächsten Jahre bilden.

Eines möchte ich doch noch einmal sagen: So eine Erarbeitung dauert natürlich auch ihre Zeit, aber ich glaube, dass wir gerade aufgrund der Coronapandemie noch einmal sehen müssen, wie relevant auch das Zentren- und Nahversorgungskonzept ist. Wir brauchen eine verlässliche Grundlage als Planungs- und Investitionssicherheit, wir wissen alle nicht, wie es jetzt weitergeht.

Vielleicht möchte ich aber auch einmal aufgreifen, weil vorhin auch schon einmal der Onlinehandel angesprochen wurde: Zentren sind ein Begegnungs- und ein Erlebnisraum. Robert Bücking hatte den Brötchenkauf angesprochen, ich glaube – das zeigt ja auch der Erfolg von Grünmärkten –, man geht donnerstags oder samstags nicht nur zum Grünmarkt, weil man dort sein Gemüse kaufen

will, sondern man geht dort auch hin, um Menschen zu treffen, und das, glaube ich, wird niemals durch den Onlinehandel ersetzt werden.

Ich glaube, es ist gut, dass wir jetzt das Zentren- und Nahversorgungskonzept in der aktuellen Version vorliegen haben – noch einmal Dank für das Lob, das ich dann morgen auch gern weitergeben möchte! Und ich denke, wir haben hiermit auch eine gute Grundlage für die nächsten Jahre geschaffen, dass wir gerade, wenn wir neue Quartiere entwickeln, dann auch die Nahversorgung der Menschen dort vor Ort sichern. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzepts für die Stadt Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzepts für die Stadt Bremen zu.

Fortsetzung und Intensivierung des Bremer Erinnerungskonzepts Kolonialismus
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/378 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Staatsrätin Carmen Emigholz.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die fast 500 Jahre dauernde koloniale Fremdherrschaft bestimmte die Weltgeschichte und die Menschheitsgeschichte massiv. Mit unvorstellbaren Gewaltexzessen, Ausbeutung und Vernichtung unterwarfen sich die Europäer die Welt. Die wirtschaftliche Ausplünderung, Menschenraub und Genozide begleiteten diesen europäischen Weg weiter. Die giftige Saat des Kolonialismus ist aufgegangen und wirkt unvermittelt fort mit Kriegen, wirtschaftlicher Ausnutzung und strukturellem Rassismus. In der Kongokonferenz 1884/1885 in Berlin teilten die europäischen Mächte auf Einladung von Bismarck Afrika unter sich auf. Wenn man die Karte von 1900 sieht, gibt es nur noch einen weißen Fleck, und das ist Äthiopien. Leopold II., der König Belgiens, erhielt das Kongobecken als eine Art Privatkolonie. Mehr als zehn Millionen Opfer starben in den folgenden Jahren an unvorstellbarer wirtschaftlicher Ausbeutung, und die, die überlebten, erlebten Verstümmelungen, Folter und Amputationen.

Deutschland war längst dabei. Im heutigen Namibia fand unter deutscher Gewaltherrschaft der erste Völkermord des vergangenen Jahrhunderts an den Völkern der Nama und Herero statt. Ursprung der Kolonie war Bremen und der Kaufmann Adolf Lüderitz. Er war so ziemlich das Gegenteil dessen, was wir uns heute so unter einem ehrbaren bremischen Kaufmann vorstellen, und er hat die Einheimischen bei diesem Erwerb dort wirklich betrogen. Das war aber, wie gesagt, längst nicht das Schlimmste an dieser ganzen Geschichte.

Bremen spielte eine besondere Rolle beim deutschen Kolonialismus und sollte dann später als Stadt der Kolonien eine besonders herausgehobene Rolle in der Nazizeit spielen. Das heutige Antikolonialdenkmal, der Elefant, den ich gut von innen kenne, markiert die unheilige Allianz zwischen Neokolonialismus und Nationalsozialismus. Er zeigt sich auch heute noch zusammen mit dem Mahnmal für die Opfer des Völkermordes an den Nama und Herero als ein Ort, an dem es eine bremische Auseinandersetzung mit diesem schrecklichen Erbe des Kolonialismus gab und gibt.

Nach unserem letzten Antrag der Koalition hat sich die überfällige Intensivierung dieser Auseinandersetzung ergeben, es soll jetzt noch einmal intensi-

ver und besser werden. Ich danke übrigens ausdrücklich Frau Staatsrätin Emigholz, die das Thema immer getrieben hat. – Vielen Dank dafür, wir brauchen Menschen, die bei diesem Thema treiben!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was sind die Inhalte? Die Beiräte sollen bei Umbenennungen unterstützt werden, eine Lüderitzstraße – also benannt nach diesem Adolf Lüderitz, der als betrügerischer Kaufmann im damaligen Südwestafrika unterwegs war – dürfte es in Bremen eigentlich nicht geben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Da sagen manche, in Ordnung, damit tilgt man ja die Geschichte. Ich habe dann immer vorgeschlagen, sie kann ja einen anderen Namen bekommen, dann steht darunter „vormals Lüderitzstraße“, und dann schreiben wir darunter, warum wir diese Straße umbenannt haben, aber das liegt in der Verantwortung der Beiräte. Wir sagen nur, wir wollen sie dabei nicht im Regen stehen lassen und sie unterstützen.

Die jährliche Gedenkfeier am Elefanten für diesen Beginn des Völkermordes an den Nama und Herero gibt es schon seit drei Jahren und soll durch die Schirmherrschaft des Bürgermeisters aufgewertet werden. Kolonialismus ist nicht nur Erinnerungskultur, darüber habe ich schon gesprochen. Durch Kenntnis des Kolonialismus kann man heute diesen strukturellen Rassismus erst verstehen und zum Beispiel die fortwährende Ausbeutung, zum Beispiel von Afrika heute als Rohstofflieferant. Europa hat Afrika grausam versklavt und verstümmelt und sich der Verantwortung entzogen. Deshalb, glaube ich, ist eine Befassung mit diesem Kolonialismus und dem strukturellen Rassismus in der Lehrerausbildung und eben auch in den Lehrplänen so besonders wichtig, und wir sollten das auch in der Lehre an den Universitäten intensivieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Über Bismarck habe ich schon gesprochen. Diese Bismarckstatue kann man nicht einfach so da stehen lassen. Bismarck hat eine ganz furchtbare Rolle dabei gespielt, nämlich indem König Leopold damals so einen gigantischen Massenmord im Belgisch-Kongo tatsächlich begehen konnte. Deshalb, das müssen wir ändern. Es ist eine Schande, dass es bis heute keine offizielle Entschuldigung

Deutschlands für diesen Völkermord an den Nama und Herero gibt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es ist eine Schande, dass es bis heute – und ich habe ja nun dargestellt, wie schlimm dieser Kolonialismus war – keine Gedenkstätte in Deutschland dafür gibt, wir haben ja noch nicht einmal ein Dokumentationszentrum. Dabei sollte Bremen wirklich vorangehen, sollte diesen Prozess aufgrund der eigenen Geschichte weitertreiben und dabei eben auch eine ganz herausgehobene Rolle spielen. Die agile, engagierte, antikoniale Community in Bremen wird das gern begleiten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch, wenn Deutschland nur kurze Zeit und vergleichsweise spät Kolonialmacht war, sind der gesellschaftliche Diskurs und die Auseinandersetzung über das Thema aus unserer Sicht absolut notwendig. Wir kommen nicht umhin, über Schuldfragen zu reden. Wir kommen nicht umhin, über die Rolle unserer Vorväter zu sprechen, und wir kommen nicht umhin, die besondere Rolle Bremens zu beachten. Wir dürfen sie nicht verdrängen, und wir müssen auch diese Geschichte sehen, wenn wir über Rassismus reden und auch das Thema Rassismus voll umfänglich verstehen wollen, denn auch dort liegen Wurzeln, die bis heute leider noch ausschlagen. Deswegen war es auch wichtig, dass es ein Erinnerungskonzept gibt und wir dies hier in der Bremischen Bürgerschaft im Jahr 2016, vor fünf Jahren, beschlossen haben.

Wir sprechen heute über einen Antrag der Koalition zur Intensivierung und Fortsetzung dieses Konzepts. Nun könnten wir es uns als Opposition leicht machen und sagen, aha, ihr habt festgestellt, ihr habt nicht genügend getan, und um das zu kaschieren, fordert ihr, dass wir intensiver und fortgesetzt an dem Thema arbeiten müssen, aber so leicht wollen wir es uns nicht machen. Wir finden es richtig, dass dieses Thema entsprechend angegangen wurde und weiterbearbeitet werden soll. Wir müssen uns aber fragen, was ist aus dem Beschluss geworden.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es gab 2017 und 2019 Gesprächsrunden über das koloniale Erbe mit den unterschiedlichen Akteuren, aber die Frage ist, was konnten wir umsetzen, und welche Zielsetzung wurde damit verfolgt, können wir nicht diese Zielsetzung gemeinsam schärfen, denn jedes Konzept muss doch ein Ziel verfolgen und überprüft werden, überprüfbar sein in der Frage, was ist erreicht worden, und was können wir noch erreichen.

Insofern erwarten wir, wenn wir jetzt fortschreiben und intensivieren, dass auch eine Evaluation stattfindet, damit wir die weiteren Schritte gehen können, aus den gemachten Schritten lernen können und den weiteren Weg entsprechend gemeinsam festlegen können. Wir können uns nicht auf Konzepten ausruhen, sie müssen weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Es reicht nicht, dass nur das Kulturressort damit beauftragt ist, wir müssen, glaube ich, damit in der gesamten Gesellschaft an vielen Stellen tätig werden. Solche Dinge muss man mit bedenken, wenn man Straßen plant, wenn man in Beiräten über Straßennamen entscheidet und darüber berät, wenn man entsprechende Bausteine in der Bildungsbehörde bearbeitet. Es gibt zum Glück viele zivilgesellschaftliche Gruppierungen – das Afrika-Netzwerk Bremen, „Der Elefant!“, Decolonize Bremen und andere sind genannt worden –, und denen muss man erst einmal herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Genauso muss man die Museen in dieser Stadt loben, die sich aufgemacht haben, das ganze Thema zu bearbeiten, und ich bin ehrlich gesagt gespannt auf die neue Ozeanien-Ausstellung, von der ich bisher nur etwas bei „buten un binnen“ sehen konnte, weil es einfach wichtig ist, wird damit auseinanderzusetzen, wie Dinge hierhergekommen sind, welche Rolle sie gespielt haben, wie sie gesehen wurden und wie sie heute gesehen werden müssen. Wir müssen dann ja auch überlegen, was das eigentlich auch für die Geschichte dieses Übersee-Museums heißt, denn es war von 1935 bis 1945 nichts weniger als das Deutsche Kolonial- und Übersee-Museum. Nicht ohne Grund haben die Nazis es so genutzt und gebraucht, weil sie damit ihre Politik und ihre Sicht auf Kolonien und ihren Rassismus unterstreichen wollten.

Genau diese Geschichte müssen wir im europäischen Kontext sehen, und deswegen können wir – und das ist ja in der Rede von Ralph Saxe angedeutet worden – nicht einfach sagen, wir machen hier nur etwas in Bremen, sondern wir müssen das in den Kontext stellen, wir müssen das in den Kontext dessen stellen, was Bund und Länder gemeinsam erarbeiten, uns als Deutschland gemeinsam dazu positionieren und gemeinsame Gedenkstätten und gemeinsame Gedenkort schaffen. Insofern müssen wir hier nicht warten, bis es Thema auf der Ebene ist, aber wir müssen es gemeinsam angehen. Ich werde gleich noch mehr dazu ausführen.

Ich beantrage schon einmal getrennte Abstimmung zu den vorgetragenen Punkten. – Herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Elombo Bolayela.

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wollen wir noch einmal einen kritischen Blick auf Bremens koloniale Vergangenheit werfen und gleichzeitig auf das angestrebte Erinnerungskonzept Kolonialismus. Gegenwärtig wird vielerorts darüber diskutiert, was zum Beispiel mit Denkmälern und Straßennamen geschehen soll, die unkommentiert auf die koloniale Geschichte und den Rassismus verweisen. Diese Diskussion speist sich aus einem wachsenden Interesse an diesem Thema und an dem Wiederaufflammen des Rassismus in Europa und vielen anderen Teilen der Welt.

Wir sehen, was zurzeit in Amerika passiert und verfolgen wahrscheinlich alle die Debatte über systematischen Rassismus, ausgelöst durch den Mord an George Floyd durch Polizeigewalt und den weltweiten Protest der Black-Lives-Matter-Bewegung. Auch hier bei uns in Deutschland erleben wir das bedenkliche Anwachsen radikaler Parteien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rassismus gibt es überall dort, wo man Angst davor hat, etwas zu verlieren, es geht um den Erhalt eigener Privilegien.

Bremen war die Hochburg des deutschen Kolonialismus. Im Dritten Reich trug Bremen sogar den Titel „Stadt der Kolonien“, eine aus heutiger Sicht fragwürdige Ehre, auf die Bremen aber damals durchaus stolz war. Dieser Blickwinkel hat sich geändert, heute betrachten wir die koloniale Zeit als einen dunklen Fleck in der Bremer Geschichte, auf

den wir keinesfalls stolz sein dürfen und es auch gar nicht wollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Um die Thematik des Kolonialismus zu verstehen, muss man sich zwangsläufig mit Kolonialismus beschäftigen. Menschen aus dem globalen Süden wurden versklavt, dafür brauchte es in einem eigentlich aufgeklärten Europa eine Legitimation. Schließlich war es mit dem Selbstbildnis des humanistischen Europas eigentlich nicht vereinbar, Menschen zu versklaven und auszubeuten. Mit der Aufklärung, die ja die Kategorisierung quasi erfunden hat – Menschen wurden nach Hautfarben kategorisiert, es variierte laut Historikern zwischen vier und 64 Rassen, die wissenschaftlich nicht belegbar waren –, kam dann die systematische Einteilung in Rassen. Das war ein Konzept, das es vorher so gar nicht gab.

Wir haben daraus gelernt, denn nicht ohne Grund stellt unser Grundgesetz heute die unantastbare Würde eines jeden Menschen ganz an den Anfang,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

soll heißen, unabhängig von der Herkunft, vom Glauben oder der Lebensanschauung. Dieses Bekenntnis in Artikel 1 und 3 Grundgesetz ist Grundlage und Ausgangspunkt und zugleich Ziel und Versprechen unserer demokratischen Ordnung.

Der eigentlich längst überwundene Kolonialismus hat viele rassistische Bilder produziert, die leider bis heute nachwirken, und es gibt nach wie vor viele koloniale Verstrickungen, wie sie auch bei uns in Bremen und Bremerhaven immer noch sichtbar sind. Wir finden diese in Denkmälern, in Statuen und Straßennamen. Das zeigt uns deutlich, dass auch im 21. Jahrhundert die Aufarbeitung kolonialer Geschichte in Deutschland und auch anderswo noch nicht einmal richtig angefangen hat. Es ist unstrittig, dass der Kolonialismus von Europa ausgegangen ist, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Afrika vollständig von europäischen kolonialen Mächten aufgeteilt, wo schließlich auch Deutschland eigene Schutzgebiete besaß. Afrika wurde damals als unbedeutender Naturraum gesehen, der vermeintlich eine Welt ohne Wandel und ohne eigene Geschichte war. Das war und ist falsch, es war eher eine Lüge, die zum festen Bestandteil der kolonialen Ideologie gehörte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kolonialismus ist immer auch ein Erziehungsprogramm gewesen,

das nicht nur das Bewusstsein von schwarzen Menschen manipuliert hat, sondern auch das der weißen. Man denke hier nur an die Geschichte vom Mohrenkind oder das Lied von den zehn kleinen Nlein, welches bis heute in vielen Kinderliederbüchern leider noch im Umlauf ist. Das sind Erscheinungen, Objekte und Lernprogramme aus der kolonialen Kinderstube, und sie sind es leider manchmal noch heute. Die Bedeutung dieser Bilder ist dabei nicht zu unterschätzen, können doch Bilder und die Idee und das Image von primitiven Untermenschen dort und der zivilisierten kultivierten Menschen hier plakativ und nachhaltig vermitteln.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

So antiquiert und trivial die kolonialen Reklamesammelbilder uns heute auch erscheinen mögen, sie werden weiterhin gehandelt und getauscht und bedürfen deshalb in Wort und Bild der Kritik. Zu Recht hat der amerikanische Historiker George L. Mosse in seiner Geschichte des Rassismus darauf hingewiesen, dass die Stärke und damit die Gefährlichkeit des vom Westen ausgehenden Denksystems des Rassismus darin liegt, eine auf Klischees oder Stereotypen basierende visuelle Idee zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Kein Mensch wird als Rassist geboren, Rassismus wird in den Familien und Institutionen gepflegt und weitergegeben. Das reicht zunächst für das erste Mal. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stadt Bremen hat sich vor ziemlich genau fünf Jahren auf den Weg gemacht, ein Erinnerungskonzept Kolonialismus zu entwickeln. Die Erinnerung an die Kolonialzeit, an die Verbrechen dieser Zeit, an die Bremer Beteiligung sollen wachgehalten werden. Ziel ist es aber auch, die Wirksamkeit kolonialer Prozesse bis heute aufzudecken. Rassismus und die bis heute existierende globale Ungleichheit zwischen Nord und Süd sind auch Ergebnisse von mehreren Jahrhunderten kolonialer Herrschaft. Aus dieser Vergangenheit entsteht eine Verantwortung für uns. Wir dürfen diese Verbrechen nicht vergessen, und wir müssen die Folgen der Kolonialherrschaft bis heute kritisch aufarbeiten.

Die Bremer Geschichte der letzten Jahrhunderte ist ohne den kolonialen Handel von Bremerinnen und Bremern und ohne die Beteiligung an kolonialen Verbrechen nicht zu denken und auch nicht zu verstehen. Bereits ab Mitte des 18. Jahrhunderts nahm der Handel mit Kolonien erheblich zu. Typische Kolonialwaren wie Tabak, Zucker und Baumwolle wurden nach Bremen importiert, alles Waren, die zumeist von versklavten Menschen auf Plantagen angebaut wurden. Ausbeutung, Leid und Tod dieser Menschen ermöglichten den Reichtum hier in Bremen.

Im 19. Jahrhundert folgte dann die Gründung einer der ersten deutschen Kolonien in Afrika unter wesentlicher Beteiligung des Bremers Adolf Lüderitz. Auf dem Gebiet des heutigen Namibia schlugen im Jahr 1904 deutsche Truppen den Aufstand der einheimischen Nama und Herero gegen die Fremdherrschaft nicht nur gewaltsam nieder, sondern sie hatten das Ziel, die Bevölkerung zu vernichten. Die Nama und Herero wurden erschossen, erhängt oder in die Omaheke-Wüste getrieben, und sie verdursteten. Das war der erste Völkermord im 20. Jahrhundert.

Während diese gewaltsame Realität des Kolonialismus oft vergessen wird, ist doch der vermeintliche Glanz kolonialer Herrschaft tief in diese Stadt eingeschrieben: Die Baumwollbörse am Marktplatz oder das Mosaik in der Bahnhofshalle zeugen vom Reichtum, der aufgrund kolonialer Herrschaft entstanden ist, einige Straßennamen erinnern an die Kolonien. Wenn eine Straße nach einer Person benannt wird, ist das immer eine Ehrung. Die Straßennamen zeigen uns, wie in dieser Stadt lange bewusst eine koloniale Heldengeschichte erzählt wurde.

Zum Glück gibt es viele gesellschaftliche Initiativen, die sich gegen diese verzerrende Geschichtsdarstellung stellen. Diese Initiativen haben auch dazu geführt, dass Ende der Achtzigerjahre der Elefant vom Kolonial- zum Antikolonialdenkmal wurde, und diese Initiativen haben auch wesentlich dazu beigetragen, dass Bremen ein Erinnerungskonzept auf den Weg gebracht hat. Mein herzlicher Dank geht deswegen genau an diese Initiativen, die uns mahnen und auffordern, koloniale Hintergründe sichtbar zu machen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Seit dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft von 2016 ist bereits viel passiert. Es gab intensive

und auch kontroverse Dialogrunden unter Federführung des Kulturressorts mit Beteiligung der deutsch-afrikanischen Community und politischen Initiativen, aus denen die kulturpolitischen Leitlinien zum Umgang mit dem kolonialen Erbe erwachsen. Eine jährliche Gedenkveranstaltung für die Opfer des Völkermordes der Nama und Herero wurde zum 11. August etabliert, und insbesondere die Museen ergreifen Maßnahmen zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit.

Bei allen Fortschritten bleibt aber dennoch viel zu tun. Daher bekennen wir uns mit diesem Antrag ausdrücklich zu der bisherigen Arbeit und benennen weitere Bereiche, in denen die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit intensiviert werden sollte. Ein Punkt ist dabei die Umbenennung von kolonialen Straßennamen.

In der Debatte ist es wichtig, eben nicht nur die Stimmen der Anwohnerinnen und Anwohner zu berücksichtigen, sondern auch die der deutsch-afrikanischen Community und was es für sie bedeutet, wenn in Bremen immer noch koloniale Herrscher geehrt werden. Auch wenn die Entscheidung hierzu bei den Ortsbeiräten getroffen wird, wollen wir auf städtischer Ebene Brücken bauen, um den Beiräten eine Umbenennung zu ermöglichen. Genau wie mein Kollege Saxe finde ich es einfach falsch, dass wir hier in Bremen immer noch Adolf Lüderitz, der durch Betrug ein Kolonialgebiet erwarb und so die Grundlage für eine verbrecherische Herrschaft legte, mit einer Straßenbenennung ehren.

Wir bitten den Senat, auf Bundesebene eine offizielle Entschuldigung der Bundesregierung für den Völkermord zu unterstützen und sich für eine zentrale Gedenkstätte sowie Dokumentationszentren zur kolonialen Geschichte einzusetzen.

Der Antrag umfasst noch weitere Beschlusspunkte, beispielsweise für den Bereich Schule und Wissenschaft, mit dem Ziel, auf den unterschiedlichen Ebenen die Erinnerungsarbeit an die koloniale Vergangenheit zu intensivieren, denn wir haben die Verantwortung, nicht zu vergessen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche, das

Thema einmal in zwei Teile einzuteilen, denn ein Teil wird Ihnen nicht gefallen, aber man muss Ihnen dann leider auch einmal die Wahrheit sagen!

Ja, der Kolonialismus ist ein Erbe, das schwer auf Europa drückt. Manche vergleichen – und ich glaube, sie haben recht – den Kolonialismus mit der Aufarbeitung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika. Beide sind die jeweilige Wurzel eines Übels, das bis heute anhält, aber Deutschland, auch Bremen, stellt sich dieser Aufarbeitung. Ich würde mich freuen, wenn das Vereinigte Königreich, wenn Frankreich, wenn Belgien genauso das aufarbeiten würden, was in Jahrhunderten vor uns passierte, und das bezieht sich auch auf Afrika, es bezieht sich aber auch nicht nur auf Afrika. Viele dieser Wunden – das ist sehr richtig beschrieben worden – wirken bis heute in die Gesellschaft fort, und hier im 21. Jahrhundert eine Aufarbeitung zu machen, ist völlig richtig.

Ich will mich auch namentlich bei Herrn Saxe bedanken, der ja nun lange vor seiner parlamentarischen Arbeit im Verein „Der Elefant!“ ein sichtbares Beispiel gezeigt hat, wie so etwas geht. Wir haben das ja auch im letzten Jahr im Rahmen einer Befassung mit einer Petition auch noch einmal diskutiert. Mit der Umwandlung dieses Reichskolonialdenkmals, in Bremen gemeinhin als der Elefant bekannt, in ein Antikolonialdenkmal ist ein, ich nenne es einmal Best-Practice-Beispiel dafür gezeigt worden, wie so etwas mit bürgerschaftlichem Engagement geht.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist aber wieder einmal ein Sammelsurium von Punkten, wo Sie sich gesagt haben, ach, das schreiben wir jetzt einmal auf, egal, ob es passt oder nicht, und das ist der Teil, der Ihnen jetzt vermutlich gleich nicht gefällt.

Schon vor fünf Jahren habe ich Ihnen gesagt – ich weiß nicht, ob Sie mich vorhin meinten, als sie „manche“ gesagt haben, Herr Saxe –, wir wollen nicht, dass eben auch dieses schwere Kapitel aus dem Straßenbild verschwindet. Wir sind ein großer Freund davon, dass man mit Legendentafeln auch Hinweise gibt, vielleicht auch mit mehr als Legendentafeln. Ich kann mir sogar vorstellen, zum Beispiel in Schwachhausen mit der Lüderitzstraße auch eine Stele, also mehr als eine kleine Legendentafel, zu machen, wo man diese Zusammenhänge sehr deutlich erklärt, und das vielleicht auch etwas deutlicher, als mit diesen drei Zeilen, die auf so eine Legendentafel kommen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Finger weg von Bismarck! Bismarck hat große Verdienste bis heute, das sage ich ganz deutlich. Uns wird ja gern von Ihnen vorgeworfen, wir würden in der Zentrums-tradition stehen. Das Zentrum hat Bismarck wie die Sozialdemokraten gleichermaßen verachtet und bekämpft. Wir sind jetzt keine persönlichen Freunde Bismarcks, aber ich sage Ihnen auch, Bismarck hat mit der Reichsgründung etwas dazu beigetragen, was wir heute noch im Föderalismus hoch schätzen, und bei allen Beschwerden in den letzten zwölf Monaten von Corona: Stellen Sie sich das einmal in Kleinstaaterei vor! Seien Sie froh, dass wir einen starken Bundesstaat haben, und bei allen Punkten, die wir natürlich auch sehen, wo aus dem Jahr 2021 in das 19. Jahrhundert immer mit dem erhobenen Zeigefinger diskutiert werden kann: Die historischen Verdienste waren bislang in der Bundesrepublik im demokratischen Spektrum unbestritten, und da sage ich Ihnen ganz deutlich, das erwarte ich von Ihnen auch bis heute.

Die Frage der Lehrpläne hat mich schon beim letzten Mal aufgeregt. Sie waren es doch, die die Lehrpläne abgeschafft haben! Wir haben in Bremen keine Lehrpläne mehr, und Sie kommen jetzt mit einer parlamentarischen Drucksache und schreiben, Sie wollen Lehrpläne in Bremen verändern. Dann führen Sie bitte erst einmal wieder Lehrpläne ein! Die Lehrerinnen und Lehrer würden sich extrem freuen, wenn wir in Bremen wieder Verbindlichkeit und Lehrpläne hätten.

(Beifall CDU)

Das ist albern! Entschuldigung, es ist albern, dass Sie so etwas schreiben! Wenn Sie etwas bei der Lehrerausbildung wollen, dann gehört das in die Bremische Bürgerschaft (Landtag), aber wir sind hier in der Stadtbürgerschaft.

In meinem zweiten Beitrag will ich Ihnen dann länger aus einem langen Gespräch mit Ruprecht Polenz berichten. Ruprecht Polenz ist Beauftragter der Bundesregierung für die Verhandlungen mit Namibia. Er ist ein langjährig versierter und erfahrener Außenpolitiker und neben der Tatsache, dass er natürlich Christdemokrat ist, ein kluger Kopf, und er spricht tatsächlich mit der Regierung Namibias. Wenn Sie mit ihm gesprochen haben, dann wissen Sie auch, dass so eine Verhandlung etwas mit Würde zu tun hat, dass man eben nicht in einer linksliberalen Stadtgesellschaft in Bremen diktieren sollte, was denn bitte zu passieren habe, son-

dern auf Augenhöhe mit Namibia, aber, wie gesagt, das kommt dann in meinem zweiten Beitrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Elombo Bolayela.

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die anhaltenden Debatten über Rassismus und Kolonialismus sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Werte- und Normenwandels im Umgang mit der Vergangenheit. Debatten um Denkmäler und Straßennamen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, wobei es damals in Deutschland meistens um Antidemokraten, Repräsentanten des Militarismus sowie Wegbereiter und Unterstützer des Nationalsozialismus ging.

Schon Anfang der Zwanzigerjahre kam es in Städten und Gemeinden mit sozialer demokratischer Mehrheit vermehrt zur Umbenennung von Straßen, die nach Schlüsselfiguren der untergegangenen Monarchie und des Militarismus benannt worden waren. Personengebundene Straßen, Statuen und Benennungen von Plätzen sind Ehrungen, die mit dem Blick auf gegenwärtige Normen und Werte auch wieder entzogen werden können.

Das erste Erinnerungskonzept Kolonialismus hatten wir bereits 2016 hier in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Seitdem ist die Kulturbehörde in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung dabei, Diskussionsrunden mit den Beiräten, Kulturakteuren und Initiativen zu führen, um das Thema Erinnerungskultur zu erweitern. Die ersten Ergebnisse fallen sehr positiv aus, unter anderem wurde im April 2019 in der Kulturdeputation eine Leitlinie zum Umgang mit dem Kolonialerbe beschlossen.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Beteiligten und Engagierten für die tolle Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Unser Dank geht besonders an den Afrika Netzwerk Bremen e. V. und den Verein „Der Elefant!“ e. V. An den meisten Terminen habe ich selbst mit teilgenommen.

Meiner Meinung nach waren es drei Aussagen, die immer wieder kamen, auf die wir in dieser Erweiterung des Erinnerungskonzepts Kolonialismus jetzt endlich eine Antwort finden müssen. Die erste Aussage lautet: Wir müssen uns fragen, wie lange wir als Gesellschaft weiterhin Menschen mit Denkmälern und Straßennamen ehren wollen, die in der Kolonialzeit andere Länder und Territorien erobert haben und die dort lebenden Menschen versklavt und ausgebeutet haben.

Die zweite Aussage lautet: Denkmäler und Straßennamen aus der Kolonialzeit gehören zu unserer Geschichte, die wir nicht verschwinden lassen wollen. Die dritte Aussage der afrodeutschen Community in Bremen lautet: Die koloniale Ungerechtigkeit soll schon in den Schulen und in der Lehrerausbildung eine Rolle spielen, weil wir der Auffassung sind, dass unsere Kinder und Enkelkinder ein Anrecht haben zu wissen, was damals geschehen ist und welche Auswirkungen das noch bis heute auf ihre Identität hat.

Insbesondere bei der Thematik Kolonialismus und Rassismus müssen grundlegende Differenzen anerkannt werden. Die Nachfahren aus den kolonialen Mächten und die aus den versklavten Staaten haben naturgemäß unterschiedliche Interessen an der Erinnerungsarbeit, also es ist von einer geteilten Geschichtsbetrachtung auszugehen, was sich in den Aussagen deutlich widerspiegelt. Ich denke, irgendwo zwischen diesen drei Aussagen liegt die Lösung, die es zu finden gilt. Ich weiß auch, dass ein Teil der Antworten von den Beiräten kommen muss, aber auch vom Bremer Senat. Jetzt brauchen wir mehr Tempo.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich bin der Auffassung, dass nur auf Basis der Anerkennung einer grundlegenden historischen Differenz an einem gemeinsamen Vorhaben gegen Rassismus und der Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte in der Gegenwart gearbeitet werden kann. Insofern ist die erreichte gute Vernetzung und Zusammenarbeit einzelner Institutionen und Initiativen der Zivilgesellschaft zum Thema Kolonialismus und Rassismus in Bremen ein Erfolg aller Beteiligten, den es unbedingt zu schützen gilt. Dieses Vorgehen erfordert naturgemäß mehr Zeit, aber auch mehr finanzielle Möglichkeiten für eine nachhaltige Verankerung in der bremischen Gesellschaft.

Der Prozess als solcher soll die Kernidee des Erinnerungskonzepts Kolonialismus für unser Bundesland sein. Den historischen Wandel von Kolonialismus und Rassismus können und dürfen wir nicht schönreden oder sogar ungeschehen machen, was aber besonders interessieren muss, ist eine gemeinsame Zukunft, eine gemeinsame Zukunft basierend auf Fairness, Solidarität und gegenseitigem Respekt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beschäftige mich schon sehr lange mit dem Thema, bin sehr lange in dieser antikononialen Szene engagiert, und ich glaube, ich kann auch ganz gut beurteilen, wer was macht und wer nur redet.

Ich finde, es gibt in Bremen eine wirklich gute Tradition, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Es fing schon mit einem Vorgänger der Staatsrätin an, dass man sich mit diesem Thema auseinandersetzte, dass man auch versucht hat, versöhnende Prozesse mit den Nama und Herero hier in Bremen zu organisieren. Wer sich die beiden Gedenktafeln vor dem Elefanten anschaut, wird feststellen, dass auch Vertreter der namibischen Regierung ein paarmal in Bremen gewesen sind und wir mit ihnen gesprochen haben. Als wir die Gedenkstätte eingeweiht haben, war ein Minister aus Namibia da. Wir haben vielleicht zu wenig Geld dafür, das ist schon klar. Natürlich, wenn wir ein paar Millionen Euro hätten, dann hätten wir schon lange eine Gedenkstätte hier in Bremen gebaut, die haben wir aber leider nicht übrig, und es ist auch eine nationale Aufgabe, das muss ich auch ganz klar sagen.

Da zeige ich dann doch einmal mit dem Finger auf die Bundesregierung und auch auf die CDU, die dort sehr lange in der Verantwortung gewesen ist. Wir haben bis heute keine offizielle Entschuldigung für diesen Massenmord, diesen Völkermord an den Nama und Herero. Das ist doch Fakt, und da können Sie noch so viel schönreden, das ist etwas, was fehlt! Wenn Sie nach Berlin gehen, können Sie ja einmal versuchen herauszufinden, was es dort überhaupt an kolonialer Erinnerung gibt: Es

gibt nur eine Inschrift an einem eher verherrlichten kleinen Denkmal am Garnisonsfriedhof, wo erklärt wird, dass das alles nicht so gemeint gewesen sein kann, wie es darauf jetzt steht. Das ist alles, was Sie in Berlin finden: nichts! Es gibt keine koloniale Erinnerung in Berlin, und das jetzt deswegen schönzureden, dass die Bundesregierung da irgendwie ganz viel gemacht hätte – da gab es auch sehr holprige Auftritte des Afrikabeauftragten Ruprecht Polenz dabei –, das kann man doch wirklich nicht sagen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Kraft des Faktischen ist, da ist nichts passiert, Herr Rohmeyer, da ist wirklich nichts passiert! Ich habe es gesagt: Es ist eine Schande, dass wir diese offizielle Entschuldigung nicht haben, es ist eine Schande, dass wir so eine nationale Gedenkstätte in Berlin nicht haben. Darauf sind Sie leider nicht eingegangen.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem Bismarck-Denkmal sagen! Natürlich ist Bismarck jetzt kein Karl Peters. Wir hatten in Bremen-Walle eine Karl-Peters-Straße, und wir haben sie immer noch. Da hat der Beirat – er ist ganz schlau gewesen, wie ich fand – dann gesagt, die Straße benennen wir einfach nach einem anderen Karl Peters, und er ist quasi an dieser richtigen Debatte für die Umbenennung vorbeigekommen. Das fand ich halbherzig, aber es liegt nun einmal in der Entscheidungsgewalt der Beiräte. Aber einen Massenmörder wie Karl Peters, der ganze Dörfer angesteckt und Leute persönlich umgebracht hat, mit einer Straße in Bremen zu ehren, wollen Sie das? Wir haben auch noch andere Straßen nach dem Zweiten Weltkrieg gehabt, die wir dann umbenannt haben, die vorher nach Massenmördern benannt wurden. Natürlich sind sie umbenannt worden, und natürlich muss man ganz schlimme Sachen bewerten und schauen, wie man damit umgeht.

Wir haben ja nicht gesagt – obwohl ich eine Nachricht bekommen habe mit „Bismarck einschmelzen“, das ist gar nicht meine Meinung! –, dass wir da einen Prozess organisieren wollen mit dieser Bismarck-Statue, woran auch die betroffenen Communities beteiligt werden. Wir wollen eben keinen Prozess von oben, sondern wir wollen mit den Betroffenen reden und sehen, wie gehen wir mit diesem Denkmal um.

Es stimmt, Bismarck war am Anfang nicht begeistert über den Kolonialismus, er hat dann aber sehr

wohl erkannt, dass es ihm nützlich ist, und zur Kongokonferenz 1884/1885 hat Herr Bismarck eingeladen, sie fand in Berlin statt. Das Ergebnis habe ich Ihnen am Anfang meiner Rede vorgetragen: Im Kongo haben über 30 Jahre Massaker von einem wirklich unvorstellbaren Ausmaß stattgefunden. Diejenigen, die nicht getötet worden sind, sind gefoltert, verstümmelt und amputiert worden. Das hat es dort gegeben, und das ist dann erst durch Schriftsteller irgendwann aufgeklärt worden. Da hat mit Sicherheit nicht Herr Bismarck irgendeine Rolle gespielt und gesagt, oh, da habe ich aber damals einen Irrtum gehabt. Diese Rolle des Herrn Bismarck bewerte ich auch nur im Zusammenhang mit dem Kolonialismus, diese Rolle, die er beim Kolonialismus gehabt hat, ist unsäglich. Da mag es Dinge geben, die andere Menschen historisch anders bewerten, ich rede über seine Rolle beim Kolonialismus.

Ich habe jetzt ein paar Zitate gehört, die mich gewundert haben. Es gibt keinen längst überwundenen Kolonialismus, sondern der Kolonialismus wirkt weiter auf das Schrecklichste fort.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich habe sehr viele Kontakte zu Freunden in Afrika, in Togo oder Kamerun, die mir genau erzählen, was da fortwirkt und dass sie wirklich Rohstofflieferanten sind und nicht ernst genommen werden. Natürlich wirkt es fort, und natürlich gehören dazu – und das ist ein Grund, warum es diese Entschuldigung nicht gegeben hat! – auch Entschädigungen. Wenn jemand zu Schaden gekommen ist, wie alle Länder in Afrika, und zwar dauerhaft, dann haben wir eine Verantwortung als Rechtsnachfolger dieses Unrechts, das damals passiert ist, und da können wir nicht sagen, oh, zehn Millionen Euro sind uns jetzt aber ein bisschen viel. Da sind Leid und Elend in einem unvorstellbaren Maße passiert, da sind Milliarden und Billiarden verbrannt worden, und da hat man, verdammt noch mal, jetzt endlich Verantwortung dafür zu übernehmen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

und das auch von der Bundesregierung! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, es gibt viel zu reden über Menschen, die Straßen ihren Namen gegeben haben oder den Menschen, der diese Namen eines anderen Menschen Straßen gegeben hat, weil es immer wieder die Frage gibt, und das zu Recht, ist da eine Ehrung zu Recht oder zu Unrecht ausgesprochen worden. Wir haben das aber mit guten Gründen in die Hände die Beiräte gelegt, und dann müssen wir es auch aushalten, dass diese das entscheiden, auch wenn wir vielleicht mit der einen oder anderen Entscheidung nicht so sehr zufrieden sind und manches auch sehr trickreich finden, wie Herr Saxe es eben mit der Karl-Peters-Straße dargestellt hat. Aber es bleibt dabei: Wir Freien Demokraten halten es für eine richtige und wichtige Aufgabe der Beiräte zu entscheiden, welche Straßennamen sie vergeben, und wir enthalten uns an der Stelle mit wohlfeilen Vorschlägen.

Trotzdem finden wir es richtig, hier durch diesen Diskurs dazu beizutragen, dass darüber nachgedacht wird: Haben diese Menschen diese Ehre zu Recht, muss dort ein Schildchen hin, das besagt, was diese Person gemacht hat, oder muss man sagen, wie die Straße früher hieß? Es ist nämlich wichtig, die Erinnerungen nicht zu vergessen, sich damit auseinanderzusetzen, was Menschen hier in dieser Stadt gemacht haben und wen sie auch einmal für ehrenwert hielten; nicht, weil diese Ehre im Zweifel aufrechterhalten bleiben muss, aber weil das Wissen darüber und die eigene Geschichte aufrechterhalten werden muss, denn nur, wer sich an die eigene Geschichte erinnert, der weiß auch, sich Rechenschaft zu geben und kann in die Zukunft denken. Das ist auch eine Erkenntnis von Goethe, der sagt: „Wer sich nicht weiß, über 3 000 Jahre Rechenschaft zu geben...“. Insofern ist es eine Sache, dass wir eben überlegen, was wir tun, denn es gilt eben nicht, die Erinnerung zu tilgen, sondern gerade Erinnerung wachzuhalten.

Das ist auch so eine Sache, wo wir dann diskutieren, was mit Bismarck zu geschehen hat. Es war ja ein Grund, wenn ich es richtig erinnere, warum Bremer Kaufleute ein Bismarck-Denkmal so platziert haben, dass es direkt aus dem Zimmer des Bürgermeisters gesehen werden kann. Wenn die Ausführungen stimmen, an die ich dazu erinnere, war es so, dass man Werftaufträge für Bremen haben wollte und man den Kaiser, wenn er dann im Rathaus ist, natürlich aus dem Fenster sein Standbild zeigen wollte.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Was? Das wurde 20 Jahre nach seinem Tod aufgestellt!)

Ja, das weiß ich, aber das war die Idee einiger, die da sozusagen unterwegs waren! Insofern müssen wir doch überlegen, was hier damit getan werden sollte, nämlich Bismarck zu erinnern und eben auch die Frage zu stellen, welche Erinnerung haben wir hier an dieser Stelle, welche Verdienste hat er denn gehabt, und welche Verdienste hat er nicht gehabt, denn natürlich war er der Kanzler einer Zeit, die wir heute nicht zurückhaben wollen.

Wir wollen kein Kaiserreich. Wir wollen eine freie Demokratie haben und sein, und insofern müssen wir doch die Idee haben, hier zu diskutieren, welche Rolle dieser Mensch für uns in dieser Stadt, für Deutschland insgesamt hatte und welche Rolle er auch bei der Aufrüstung und der Gründung der deutschen Flotte gespielt hat, die auch hier in Bremen mit gefertigt wurde und wodurch daran erinnert werden sollte, was Herr Bismarck dort mit bewirkt hat.

An alle diese Dinge gilt es zu erinnern, und deswegen muss man dieses Denkmal, glaube ich, auch stehen lassen, aber genau kontextualisieren und überlegen, wie die Idee dahinter war, welche Ideen verfolgt wurden, welche Ideen dem Ganzen heutzutage folgen müssen und wie wir damit umgehen müssen.

Insofern, ich habe es schon getan: Wir Freien Demokraten beantragen eine getrennte Abstimmung, damit wir hier entsprechend differenziert vorgehen können. Wir werden einigen Punkten zustimmen, bei den anderen enthalten wir uns. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Saxe, ich will gar nicht die kleine Münze, mit der Sie hier versucht haben auszuteilen, wiederholen, sonst könnte ich fragen: Was hat denn der grüne Bundesaußenminister gemacht? Es ist ja nicht so, dass die Grünen in den letzten 25 Jahren nicht auch regiert hätten!

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Die haben nicht regiert, die waren nur an der Regierung beteiligt!)

Es ist wichtig, dass dieser Prozess mit Namibia stattfindet. Seit 2015 laufen Verhandlungen, sie sind jetzt im letzten Jahr coronabedingt nur noch digital, aber gerade bei so einem Thema ist natürlich der persönliche Austausch und Dialog wichtig gewesen. Die Bundesregierung hat diese ganzen Verhandlungen unter das Motto „Wunden heilen“ gestellt, und das finde ich sehr klug, und es geht um vieles, es geht vor allem um ganz vieles, was in die Zukunft gerichtet ist.

Das sind Stichworte, die ich einfach nur einmal vortragen will: Es wird eine Stiftung eingerichtet, es wird ein Konzept einer gemeinsamen Erinnerungskultur erarbeitet, die Schulbücher in beiden Ländern sollen überarbeitet werden, ein Jugendaustauschprogramm wird entwickelt, es gibt neben Entwicklungshilfe oder Hilfe für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen besonderen Fonds für Infrastrukturhilfe, bezahlbaren Wohnraum, Straßenbau, berufliche Bildung. Das sind alles Stichpunkte, die in die Zukunft junger Menschen und der Menschen in Namibia gehen, ohne dabei irgendwie die Vergangenheit zu leugnen.

Wenn Sie sich auch einmal anschauen wollen, wie mit Vergangenheit umgegangen wird – ich habe jetzt nicht die Zeit, das vorzutragen –, empfehle ich Ihnen, mit einer Suchmaschine die Säule von Cape Cross zu suchen und sich die Geschichte anzuschauen, das ist ein Teil, wie mit einem Exponat, das nach Berlin verbracht wurde, aber eine Bedeutung vor Ort hat, umgegangen wird.

Wir haben eigene Erfahrungen, zum Beispiel mit Beständen aus dem Übersee-Museum, und es ist beispielgebend, wie das Übersee-Museum mit seiner Geschichte umgeht, die nun exemplarisch für koloniales Denken ist. Wer sich dafür interessiert: Am 3. März um 19:00 Uhr wird der Kollege Bolayela mit Frau Professor Ahrndt, der Direktorin, dazu auch noch einmal reden, und wir werden in diesem Jahr eine Veranstaltung mit Ruprecht Polenz machen.

Wichtig ist, dass wir diese Verhandlungen mit Namibia mit Würde und auf Augenhöhe machen, dass auch nicht irgendjemand aus Deutschland kommt und sagt, was in Namibia gedacht werden soll. Das wissen die schon ganz allein, meine Damen und Herren. Genauso ist dann die Frage, was wir bei uns zu diskutieren haben. Ich halte Berlin für den richtigen Ort für einen solchen nationalen Ort des Gedenkens, ein Mahnmal. Ich weiß, dass Frau Dr. Kappert-Gonthier auch Bremen hier ins Spiel ge-

bracht hat, aber ehrlicherweise gehört das eindeutig nach Berlin, und es ist eine Aufgabe des Bundes, da sind wir uns vermutlich alle einig.

Ich halte es aber auch für richtig, dass es vielleicht eben auch Teil eines gemeinsamen Konzepts mit Namibia zum Beispiel ist, aber eben nicht nur Namibia. Deutschland hat an mehreren Orten auf der Welt koloniale Vergangenheit hinterlassen, die dann auch aufgearbeitet werden muss.

Ich weiß nicht, wie die FDP zu ihrem Punkt kommt, wir werden Ihrem Antrag insgesamt nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten und die Debatte weiter kritisch begleiten, kritisch auch deshalb, weil Sie wieder etwas machen, wovon ich Sie schon vor fünf Jahren gewarnt habe.

Die Deputation für Kultur ist jetzt der Adressat in sechs Monaten. Das Kulturressort hat noch mit anderen großen Baustellen zu tun, auch erinnerungspolitischer Art, die Arbeit wird aber zum Teil auch in der Landeszentrale für politische Bildung geleistet, die gar nicht an das Kulturressort angebunden ist. Es wäre gut gewesen, wenn Sie den Fehler nicht wiederholen, den Sie dazu in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich indem Sie Aufgaben verteilen ohne weitere Personalressourcen. Dieses Thema ist so arbeitsintensiv, dass auch die Landeszentrale, in deren Beirat ich zu der Zeit war, nicht gewusst hat, wie das eigentlich vernünftig aufgearbeitet werden kann. Wie gesagt, ich bin gespannt, was Sie in sechs Monaten präsentieren.

Ich sage Ihnen allerdings auch, immer nur so, ohne dass man vorher vielleicht einmal einen Dialog gesucht hat – und an uns gab es kein Gesprächsangebot von Ihnen –, werden Sie auch weiter, auch, was solche Anträge angeht, keine Gemeinsamkeit bekommen. Ich glaube, Sie sollten realisieren, dass man sich dann auch einmal gemeinsam im Parlament außerhalb von Frontalvorträgen bezüglich Ihrer Antragsberatung hätte unterhalten können. Die Chance haben Sie jetzt zum zweiten Mal verpasst. Das ist schade, ich hoffe, Sie sind lernfähig! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere, dass Herr Rohmeyer hier eher

den Beleidigten spielt und deswegen bei diesem Antrag nicht mitgehen möchte,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe CDU)

aber es wundert mich auch nicht so richtig, denn leider gibt es an dieser Stelle auch einige Differenzen.

Ich möchte noch einmal auf ein paar Punkte eingehen, die Herr Rohmeyer angesprochen hat! Sie haben sich irgendwie darüber lustig gemacht, dass wir in dem Antrag auch die Lehrpläne im bremischen Bildungssystem ansprechen. Ich habe das, ehrlich gesagt, nicht so richtig verstanden. Ich weiß nicht, ob es Ihnen um das Wort geht, also ob wir in dem Antrag eher vom Bildungsplan sprechen sollten als vom Lehrplan. Da würde ich Ihnen vielleicht sogar recht geben, dass das etwas präziser ist. Trotzdem kann man auf der Seite der Bildungsplanatorin auch deutlich lesen, dass dort der Bildungsplan, Lehrplan, für die verschiedenen Jahrgangsstufen, für die verschiedenen Jahrgänge aufgerufen werden kann. Da können Sie das alles nachlesen. Das heißt also, natürlich gibt es Lehrpläne, sogar in Bremen, und natürlich können wir deswegen auch in diesem Antrag sagen, dass wir gern in den Bildungsplänen das Thema koloniales Erbe, Kolonialgeschichte noch weiter vertiefen wollen.

Wenn man sich die Bildungspläne hier in Bremen anschaut, dann sieht man glücklicherweise auch, dass natürlich auch an verschiedenen Teilen schon das Thema Kolonialismus im Bildungsplan enthalten ist, und ich weiß das auch von vielen Lehrkräften, die auch spannende Projekte mit Schülerinnen und Schülern genau zu dieser Thematik initiieren. Trotzdem halten wir es für richtig, hier zu sagen, das, was es an Bremer Schulen bereits gibt, ist gut, aber wir können uns hier auch noch stärker bemühen, wir können das auch noch mehr intensivieren und an dieser Stelle weiter gehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wo wir, glaube ich, einfach nicht zusammenkommen, Herr Rohmeyer, ist bei der Rolle von Bismarck. Als ich noch einmal die einzelnen Beschlusspunkte des Antrags durchgegangen bin, war ich mir sicher, dass Sie einen Großteil Ihrer Redezeit genau für diesen Punkt verwenden werden, und das finde ich eigentlich schade,

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

weil ich finde, dass wir uns dann doch noch einmal stärker auch in Richtung der Opfer adressieren sollten. Sie haben es aber so gewollt, Sie sagen, Finger weg von Bismarck!

Ich finde, in diesem Antrag wird doch ein absolutes Minimum formuliert. Hier wird formuliert, dass man sich einmal kritisch damit auseinandersetzen sollte, was denn der Herr Bismarck für eine Rolle in der deutschen Kolonialzeit gespielt hat, und man kann diese Rolle eben nicht kleinreden, wenn wir von der sogenannten Kongokonferenz reden.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Da wurde doch Afrika unter den europäischen Großmächten aufgeteilt. Diese eklatanten Folgen sind noch heute zu spüren,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das hat doch mit Bismarck nichts zu tun!)

und das können wir nicht einfach negieren und wegre-den. Deswegen würde ich der CDU anraten, einmal eine kritische Auseinandersetzung über Bismarck innerhalb der CDU zu führen, ich glaube, das würde Ihnen helfen.

(Abgeordneter Rohmeyer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Strunge, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer zulassen?

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Nein, ich lasse gerade keine Nachfrage zu. Es tut mir leid, gerade nicht!

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Es tut Ihnen doch gar nicht leid! – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Jetzt ist er beleidigt! – Heiterkeit CDU)

Ein weiterer Punkt: Ich war sehr gespannt auf Ihre Ausführungen zu dem Thema, wie gerade der Dialog zwischen Deutschland und Namibia in Bezug auf die Entschuldigung der deutschen Bundesregierung ist, die eben immer noch aussteht. Ich hatte gedacht, dass Sie mir dazu jetzt irgendwie etwas berichten, was mir noch nicht bekannt war, damit ich verstehe, warum dieser Schritt an dieser Stelle noch nicht gegangen wurde. Da sind Sie aber leider sehr unklar geblieben. Ich glaube nicht, dass wir der namibischen Bevölkerung irgendetwas aufdrücken, wenn wir von unserer Seite fordern, dass

sich die Bremer Regierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass es endlich eine offizielle Entschuldigung für den Völkermord gibt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das können wir wirklich mit Fug und Recht fordern.

Warum das Ganze so problematisch ist, liegt doch eigentlich auch auf der Hand, auch wenn das heute keiner gesagt hat: Natürlich steht dann auch die Frage von Entschädigungszahlungen im Raum, das ist doch völlig klar, und ich kann für uns sagen, das ist auch richtig. Natürlich müssen wir uns auch mit dieser Frage auseinandersetzen, denn die Folgen des Landraubs, der an den Nama und Herero damals begangen wurde, spüren diese Menschen auch noch heute, denn die Mehrzahl dieser Menschen, über 80 Prozent, lebt in extremer Armut, weil ihnen ihr Land genommen wurde. Also auch da merkt man noch ganz konkret die Auswirkungen von damals auf heute, und damit müssen wir uns natürlich auch auseinandersetzen.

In diesem Sinne: Ich freue mich, wenn die FDP-Fraktion zumindest einigen Punkten zustimmen wird, und ich hoffe, dass wir den Dialog in dieser Stadt in dieser wichtigen Thematik weiter fortsetzen können, auch gern mit der CDU-Fraktion. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass Sie dieses Thema zu Ihrer eigenen Sache machen und dass es doch in vielen Teilen, zumindest in der Frage der Verantwortung, Überschneidungen gibt, denn das Thema ist zu ernst, als dass es zu einer Debattenposse verkommen darf oder kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn man sich mit der Geschichte unseres Landes, unserer Stadt, Zentraleuropas auseinandersetzt, dann wissen wir ganz genau, dass wir nicht umhinkommen, uns der Verantwortung gegenüber den Fragen des Kolonialismus zu stellen, und es ist immer wieder gut, wenn wir mehr Bündnispartner gewinnen, aufzuarbeiten, uns darüber auseinanderzusetzen, auch zu gedenken, auch zu ermahnen.

Auch das ist richtig, meine Damen und Herren, und ich freue mich, dass dieser Antrag nicht nur eine Adressierung an das Kulturressort ist, sondern an viele andere gesellschaftliche Bereiche. Ob es Beiräte als unmittelbare Vertretung der Politik in der Gesellschaft sind, in den Stadtteilen die sozialen Gruppen, die sich um diese Themenkreise schalten, ob die Wissenschaft, ob die Bildung tangiert ist, alle sind betroffen, natürlich auch die Wirtschaft. Alle sind betroffen.

Jeder mag für sich entscheiden, ob die Geschichte so weit weg ist, dass er oder sie oder jeder sagt, ich trage keine Verantwortung. Ich bin der festen Überzeugung, wir tragen alle Verantwortung für ein menschenwürdiges Gemeinwesen, für Respekt voreinander und für ein Miteinander, das von der Erkenntnis getragen ist, dass Menschen Fehler machen können, aber Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch nichts zu rechtfertigen sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen für unser Haus, das Kulturressort, zusagen, dass wir wie bisher alles daransetzen werden, auch mit Ihnen gemeinsam Strategien zu erarbeiten, wie wir aufeinander zugehen, wie wir eine Gedenkkultur auch gut unterstützen, aber Gedenkkultur ist nicht das Einzige, was wir diesem Prozess abverlangen sollten. Gedenken ist das eine, zu handeln ist das andere.

Für mich befindet sich die politische Aufgabe, die Sie definiert haben, in dem Spannungsfeld besonders zweier Beiträge, wenn ich das offen sagen darf, nämlich dem Beitrag von Ralph Saxe, dem Initiator dieses Antrags, dem ich wie immer sehr dankbar bin, dass er dieses Thema hochhält und sich einsetzt und dafür kämpft, wie es seine Art ist zu arbeiten, nachdrücklich und mit einer Haltung, und es befindet sich in dem Spannungsfeld, was Elombo Bolayela auch gemacht hat als derjenige, der die unmittelbarste Erfahrung mit den Prozessen, die wir alle als unsere Herausforderung beschreiben, zu tun hat.

Es ist bemerkenswert, dass wir in einer Zeit miteinander debattieren, in der das, was wir als sicher angenommen haben, infrage steht, nämlich die Werthaltung zu unserem Grundgesetz. Wir können das Grundgesetz infrage stellen, aber der Schutz der Menschenrechte ist unverzichtbar, und wenn ein Abgeordneter, aus Afrika stammend, und eine ganze Gesellschaft uns auf den Wert einer solchen Verfassung hinweisen muss, sind wir an einem

Punkt angelangt, der ernst ist. Er verträgt keine Nickeligkeiten, er verträgt keinen Wettbewerb um Eifer, um Rhetorik oder um Besonderheiten, ein solcher Wettbewerb muss ernst genommen werden in dem Sinne, dass wir sagen, das eine ist, dass wir gedenken, das andere ist, dass wir respektieren.

Das Nächste ist, dass wir mit anderen umgehen und aus diesem Umgang gelernt haben, auf Augenhöhe – nicht nur mit politischen Funktionären, die verhandeln, nicht nur mit Menschen, die Funktionen haben, sondern mit jedem einzelnen Menschen auf der Straße – zu sprechen, und das sollten wir nicht vergessen.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass diese von Respekt getragene Debatte weitergeht. Wir werden gern mit unseren Kollegen der anderen Ressorts, die beteiligt sind, unsere Aufgabe wahrnehmen, und ich danke Ihnen für diese Initiative. Wir nehmen sie sehr ernst, und wir unterstreichen damit auch unsere Haltung gegenüber Fragen von Kolonialismus und Rassismus. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Wer den Ziffern 1, 3, 5, 9 und 11 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1, 3, 5, 9 und 11 zu.

Nun lasse ich über die Ziffern 2, 4, 6 bis 8 und 10 abstimmen.

Wer den Ziffern 2, 4, 6 bis 8 und 10 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 2, 4, 6 bis 8 und 10 zu.

Mögliche Coronahilfsgelder für den Hans-Koschnick-Flughafen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)

vom 15. Februar 2021

(Drucksache [20/407 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Claudia Schilling.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Peter Beck.

Abgeordneter Peter Beck (LKR): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zu meinem Antrag „Mögliche Coronahilfsgelder für den Hans-Koschnick-Flughafen“! Mehr als eine Milliarde Euro sollen als Coronaausgleich an deutsche Flughäfen fließen. Der Bund will die Hilfen auf die größten Airports konzentrieren. Profitieren soll auch Bremen, Quelle: „Weser-Kurier“ Bremen.

Als Liberal-Konservativer Reformier begrüße ich diese Überlegungen, gebe allerdings zu bedenken, dass mögliche Coronawirtschaftshilfen eng an Wirtschaftlichkeit möglicher und begünstigter Flughäfen gekoppelt werden müssen. Es kann und darf allerdings nicht sein, dass Coronawirtschaftshilfen für Flughäfen ausgeschüttet werden, welche schon vor Beginn der Coronapandemie lange Zeit tief in den roten Zahlen steckten. Mögliche Coronahilfsgelder für unwirtschaftliche Flughäfen würden deren Insolvenz nur hinauszögern und schlussendlich nicht verhindern. Zu diesen Flughäfen zählt auch der Bremer Flughafen.

Der Bremer Flughafen spielt aufgrund seiner geringen Passagierzahlen bundesweit keine große Rolle,

soll jetzt aber mittels Coronahilfsgeldern weiter künstlich subventioniert werden. Dagegen spreche ich mich als Abgeordneter der LKR aus, und zwar deshalb, weil auch mit diesen möglichen und zu erwartenden Coronahilfsgeldern kein Strukturwandel für unseren Flughafen stattfinden wird.

Rein wirtschaftlich und finanziell gesehen sollte der Hans-Koschnick-Flughafen aus meiner Sicht zu einem reinen Cargoflughafen umstrukturiert werden, damit Teile des Flughafens der Bremer Wirtschaft weiterhin zur Verfügung stehen. Bremer und Bremerinnen weichen aufgrund der besseren Flugangebote und Flugverbindungen bereits seit langem auf die Flughäfen Hamburg und Hannover aus.

Diese Coronapandemie sollte auch in Bremen als Chance genutzt werden, um sich von altem Ballast zu befreien und die Chancen von wichtigen wirtschaftlichen Umstrukturierungen nicht zu verschlafen. Nur durch eine wirtschaftliche Neuausrichtung des Bremer Flughafens könnten Arbeitsplätze, wie zum Beispiel für Fluglotsen, Boden- und Sicherheitspersonal, in der Flugverkehrsbranche langfristig gesichert werden. Coronahilfsgelder dürfen bei wirtschaftlichem Missmanagement nicht zu willkürlichen Wirtschaftshilfen verkommen.

Deshalb ist meine Beschlussempfehlung: „Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die Vergabe von Coronahilfsgeldern an den Bremer Flughafen erst in Verbindung mit nachvollziehbaren und geprüften wirtschaftlichen Neustrukturierungsmaßnahmen anzustoßen.“ Leider ist heute wieder einmal nicht der sogenannte Raum- und Luftfahrtexperte der Gruppe M.R.F. anwesend, ansonsten hätte es mich sehr interessiert, was Herr Magnitz dazu zu sagen gehabt hätte, aber vielleicht holt Herr Felgenträger das ja nun noch nach. – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, Herr Präsident!

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Beck, ich habe die Freude, heute für alle demokratischen Parteien hier zu Ihrem Antrag zu sprechen, und dank Ihres Antrags und Ihres Austritts bei der AfD habe ich mich übrigens zum ersten Mal mit Ihrer neuen Partei, der LKR, beschäftigt. Das steht ja für Liberal-Konservative Reformer,

und laut Homepage habe man ein klares wirtschaftliches Profil, das den Wettbewerb und die Marktwirtschaft in den Mittelpunkt stelle. Objektiv gesehen ist das ja vielleicht eine legitime Position, von den eigenen Ideen ist allerdings sehr wenig zu finden. Sie schreiben zum Beispiel „make Germany fit again“. Das ist ein leicht abgewandelter und uns allen bekannter Spruch eines gerade krachend gescheiterten Präsidenten aus Übersee, und ob das ein so gutes Vorbild ist, sei einmal dahingestellt.

(Beifall FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Fakt ist, dass Sie mit Ihrem Antrag jedenfalls dem angeblich wirtschaftlichen Profil total widersprechen. Herr Beck, mit der Realität oder dem Verständnis von Wirtschaft und Bremen hat Ihr Antrag jedenfalls wenig zu tun, und daher möchte ich meine Zeit hier dazu nutzen, Ihnen gern einmal die Stadt Bremen mit dem wunderschönen Flughafen vorzustellen!

Bremen rangiert gemessen am Umsatz auf Platz sechs unter den größten deutschen Industriestandorten. Wir brillieren in diversen Branchen: Nahrungsmittelindustrie, Schifffahrt, Stahlerzeugung, Automotive, und nicht zu vergessen, wir sind in Europa einer der wichtigsten Luft- und Raumfahrtstandorte. Die Bremer Betriebe haben eine starke Exportorientierung, und genau deshalb ist Bremen mit der Weltwirtschaft so eng verflochten. Wir, das kleinste Bundesland, haben eben eine enorme Wirtschaftsleistung, und wir dürfen stolz darauf sein, so viele Hidden Champions, die kleinen und mittelständischen Unternehmen und natürlich auch unsere großen Marken hier in Bremen zu wissen.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Airbus, ArcelorMittal, Mercedes, OHB, Vector Foiltec, SIKORA AG, Lürssen und viele mehr stellen für Bremen das Tor zur Welt, und der Erfolg der Unternehmen ist auch abhängig von internationalen Kooperations- und Absatzbeziehungen und den herausragenden Standortfaktoren. Dazu gehört ohne jeden Zweifel auch der Bremer Airport.

Der Bremer Airport ist eine Lebensader Bremens wie die Weser, und vor dem wirtschaftlichen Hintergrund ist es kein Wunder, dass sich der Airport zu einem systemrelevanten Partner der Region entwickelt hat. Innovative Unternehmen, Forschungseinrichtungen und selbstverständlich die Bremerinnen und Bremer sowie alle aus dem Umland

brauchen einen starken, hoch frequentierten Flughafen.

Vor der Krise bot der Bremer Flughafen 30 Non-stop-Ziele für 2,3 Millionen Passagiere. Er ist damit nicht nur wirtschaftlich systemrelevant, sondern eben auch gesellschaftlich. Viele besuchen ihre Familien in den Heimatländern, pflegen internationale Freundschaften und genießen die Freuden eines Erholungsurlaubs. Mit dem Anschluss an viele nationale und internationale Drehkreuze ist der Bremer Flughafen auch für Geschäftsreisende das Tor zur Welt. Der Airport selbst bietet 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 20 Nationen eine Existenz, und das zeigt die Vielfältigkeit unserer Stadt, auf die wir hier wirklich stolz sein dürfen.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Airport-Stadt hat sich übrigens auch zu einem stattlichen Gewerbezentrum entwickelt: 16 500 Menschen arbeiten in über 500 Unternehmen, und wie ein eigener kleiner Stadtteil lebt die Airport-Stadt mit Gastronomie, Hotellerie und schönen grünen Aufenthaltsmöglichkeiten. Die Nähe zur Innenstadt in elf Minuten mit der Straßenbahn ist wohl weltweit einzigartig, und dass der Bremer Flughafen – wie übrigens alle Flughäfen – im Coronajahr 2020 Probleme erfahren hat, löst keine Verwunderung aus. Ja, es hat ihn hart getroffen, 74,2 Prozent weniger Passagiere tun weh, aber angesichts der weltweiten Pandemie ist das nicht verwunderlich. Immerhin konnte bei den geflogenen Frachtgütern ein Rekordumschlag erzielt werden.

Ein herber Verlust für den Flughafen ist, dass die Lufthansa sich jetzt leider doch entschlossen hat, ihre Flugschule in Bremen zu schließen, das hätten wir uns sicher alle anders gewünscht. Der Bund hat erfreulicherweise die Brisanz und Bedrohung regionaler Flughäfen durch die Coronapandemie begriffen und ein Hilfsprogramm aufgelegt. Der Bremer Senat hat sogar das Bekenntnis abgegeben, dass selbst, wenn diese Hilfen nicht reichen würden, er den Flughafen durch die Gelder aus dem Bremen-Fonds unterstützen wird, und das ist auch richtig so.

Jetzt kommen Sie, Herr Beck, nämlich mit der Idee, den Flughafen für den Passagierverkehr zu schließen und nur noch Frachtflüge zuzulassen

(Abgeordneter Peter Beck [LKR]: Das habe ich nicht gesagt!)

und somit übrigens auch die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Straße zu setzen.

Ich muss Ihnen sagen, Sie verkennen die Tragweite unseres Bremer Flughafens, Sie sehen nicht, was alles daran hängt, dass unsere Wirtschaft auf den Flughafen angewiesen ist und ihre Belegschaft, und vor dem Hintergrund des volkswirtschaftlichen Profils Ihrer Partei wundert mich, dass Sie diese einfachen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hier einfach gar nicht verstehen wollen.

(Zuruf Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Für uns, die demokratischen Parteien, steht fest, wir haben politisch sicher auch unterschiedliche Vorstellungen, wie sich der Flughafen Bremen im Detail in Zukunft entwickeln soll und welche Schwerpunkte hier gesetzt werden, aber für uns alle gehört der Bremer Flughafen zu Bremen, und deshalb werden wir den Antrag aus voller Überzeugung ablehnen. – Danke!

(Beifall FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 15 vom 19. Februar 2021 (Drucksache [20/411 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angekommen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:03 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 23. Februar 2021

Anfrage 6: Drogenabhängige Menschen im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der Menschen, die sich regelmäßig am Bahnhof aufhalten, werden der Gruppe der Drogenabhängigen zugezählt, und an welchen Orten konsumieren sie für gewöhnlich ihre Drogen?
2. Wie hat sich die Nutzung des Drogenkonsumraums in der Friedrich-Rauers-Straße seit der Öffnung entwickelt?
3. Welche Gründe führen dazu, dass die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer nicht schneller wächst?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Anzahl der drogenabhängigen Menschen, die sich regelmäßig rund um den Hauptbahnhof aufhalten, ist schwer zu schätzen. Bei den Nutzerinnen und Nutzern der Angebote des Café Papagei beträgt der Anteil an Drogenabhängigen circa 30 Prozent, die Angebote am Wärmebus nutzen zu circa 50 Prozent Drogenkonsumierende.

Durch die Coronapandemie hat sich die Situation vieler Drogenabhängiger deutlich verschlechtert. Durch die Hygienebestimmungen aufgrund der Coronapandemie ist die Aufenthaltskapazität in den Tagesaufenthalten des Kontakt- und Beratungszentrums und des Café Papagei deutlich beschränkt und zeitlich limitiert. Daher halten sich mehr Menschen im öffentlichen Bereich rund um den Hauptbahnhof auf, wobei die Dauer und Häufigkeit sehr variiert. Da sich im Bahnhofsumfeld verschiedene Angebote der Drogenhilfe befinden, müssen auch viele Nutzerinnen/Nutzer den Bahnhofsbereich passieren, um dorthin zu gelangen. Vom Aufenthalt lässt sich jedoch nicht direkt auf öffentlichen Drogenkonsum schließen.

Die Orte des Drogenkonsums sind abhängig von der Nähe zum Drogenhandel und den sich überall ergebenden Möglichkeiten eines störungsfreien Konsums. Die Beschwerdelage und Erkenntnisse der Behörden zeigte beispielsweise nachfolgende Konsumplätze auf: Wallanlagen, zwischen Bürgermeisterin-Mevissen-Weg und Herdentorsteinweg, Auf der Brake, Auf der Brücke über dem Gustav-Deetjen-Tunnel, im Nelson-Mandela-Park, Am Bahnhof hinter der ehemaligen Bundesbahnkantine, beim Handelsmuseum, in Gebäuden und Parkhäusern im Bahnhofsumfeld. Durch Polizeipräsenz werden die Konsumentinnen/Konsumenten angehalten, sich in Richtung Drogenkonsumraum zu orientieren. Der Ausbau des Drogenkonsumraums ist auch erforderlich, um andere Quartiere zu entlasten.

Zu Frage 2: Der Drogenkonsumraum wird mehr und mehr von Drogenkonsumentinnen/Drogenkonsumenten genutzt, die die Substanzen häufig intravenös injizieren. Im Januar nutzten 101 Personen mit insgesamt 666 Konsumvorgängen den Drogenkonsumraum, 95 Prozent davon konsumierten Heroin, Kokain oder beides zusammen. Viele Nutzerinnen/Nutzer lassen sich im Verlauf zur Risikominderung beim Drogenkonsum, zur Konsumreduktion oder zu weiterführenden Hilfen beraten. In der Folge kam es schon zu Vermittlungen in eine stationäre Entgiftungsbehandlung, in Substitutionsbehandlungen beziehungsweise zur Anbindung in eine längerfristige Beratung in der Drogenberatung sowie zu Notfallvermittlungen in Entgiftung und Weitervermittlungen in andere Einrichtungen. Die gesundheitlichen und drogentherapeutischen Ziele werden somit gut erreicht.

Crackuserinnen und -user, die in sehr vielen und kurzen Zyklen inhalativ konsumieren und daher besonders eng an den Aufenthalt der Dealer gebunden sind, werden durch die Drogenkonsumcontainer bisher nicht gut erreicht (sechs bis acht Prozent). Sie gehören zu einer auch in anderen Städten sehr schwer vom Hilffsystem erreichten Zielgruppe. Für Crack steht bisher kein Substitut zur Verfügung. Hier ist vor allem aufsuchende Sozialarbeit wichtig, um Betroffene im passenden Moment anzusprechen und den Zugang zu Hilfsangeboten anbahnen zu können.

Zu Frage 3: Erfahrungsgemäß dauert es, bis sich eine solche Einrichtung etabliert. Bei einigen

Konsumentinnen/Konsumenten besteht die Sorge, dass sie von der Polizei in unmittelbarer Nähe oder vor Ort kontrolliert werden könnten, oder sie können sich erst nach und nach darauf einlassen, im Beisein von Betreuungspersonal zu konsumieren. Diese Vorbehalte gilt es abzubauen. Durch die Vergabe von Warmgetränken und Snacks wird die Nutzung der Container zusätzlich attraktiver gemacht. Streetworkerinnen/Streetworker und Polizei unterstützen bei ihrer Arbeit den Umorientierungsprozess der Drogenszene hinsichtlich der Nutzung der Drogenkonsumcontainer.

Die Nutzungsmöglichkeiten und räumlichen Aufnahmekapazitäten der Drogenkonsumcontainer sind jedoch noch nicht ausreichend, um größeren Personengruppen einen längeren Aufenthalt über den Drogenkonsum hinaus zu bieten. Ein Tagesaufenthalt ist dort noch nicht möglich, es gibt nur einen kleinen Aufenthaltsbereich im Außengelände. Erst der geplante integrierte Drogenkonsumraum mit Tagesaufenthalt, Essensangebot und den psychosozialen und medizinischen Angeboten des Kontakt- und Beratungszentrums wird die räumliche Aufnahmekapazität haben, um die Drogenszene im Innenstadtbereich umfänglich dorthin zu orientieren. Ein tolerierter Aufenthaltsbereich im Außenbereich vor dem Drogenkonsumraum kann die Kapazität weiter erhöhen und ist in den meisten Drogenkonsumräumen in Deutschland üblich.

Die enge Kooperation zwischen der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und dem Senator für Inneres – Sicherheitspartnerschaft Bremer Hauptbahnhof – gilt es fortzusetzen, um die Nutzung der Drogenkonsumcontainer zu verbessern und um Bereiche außerhalb des Drogenkonsumraums für Konsumentinnen/Konsumenten unattraktiv zu machen. Die Polizei befindet sich im engen Austausch mit den Anrainern am Bahnhof, um Sicherungsmaßnahmen zu besprechen und die Kooperation zu verbessern.

Anfrage 7: Carsharing: Wann und wie geht es in Huchting weiter?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Anzahl der Carsharingangebote im Stadtteil Huchting?

2. Wie ist der Sachstand des für den Bereich der Flämischen Straße angekündigten Carsharingangebots?

3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, auch im Bereich des Ortsteils Grolland entsprechende Carsharingangebote zu etablieren, und kommt dafür auch die Park-and-ride-Anlage an der Haltestelle Norderländer Straße in Betracht?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In Huchting gibt es derzeit zwei Carsharingstationen: eine auf dem Grundstück des Roland-Centers mit zwei Fahrzeugen des Anbieters cambio sowie eine Station im öffentlichen Straßenraum – ein sogenanntes mobil.pünktchen – an der Kötnerweide, ebenfalls mit zwei Fahrzeugen von cambio. Das Angebot ist derzeit angemessen an der Nachfrage vor Ort, um das Carsharingangebot wirtschaftlich betreiben zu können.

Zu Frage 2: Es ist vorgesehen, im Rahmen des Ausbaus der Straßenbahnlinie 1 im Bereich der Flämischen Straße ein mobil.pünktchen einzurichten. Dies ist vom Zeitplan des Straßenbahnausbaus abhängig. Zusätzlich dazu gibt es Überlegungen des Anbieters cambio, in diesem Umfeld 2021/2022 Stellplätze auf privatem Grund anzumieten.

Zu Frage 3: Grolland ist aufgrund der geringeren Bewohner- und Gewerbedichte ein Bereich, in dem der wirtschaftliche Betrieb eines Carsharingangebots für Anbieter eine große Herausforderung darstellt. Grundsätzlich schließt der Anbieter cambio jedoch nicht aus, ein Angebot in Grolland zu etablieren. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage ist jedoch nicht zu erwarten, dass vor 2022/2023 an dieser Stelle ein Angebot eingeführt werden kann. Absichten weiterer Bremer Carsharinganbieter, in Grolland aktiv zu werden, sind nicht bekannt.

Die Park-and-ride-Anlage ist aufgrund der Erreichbarkeit ungeeignet für die Einrichtung einer Carsharingstation. Besser geeignet sind Straßen beziehungsweise Standorte im Quartier, die gut beleuchtet, bequem und sicher zu Fuß zu erreichen und näher am Gewerbe angesiedelt sind, wie zum Beispiel in der Brakkämpe oder in der Norderländer Straße.

Anfrage 8: Ist die „Nette Toilette“ auch nett zu Obdachlosen?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 26. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Anzahl an öffentlichen Toiletten beziehungsweise sogenannten „Netten Toiletten“ seit 2010 verändert – bitte in Fünfjahresritten und getrennt nach öffentliche Toilette/„Nette Toilette“ angeben –?
2. Wie gestaltet sich die regionale und tageszeitliche Verfügbarkeit der öffentlich zugänglichen Toiletten?
3. Sind dem Senat Berichte bekannt, dass Obdachlose abgewiesen werden, wenn sie eine „Nette Toilette“ benutzen wollen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: 2010 gab es in Bremen 80 „Nette Toiletten“. 2015 waren es 110 „Nette Toiletten“, und 2020 gab es 100 „Nette Toiletten“. Zu den öffentlichen Toiletten, die von der Bremer Stadtreinigung betrieben werden, gehören zwei Containertoiletten, die an der Schlachte und am Hauptbahnhof stehen, eine Behindertentoilette in der Katharinenstraße, ein Urinal in der Heleenstraße sowie eine Toilettenanlage in der Markthalle 8 am Domshof. Die Anzahl dieser Toiletten ist seit 2010 konstant geblieben. Des Weiteren werden drei Dixitoiletten am Stadtwerder, Am Krähenberg und im Buntentorsteinweg betrieben.

Weitere öffentlich zugängliche Toiletten werden durch Immobilien Bremen, die BREPARK GmbH und das Sportamt vorgehalten. Auf den Friedhofsanlagen unterhält zudem der Umweltbetrieb Toilettenanlagen. Insgesamt sind dies circa 31 Toilettenanlagen.

Zu Frage 2: Ziel der „Netten Toilette“ ist die Bereitstellung von zusätzlichen öffentlich nutzbaren Toiletten insbesondere in den durch Touristen und Einkaufende stark frequentierten Bereichen wie der Innenstadt, Vegesack und Findorff. Zudem finden sich auch in den Naherholungsgebieten der Stadt einzelne „Nette Toiletten“. Im Konzept Nette Toiletten Bremen werden sowohl aus dem Einzelhandel als auch aus dem Gastronomiebereich Betreiber gewonnen. Diese

Rahmenbedingung erlaubt ein großes Fenster an Öffnungszeiten von 9:00 bis 24:00 Uhr. Eine Übersichtskarte der „Netten Toiletten“ wird auf der Internetseite der Bremer Stadtreinigung bereitgestellt ([nette Toiletten in Bremen – Google My Maps](#)). Die öffentlichen Toiletten der DBS sind ganztätig geöffnet mit Ausnahme der Anlage am Domshof, die nachts geschlossen ist.

Aktuell ist die Verfügbarkeit der „Netten Toiletten“ sowie der öffentlichen Toiletten aufgrund der Coronapandemie eingeschränkt. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport arbeiten derzeit an einem Konzept zur Verbesserung des Angebotes unter Coronabedingungen, bei dem auch die Problematik der Verfügbarkeit für Obdachlose berücksichtigt wird. Unter anderem wurde die BREPARK angewiesen, die Toiletten in den Parkhäusern wieder zu öffnen, die aufgrund der Coronapandemie zwischenzeitlich geschlossen wurden. Zudem hat die DBS einen zusätzlichen behindertengerechten Sanitärcontainer auf dem Hanseatenhof aufgestellt. Für einen weiteren Container wird noch ein geeigneter Aufstellplatz gesucht.

Zu Frage 3: Es ist darauf hinzuweisen, dass die Betreiber der „Netten Toilette“ bei der Benutzung ihr Hausrecht ausüben. So kann es sein, dass es durchaus Einzelfälle des Abweisens gibt. Es ist zudem bekannt, dass die „Nette Toilette“ von Obdachlosen in der Regel nicht genutzt wird. Haben Obdachlose die Erfahrung gemacht, nicht erwünscht zu sein, suchen sie diese „Netten Toiletten“ nicht erneut auf. Zu der Frage, ob Obdachlose abgewiesen wurden, liegen keine Zahlen vor. 2020 sind hierzu keine Beschwerden bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport oder bei der Bremer Stadtreinigung (DBS) eingegangen.

Anfrage 9: Erweiterungsbau der Hochschule Bremen noch klimafreundlicher gestalten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, den geplanten Erweiterungsbau der Hochschule Bremen an der Großen Johannisstraße noch klimafreundlicher als bisher geplant zu gestalten?

2. Inwiefern wäre es aus Sicht des Senats sinnvoll und machbar, nachwachsende beziehungsweise wiederverwendbare Rohstoffe, wie zum Beispiel durch Holzbauweise und entsprechende Fassadenbekleidung, für die Erstellung des Gebäudes zu nutzen, um dieses möglichst klimafreundlich und nachhaltig zu bauen?

3. Welche positiven Effekte und wirksamen Beiträge zur Klimaanpassung könnten aus Sicht des Senats durch Fassadenbegrünung beziehungsweise vertikale Gärten anstelle einer dunkel gefärbten Außenfassade aus in der Herstellung sehr energieintensivem Aluminium für das Mikroklima in Gebäudenähe erzeugt werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Hochschule Bremen verfolgt ihre selbst gesetzten Klima- und Nachhaltigkeitsziele in Lehre und Forschung, sie ist Impulsgeberin in vielen strategischen Projekten und handelt damit konform zu der Klimaschutzstrategie des Landes Bremen. Bauvorhaben wie das in der Frage benannte Hochschulgebäude werden im Zuge der Umsetzung daher regelmäßig auf ihre Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit überprüft.

Aufgrund hoher Schadstoffbelastungen ist das bestehende Hochschulgebäude aus den Sechzigerjahren an der Großen Johannisstraße bis auf die Tragkonstruktion entkernt worden und wird entsprechend seiner ursprünglichen Nutzung nach aktuellen Anforderungen für Lehre und Forschung im ursprünglichen Baukörper wiederhergestellt.

Das Einpassen der hochinstallierten Labore und weiterer technischer Einrichtungen für die nutzenden Bereiche Bionik, Schiff- und Maschinenbau in die bestehende Betonkonstruktion und der damit mögliche grundsätzliche Erhalt des Baukörpers und seine Überleitung in eine Folge-nutzung ist eine beachtliche Ingenieursleistung und im Ergebnis des Planungsprozesses ein sehr nachhaltiges Verfahren, das den beschlossenen Klimaanforderungen im hohen Maße entspricht. Auch die gewählte Hohldeckenbauweise für die Büro-, Besprechungs- und Seminarräume, die auf einen sparsamen Materialeinsatz und eine ressourceneffiziente Bauweise im Rahmen des Ergänzungsbaus ausgerichtet ist, entspricht in ihrer Wirksamkeit diesen Anforderungen.

Die Gestaltung der Fassade wurde im vorgegebenen Wettbewerbsverfahren zur Qualifizierung der Baugestaltung definiert und musste unter anderem auch unter statischen Gesichtspunkten in einer sehr leichten Bauweise hergestellt werden. Insbesondere ihre lange Lebensdauer und eine Wiederverwendung durch ein stoffliches Recycling gewährleisten eine positive CO₂-Bilanzierung über den Lebenszyklus hinaus. Die gewählten Materialien der Fassade sind daher geeignet, dem Anspruch auf Nachhaltigkeit nach den dazu in Bremen geltenden Vorgaben und den Zielsetzungen der Energierichtlinie Bremen gerecht zu werden. Diesbezüglich läuft zurzeit ein Abstimmungsprozess zwischen der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Mit den beschriebenen Maßnahmen sieht der Senat die Möglichkeiten ausgeschöpft, den Erweiterungsbau noch klimafreundlicher zu gestalten.

Zu Frage 2: Die Tragstruktur des Bestandsgebäudes besteht aus einem Stahlbetonskelettbau. Die gleichmäßige Rasterung des Skelettbaus spiegelt sich zudem in der Fassade wieder. Um mit dem Erweiterungsbau eine Einheit, insbesondere in der Fassade, zu schaffen, wurde der Skelettbau aus dem Bestand auf den Neubau adaptiert.

Der Ausführung des Erweiterungsneubaus in Holzbauweise sind unter anderem durch sehr hohe Sicherheitsanforderungen im Brandschutz Grenzen gesetzt. Besonders in der direkten Anbindung zum Bestandsgebäude würde dies Brandschutzprobleme hervorrufen, sodass der Stahlbetonskelettbau als wirtschaftlichste Lösung gesehen wird. Im Innenausbau sind der flächendeckende Einbau von Holzwolle-Akustikdeckenbekleidungen und akustischer Wandbekleidungen aus Holz vorgesehen.

Zu Frage 3: Die schützenswerten Bestandsbäume vor dem Kopf- und Riegelbau werden erhalten. Die erforderlichen Maßnahmen werden im weiteren Planungsverlauf mit der für die Grünordnung zuständigen Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau abgestimmt. Vor dem FS-Gebäude werden sechs Säulenspitzahorne gepflanzt. Dieser Baum ist besonders wind- und stadtklimafest und zeichnet sich als Bienennährgehölz aus. Zur Fassadenbegrünung werden sowohl an der Ost- als auch an der West- und Süd-

seite des FS-Gebäudes rankende Pflanzen eingesetzt. Eine bauseitige Seilkonstruktion dient als Kletterhilfe. Es wird eine intensive Dachbegrünung vorgenommen. Darüber hinaus trägt die solare Nutzung der Dachflächen für Forschung zum Klimaschutz bei.

Im Innenausbau ist der flächendeckende Einbau von Holzwole-Akustikdeckenbekleidungen und von akustischen Wandbekleidungen aus Holz vorgesehen, was erwarten lässt, dass durch diese ressourcensparende und klimafreundliche Bauweise entsprechende Effekte erzielt werden können.

Die Hochschule wird durch den Aufbau einer Musterfassade die Ergebnisse der Planung analog zu einem Reallabor noch einmal vor Ausführung überprüfen und weiter optimieren. Das schließt die Farbgestaltung, die thermischen Untersuchungen und eine weitere Vereinfachung der Fassadenkonstruktion zur Reduzierung des Materialeinsatzes ein. Im Ergebnis soll eine Fassade eingesetzt werden, die zusammen mit der geplanten Fassadenbegrünung für positive Effekte auf das Mikroklima, auf den Hochschulcampus und in der Großen Johannisstraße sorgt.

Anfrage 10: Selbsthilfegruppen und Seniorintentreffs/Seniorentreffs

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 2. Februar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie schätzt der Senat die Situation von Menschen ein, etwa Suchtgefährdeten, psychisch Kranken, aber auch älteren Menschen, die auf die Hilfe und Unterstützung durch Selbsthilfegruppen und Seniorintentreffs/Seniorentreffs angewiesen sind, welche aber aufgrund der Coronapandemie sich über Wochen und Monate nicht treffen können?

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, unter Hygienebedingungen Treffen von Selbsthilfegruppen und Seniorintentreffs/Seniorentreffs zu ermöglichen?

3. Welche Unterstützungsmöglichkeiten, um Hygienekonzepte zu entwickeln und umzusetzen, könnten in diesem Fall Selbsthilfegruppen und Seniorintentreffs/Seniorentreffs angeboten werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Psychische und suchtkranke Menschen sind besonders von den psychosozialen Auswirkungen der Coronapandemie betroffen. Sie verfügen häufig über keine oder nur eingeschränkte Kompensationsmöglichkeiten, um mit den Einschränkungen der Kontaktmöglichkeiten umzugehen.

Wissenschaftliche Erhebungen und Erfahrungen in der Alltagspraxis weisen darauf hin, dass der mit der Coronapandemie verbundene Stress Suchtverhalten und riskanten Suchtmittelkonsum in der Bevölkerung allgemein gefördert hat und weiterhin fördert. Ebenso sind vermehrt Rückfälle bei bereits von Suchtmitteln abstinent lebenden Menschen zu beobachten. Ähnliche Phänomene lassen sich auch im Psychrietriebereich feststellen. Isolation durch Kontakteinschränkungen und Angst vor einer Coronainfektion führen langfristig zu einer Verstärkung depressiver Symptome, ein Anstieg der Suizidrate kann auf lange Sicht nicht ausgeschlossen werden.

In der kommunalen Selbsthilfeförderung im Gesundheitsamt ist eine Vielzahl von Anrufen zum Thema der Selbsthilfe in Pandemiezeiten eingegangen, insbesondere von Selbsthilfegruppen zum Thema psychische Erkrankungen oder Suchterkrankung beziehungsweise Suchtgefährdung. Durch die häufig prekäre Lebenssituation der Betroffenen bilden Selbsthilfegruppen einen wichtigen Bezugsrahmen der Stabilität. Dieser ist durch die gegenwärtige Situation für viele stark eingeschränkt oder ganz weggebrochen. Auch viele ältere Menschen fühlen sich isoliert. Vereinsamung und Isolation nehmen zu.

Zu Frage 2: Bei den Selbsthilfegruppen ist nach der medizinischen Indizierung zu unterscheiden. So sind Treffen von Suchtgefährdeten notwendigerweise durchzuführen, um keine Folgeschäden wie zum Beispiel einen Rückfall zu riskieren. Gruppentreffs, die nicht medizinisch indiziert sind, sind nach der derzeit gültigen Coronaverordnung derzeit nicht erlaubt.

Auch die Öffnung von Seniorintentreffs/Seniorentreffs beziehungsweise Begegnungszentren ist beim derzeitigen Infektionsgeschehen nicht angezeigt. Angesichts zunehmender Impfungen, besserer Wetterbedingungen und durch Angebote unter freiem Himmel werden die Seniorenbegegnungszentren nach der Lockerung des

Lockdowns wieder Gruppentreffen anbieten können. Die Träger der Begegnungszentren sprechen aber ihre regelmäßigen Besucherinnen und Besucher aktiv und regelmäßig im Eins-zu-eins-Kontakt an.

Zu Frage 3: Die kommunale Selbsthilfeförderung des Gesundheitsamtes berät bei Bedarf und auf Anfrage zu Hygienekonzepten. Im Rahmen der geltenden Förderrichtlinien können Selbsthilfegruppen einen Antrag auf Umwidmung von Fördermitteln stellen, da viele der zuvor bewilligten Aktivitäten coronabedingt nicht stattfinden können.

Die Seniorentreffs und Begegnungszentren haben vor dem Lockdown bereits mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport Hygienekonzepte entwickelt und umgesetzt. Sobald die bestehenden Kontaktbeschränkungen gelockert werden, können die sozialen, kulturellen, sportlichen und gesundheitsfördernden Aktivitäten wieder aufgenommen werden.

Anfrage 11: Winterdienst auf öffentlichen Behindertenstellplätzen

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. Februar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wer ist für den Winterdienst auf den öffentlichen Behindertenstellplätzen verantwortlich, und in welchem Intervall werden die Stellplätze auf Schnee und Eis überprüft?

2. Inwieweit werden beziehungsweise wurden die öffentlichen Behindertenstellplätze und deren Umgebung bei Schneefall und Glatteis geräumt?

3. Inwieweit wird die Barrierefreiheit von und zu den öffentlichen Behindertenstellplätzen im Regelfall im Winter gewährleistet?

Zu Frage 1, 2 und 3: Das Landesstraßengesetz sieht keine Räumpflicht für Parkflächen vor. Die Räumpflichten bestehen nur gegenüber den Verkehrswegen mit bewegtem Verkehr mit dem Ziel der Aufrechterhaltung, Abwicklung und Sicherung des Haupt- und Berufsverkehrs auf

Straßen und Wegen. Parkplätze sind dem ruhenden Verkehr zuzuordnen, für den es keine Räumpflicht gibt.

Das gilt auch für Behindertenparkplätze. Sie sind zwar im Rahmen des ruhenden Verkehrs privilegiert, gehören aber dennoch zum ruhenden und nicht zum fließenden Verkehr und sind demnach im Winterdienst nicht privilegiert. Daher werden diese Flächen nicht im Rahmen des Winterdienstes durch die Die Bremer Stadtreinigung geräumt.

Anfrage 12: Illegale Müllentsorgungen auf dem Parkplatz an der Aussichtsplattform/Brokhuchtinger Landstraße
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR) vom 15. Februar 2021

Ich frage den Senat:

1. Wie oft musste im Jahr 2020 illegal entsorgter Müll/Sondermüll durch die Stadtreinigung an der Aussichtsplattform Brokhuchtinger Landstraße entsorgt werden, und welche Kosten entstanden dadurch?

2. Gibt es seitens des Senats Überlegungen, den Vorplatz der Aussichtsplattform mittels Pollern für Kraftfahrzeuge zu sperren oder diesen per Videoüberwachung gegen diese vermehrten illegalen Müllentsorgungen abzusichern?

3. Wurden bereits Beschuldigte nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz – Verstöße gegen das Abfallgesetz – ermittelt, und wenn ja, wie viele, und wie hoch waren deren Bußgeldbescheide?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In 2020 wurden insgesamt acht Ablagerungen unterschiedlicher Art eingesammelt. Darunter waren sowohl große Ablagerungen wie Sperrmüll und Müllsäcke, aber auch einige Streumüllablagerungen. Für die Abräumung sind hierfür in etwa 1 000 Euro Kosten einschließlich Entsorgungskosten angefallen.

Zu Frage 2: Die Aussichtsplattform wird nicht nur von Touristen und Naturfreunden besucht, sondern ebenso von Einsatzfahrzeugen unterschiedlicher Akteure zur Bewirtschaftung der umliegenden Landschaftsschutzgebiete und der Straße genutzt. Hierzu gehören unter anderem der Deichverband, die haneg, die Bremer Stadtreinigung und das Amt für Straßen und Verkehr.

Eine Absperrung oder ein Rückbau der Fläche ist daher nicht sinnvoll. Für eine Videoüberwachung fehlen die rechtlichen Voraussetzungen.

Zu Frage 3: In den letzten drei Jahren gab es insgesamt drei Ordnungswidrigkeitsanzeigen der

Polizei Bremen zu illegalen Müllentsorgungen an der Aussichtsplattform Brokhuchtinger Landstraße. Zwei Anzeigen richteten sich gegen unbekannt. Bei einer dritten Anzeige gibt es einen Hinweis auf einen möglichen Tatverdächtigen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 22. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
11.	<p>Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten Mitteilung des Senats vom 26.01.2021 (Drucksache 20/397 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.</p>
13.	<p>Drittes Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen Erlass von Kita-Beiträgen sowie Beiträgen für die Schulmittagsverpflegung in der Stadtgemeinde Bremen aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie im Zeitraum Januar bis einschließlich März 2021 Mitteilung des Senats vom 09.02.2021 (Drucksache 20/404 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.</p>
14.	<p>Flächennutzungsplan Bremen 13. Änderung Bremen-Vegesack (Teichquartier) Mitteilung des Senats vom 09.02.2021 (Drucksache 20/405 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.</p>
15.	<p>Bebauungsplan 1567 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen - Meinert-Löffler-Straße - Gleisanlagen der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack, - Fährer Straße (rückwärtig), - Am Becketal - Beckstraße (rückwärtig) (Stand: 29.10.2020) Mitteilung des Senats vom 09.02.2021 (Drucksache 20/406 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1567.</p>
19.	<p>Benennung von eines neuen Mitgliedes der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Frauen Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22.02.2021 (Drucksache 20/412 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.</p>

Frank Imhoff
 Präsident der Bremischen Bürgerschaft